

---

# **BACHELORARBEIT**

---

Frau  
**Jasmin Katharina Krüger**

**Die Qualität politischer  
Facebook-Diskussionen**  
Eine exemplarische Untersuchung

**2017**

Fakultät: Medien

---

# **BACHELORARBEIT**

---

## **Die Qualität politischer Facebook-Diskussionen**

Eine exemplarische Untersuchung

Autor/in:

**Frau Jasmin Katharina Krüger**

Studiengang:

**Angewandte Medien**

Seminargruppe:

**AM13wT3-B**

Erstprüfer:

**Prof. Dr. Detlef Gwosc**

Zweitprüfer:

**Hagen Tronje Grützmaker, M.A.**

# **BACHELOR THESIS**

---

## **The Quality of Political Facebook Discussions**

Analytical Studies

author:

**Ms. Jasmin Katharina Krueger**

course of studies:

**Applied Media Studies**

seminar group:

**AM13wT3-B**

first examiner:

**Prof. Dr. Detlef Gwosc**

second examiner:

**Hagen Tronje Gruetzmacher, M.A.**

---

## **Bibliografische Angaben**

Krüger, Jasmin Katharina:

Die Qualität politischer Facebook-Diskussionen

The Quality of Political Facebook Discussions

74 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,  
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2017

## **Abstract**

Diese Arbeit diskutiert die Frage nach der Qualität von politischen Diskussionen auf Facebook. Um Kriterien für die Bewertung der Diskursqualität zu erhalten, wird die Diskurstheorie von Jürgen Habermas zugrunde gelegt. Zudem werden seine weiterführenden Theorien einer deliberativen Demokratie und dem dazugehörigen Öffentlichkeitsmodell erläutert und deren Einbindung in aktuelle Theorien zur Online-Deliberation verdeutlicht. Das Kernstück dieser Arbeit ist eine Analyse zweier exemplarischer Facebook-Diskussionen. Eine der Diskussionen wurde dabei auf dem Facebook-Kanal der Tagesschau geführt, die andere auf dem Kanal des Compact-Magazins. Zum einen wird hinterfragt, inwiefern die Beispieldiskussionen den Diskussionsstandards nach Habermas entsprechen, zum anderen stellt sich die Frage, ob sich das Diskussionsverhalten auf den beiden Kanälen essenziell unterscheidet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beispieldiskussionen nur sehr eingeschränkt die Kriterien von Habermas erfüllen. In den untersuchten Kommentar-Threads gehen Nutzer nur selten inhaltlich auf ihre Vorredner ein, oft bleibt es bei dem einmaligen äußern der eigenen Meinung. Qualitative Unterschiede zwischen den beiden Beispieldiskussionen sind kaum vorhanden.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>V</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>VII</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>VIII</b>
<b>1. Einleitung: Politische Diskurse in sozialen Medien</b>	
1.1 Thematische Relevanz .....	1
1.2 Fragestellung und Zielsetzung.....	2
1.3 Forschungsfeld und Forschungsstand.....	3
<b>2. Zentrale Theorien des Habermas'schen Politikmodells</b>	
2.1 Diskurstheorie .....	6
2.2 Deliberative Demokratie .....	8
2.3 Öffentlichkeitsmodell .....	13
2.4 Weiterentwicklungen nach Fraser und Mouffe.....	15
<b>3. Online-Deliberation</b>	
3.1 Die Öffentlichkeit des Internets.....	17
3.2 Die cyberenthusiastische Position .....	18
3.3 Die cyberpessimistische Position.....	21
<b>4. Facebook als Diskurssystem</b>	
4.1 Funktionssystem Facebook.....	25
4.1.1 Basisfunktionen .....	25
4.1.2 Algorithmen .....	27
4.1.3 Benachrichtigungen.....	29
4.2 Nutzungsverhalten.....	30
<b>5. Untersuchungsdesign</b>	
5.1 Analyserahmen .....	35
5.1.1 Die Plattform.....	35
5.1.2 Die Kanäle.....	38
5.1.3 Das Thema.....	38
5.1.4 Analysegegenstand .....	39
5.1.5 Erhebungszeitraum .....	40
5.2 Methodik.....	40
5.2.1 Index für Verständigungsorientierung (VOI).....	40
5.2.2 Bewertungskriterien des VOI .....	41

---

5.2.3 Codierung.....	44
<b>6. Social Media Analyse</b>	
6.1 Rahmenbedingungen .....	46
6.2 Diskursanalyse .....	49
6.2.1 Grundlegende Kennzahlen .....	51
6.2.2 Diskursqualität nach VOI .....	53
6.2.3 Akteure der Diskussion.....	57
<b>7. Interpretation und Bewertung</b>	
7.1 Diskursqualität auf Facebook .....	61
7.2 Kommunikations- und Diskussionsverhalten.....	67
7.3 Anwendbarkeit des Index für Verständigungsorientierung .....	70
<b>8. Diskussion .....</b>	<b>72</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>IX</b>
<b>Anlagen.....</b>	<b>XVI</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung .....</b>	<b>XX</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: „Schema einer idealtypischen Diskussion auf Facebook“ .....	27
Abb. 2: „Umstellungsmöglichkeiten des Kommentar-Thread-Filters auf Facebook“ .....	29
Abb. 3: „die ‚Rote-Zahlen-Funktion‘ als Benachrichtigungsmöglichkeit“ .....	30
Abb. 4: „Hauptgründe für die Nutzung von Social-Media-Angeboten 2015“ .....	31
Abb. 5: „Beliebteste Online-Beiträge in der Schweiz 2014“ .....	32
Abb. 6: „Beteiligung an pol. Facebook-Diskussionen nach Altersgruppen“ .....	33
Abb. 7: „Top 5 der beliebtesten deutschen Politiker in den Sozialen Medien 2016“ .....	37
Abb. 8: „Top 5 der beliebtesten deutschen Politiker auf Twitter 2016“ .....	37
Abb. 9: „Facebook-Post der Tagesschau ‚Krawalle in Bautzen‘“ .....	49
Abb. 10: „Facebook-Post des Compact-Magazins ‚Krawalle in Bautzen‘“ .....	50
Abb. 11: „Gepostete Meinungsäußerungen pro Diskussionsteilnehmer“ .....	52
Abb. 12: „relative Häufigkeit von Begründungsniveaus in den untersuchten Beispieldiskussionen“ .....	54
Abb. 13: „relative Häufigkeit von Lösungsvorschlägen in den untersuchten Beispieldiskussionen“ .....	55
Abb. 14: „relative Häufigkeit von Respektsäußerungen in den untersuchten Beispieldiskussionen“ .....	56
Abb. 15: „relative Häufigkeit von Zweifeln in den untersuchten Beispieldiskussionen“ .....	57

---

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: „Grundlegende Kennzahlen der Beispieldiskussionen“ .....	51
Tab. 2: „allgemeine VOI-Werte“ .....	53
Tab. 3: „Akteursgruppen, auf die am häufigsten explizit respektlose Äußerungen entfallen“ .....	58
Tab. 4: „Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Wahrheit entfallen“ .....	59
Tab. 5: „Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Wahrhaftigkeit entfallen“ .....	59
Tab. 6: „Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Richtigkeit entfallen“ .....	60



# 1 Einleitung: Politische Diskurse in sozialen Medien

## 1.1 Thematische Relevanz

Politische Inhalte in sozialen Medien sind immer häufiger Gegenstand der gesellschaftlichen Debatten. Das Thema wurde im US-Wahlkampf 2016 im Hinblick auf falsche Twitter-Follower, den Social Bots, und einer Flut an falschen Nachrichten, den Fake-News, diskutiert. In Deutschland hat es insbesondere durch Hasspostings auf Facebook Einzug in die Themenagenda gehalten. Weltweit wird das Internet von immer mehr Menschen als Quelle für Nachrichten genutzt, bereits Ende 2010 war das Netz die bevorzugte Nachrichtenquelle junger US-Amerikaner.<sup>1</sup> Seitdem wächst die Bedeutung des Internets bei der Beschaffung von politischen Informationen. Auch soziale Medien, vorrangig Facebook, werden dabei nicht nur zur Plattform für den reinen Nachrichtenkonsum, sondern auch zu einem Raum für politische Diskussionen.<sup>2</sup> Jeder kann auf Facebook einen Kommentar zu einem Beitrag verfassen und damit seine Meinung zu dem entsprechenden Thema äußern oder selbst eine Diskussion anstoßen. Noch nie waren Menschen so gut vernetzt wie heute und konnten ungeachtet von zeitlichen oder räumlichen Barrieren miteinander kommunizieren. Durch diese technisch-infrastrukturellen Voraussetzungen bietet das Internet neue Chancen für das Erhalten einer lebhaften Demokratie. Bürger können Themen untereinander diskutieren, aber auch der direkte Kontakt zu Politikern wird durch die flachen Hierarchien der sozialen Netzwerke vereinfacht.<sup>3</sup> Gerade bei einem Vertrauensverlust in das politische Establishment und in die etablierten Leitmedien wie momentan in Deutschland könnte das Netz einen Raum für politische Diskussionen abseits des massenmedial vermittelten Meinungsmainstreams bilden. Die Plattform unterliegt kaum Selektionskriterien, die über das Veröffentlichen oder Nichtveröffentlichen einer Äußerung entscheiden. So verspricht etwa einer der Pegida-Organisatoren auf seinem Facebook-Kanal „echte Informationen abseits der Lügenpresse“<sup>4</sup>. Gerade Bürger, die in den etablierten Medien keinen freien Journalismus mehr sehen, können soziale Netzwerke nutzen, um ihre Meinung zu publizieren, ohne dass diese den Filter einer Redaktion passieren muss. In diesem Zusammenhang wird oftmals die Hoffnung geäußert, im Internet, speziell in

---

<sup>1</sup> vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/us-internet-nutzung-web-ueberholt-tageszeitungen-als-nachrichtenquelle-a-598419.html>; letzter Zugriff: 21.12.16.

<sup>2</sup> vgl. <http://www.journalism.org/2016/05/26/news-use-across-social-media-platforms-2016/>; letzter Zugriff: 21.12.16.

<sup>3</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 63.

<sup>4</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-facebook-populisten-wie-trump-afd-und-pegida-gross-macht-14518781-p2.html>; letzter Zugriff: 21.12.16.

sozialen Netzwerken wie Facebook, könnten neue freie Kommunikationsräume entstehen, in denen Bürger nach dem Vorbild einer deliberativen Demokratie politische Meinungs- und Willensbildung betreiben können.<sup>5</sup> Die reale Berichterstattung über den Meinungsaustausch in sozialen Medien fällt aber, wie oben angedeutet, anders aus. So fordert Justizminister Heiko Maas Anfang 2016 Facebook dazu auf, stärker gegen Hasskommentare vorzugehen. Trotz einer neu gebildeten Abteilung in Berlin, die sich um solche Vorgänge kümmern soll, kommt er Ende 2016 zu dem Schluss: „Die Resultate sind noch nicht so, wie wir uns das wünschen, und auch nicht, wie Facebook das selber vorgibt.“<sup>6</sup> Zusätzlich illustriert ein fälschlicherweise Renate Künast zugeordnetes Zitat in Bezug auf einen Mord in Freiburg im November 2016 die schnelle Verbreitung von Falschmeldungen im Social Web. Und auch der Erfolg populistischer Gruppierungen wie Pegida oder AFD wird zu einem Großteil ihrem geschickten Umgang mit sozialen Medien zugeschrieben.<sup>7</sup> Von qualitativ hochwertigen Diskursen auf Facebook, die neue Impulse für die Demokratie geben, liest man hingegen kaum.

## 1.2 Fragestellung und Zielsetzung

Im Spannungsfeld dieser Beobachtungen und Erwartungen gibt diese Arbeit Aufschluss darüber, wie politische Diskussionen in sozialen Medien konkret geführt werden und auf welchem qualitativen Niveau sie sich bewegen. Dazu werden zwei Facebook-Diskussionen beispielhaft analysiert. Die Ergebnisse werden dann in Zusammenhang mit aktuellen Thesen zur Online-Diskussionen gebracht. Auf theoretischer Ebene wird dazu im ersten Teil der Arbeit die Diskurstheorie von Jürgen Habermas erläutert und die durch ihn festgelegten Merkmale für einen qualitativ hochwertigen Diskurs herausgearbeitet. Im Anschluss werden das Modell der deliberativen Demokratie und das damit verbundene Öffentlichkeitsmodell nach Habermas dargestellt. Auf diese Weise werden Kriterien entwickelt, anhand derer sich die Qualität eines Diskurses konkret beurteilen lässt. Des Weiteren wird ein Modell der deliberativen Demokratie gezeichnet, das als Ausgangspunkt für viele Online-Forschungen dient und daher die Grundlage der modernen Theorien zur Online-Deliberation ist. Der theoretische Teil dieser Arbeit wird abgeschlossen mit einem Überblick zu eben jenen Theorien der Online-Deliberation. Diese Thesen bilden die Interpretationsgrundlage für die Ergebnisse der exemplarischen Untersuchungen. Der praktische Teil der Arbeit beginnt mit einer Beschreibung des Diskurssystems Facebook. Nur wenn die plattform-

---

<sup>5</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 58.

<sup>6</sup> [https://www.ndr.de/der\\_ndr/presse/mitteilungen/Heiko-Maas-im-Zapp-Interview-Facebook-nimmt-seine-eigenen-Nutzer-nicht-ernst-genug-Loeschtrupps-bleiben-auch-dem-Bundesminister-verschlossen,pressemeldungndr17984.html](https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Heiko-Maas-im-Zapp-Interview-Facebook-nimmt-seine-eigenen-Nutzer-nicht-ernst-genug-Loeschtrupps-bleiben-auch-dem-Bundesminister-verschlossen,pressemeldungndr17984.html); letzter Zugriff: 21.12.16.

<sup>7</sup> vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-facebook-populisten-wie-trump-afd-und-pegida-grossmacht-14518781.html>; letzter Zugriff: 21.12.16.

spezifischen Faktoren bekannt sind, denen die Kommunikation hier unterliegt, können die Ergebnisse richtig interpretiert werden. Die anschließende Analyse zweier Facebook-Diskussionen wird mithilfe des Index für Verständigungsorientierung durchgeführt. Diese Methode legt die Habermas'schen Diskursregeln für die Beurteilung der Diskussionsqualität zugrunde. Sie wurde im Zuge einer Studie zur politischen Kommunikation im Österreichischen Wahlkampf 2008 in Bezug auf Printpresstexte entwickelt. Obwohl diese Methode also speziell zur Beurteilung von politischen Diskussionen entworfen wurde und auch die Kriterien von Habermas integriert, stellt sich dennoch die Frage nach der Anwendbarkeit auf nicht-professionell verfasste Online-Inhalte. Die Ergebnisse der Analyse werden im abschließenden Schritt auf Grundlage der beschriebenen Theorien zur Online-Deliberation interpretiert. So ergibt sich trotz der Beispielhaftigkeit der Untersuchungen ein vielschichtiges Bild. Konkret sollen auf folgende Fragestellungen Antworten gefunden werden:

- (1) Finden auf Facebook politische Diskussionen nach den Habermas'schen Diskursregeln statt? In welchen Punkten entsprechen die Beispieldiskussionen dem Habermas'schen Diskursideal und in welchen unterscheiden sie sich?
- (2) Inwiefern unterscheidet sich das Diskussionsverhalten auf den Beispielformaten?
- (3) Ist die Methode des Index für Verständigungsorientierung für die Analyse von Online-Diskussionen anwendbar? Wie kann die Methode speziell für diese Art von Inhalten modifiziert werden?

### 1.3 Forschungsfeld und Forschungsstand

Diese Arbeit ist durch ihre thematische Ausrichtung und methodische Vorgehensweise dem Forschungsfeld der Online-Forschung zuzuordnen. Online-Forschung wird in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre betrieben.<sup>8</sup> Mit dem Erfolg des Internets hat sich das Forschungsfeld seither weiterentwickelt und in viele einzelne Felder ausdifferenziert. Als interdisziplinäre Wissenschaft verfügt die Online-Forschung über Verknüpfungen zu den Sozialwissenschaften, den Medienwissenschaften, der Psychologie aber auch der Informatik.<sup>9</sup> Online-Forschung beinhaltet zwei verschiedene Aspekte. So gibt es eine methodisch-instrumentelle Komponente der Online-Forschung, die das wissenschaftliche Arbeiten mithilfe von Online-Forschungsmethoden wie beispielsweise Online-Fragebögen beschreibt, und eine gegenständliche Komponente, die die Online-Medien selbst, deren Nutzer, Gebrauchs- und Verhaltensweisen oder Kommunikationsverhalten untersucht.<sup>10</sup> Dem gegenständlichen Bereich der Online-

---

<sup>8</sup> vgl. Welker/Wünsch: Onlineforschung: Gegenstände, Entwicklung, Institutionalisierung und Ausdifferenzierung eines neuen Forschungszweiges. S. 33.

<sup>9</sup> vgl. ebd., S. 34.

<sup>10</sup> vgl. ebd., S. 36.

Forschung gehört auch diese Arbeit an. Eine Besonderheit der Online-Forschung ist, dass sich noch kein einheitlicher Methodenkatalog für wissenschaftliche Studien herausgebildet hat.<sup>11</sup> Einzelne Methoden und Datenerhebungsformen werden nach Bedarf aufgegriffen und weiterentwickelt. Dieser Umstand könnte mit den besonderen Aufgaben, die an die Online-Forschung gestellt werden, zusammenhängen. Die Dynamik des Internets, das ständige Ändern und Wachsen des Inhalts, stellt die Wissenschaft vor eine große Herausforderung.<sup>12</sup> Außerdem besteht das Internet nicht mehr nur aus statischen Texten. Es existieren multimediale Inhalte neben klassischen textgebundenen Inhalten, zudem können Hyperlinks Inhalte verbinden, und Feedback- oder Kommentarfunktionen lassen die Reaktion der Nutzer auf den jeweiligen Inhalt zu. Die Methoden der Online-Forschung müssen sich also immer an den jeweiligen Forschungsgegenstand anpassen.

Es gibt viele verschiedene Studien, die sich mit einzelnen Aspekten des Themas politische Kommunikation im Internet auseinandersetzen. Einige Autoren stellen sich die Frage, ob eine bestimmte Plattform für den politischen Diskurs geeignet ist und führen dazu exemplarische Inhaltsanalysen durch wie zum Beispiel Rucht/Yang/Zimmermann<sup>13</sup> oder Thimm/Einspänner/Dang-Anh<sup>14</sup>. Eine andere Frage, die mehrmals aufgeworfen wurde, ist die, ob sich politische Online-Diskurse von der massenmedialen Offline-Berichterstattung in ihrer Meinungsvielfalt und Meinungsrichtung grundlegend unterscheiden. So vergleichen Gerhards und Schäfer<sup>15</sup> den Online- und Offline-Diskurs über Humangenomforschung und Schweiger und Weihermüller<sup>16</sup> beobachten, wie das Thema Rauchverbot in Gaststätten in den verschiedenen Medien diskutiert wird. Außerdem gibt es vielfache Analysen zum Internetgebrauch in Wahlkämpfen und zur Online-Wahlkampf-Kommunikation. Für den Schottischen Wahlkampf 2010 analysieren dies Baxter und Marcella<sup>17</sup>, für die australischen Bundeswahlen stellen Burgess und Bruns die Wahlkampfkommunikation auf Twitter unter Beobachtung. Geber und Scherer<sup>18</sup> vergleichen unter dem Titel „My Voter, My Party, and Me“ das Facebook-Verhalten von US-amerikanischen und deutschen Politikern. Wie stark amerikanische Politiker Twitter in den Primaries zur Präsidentschaftswahl 2012 nutzen und ob dies einen Einfluss darauf hat, wie über sie auf Twitter diskutiert wird, hinterfragen

---

<sup>11</sup> vgl. Drüeke: Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit. S. 30.

<sup>12</sup> vgl. ebd., S. 31.

<sup>13</sup> vgl. Rucht et al.: Politische Diskurse im Internet und in der Zeitung. Das Beispiel Genfood. 2008.

<sup>14</sup> vgl. Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. 2012.

<sup>15</sup> vgl. Gerhards/Schäfer: Demokratische Internetöffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung. 2007.

<sup>16</sup> vgl.: Schweiger/Weihermüller: Öffentliche Meinung als Online-Diskurs – ein neuer empirischer Zugang. 2008.

<sup>17</sup> vgl. Baxter/Marcella: Does Scotland „like“ this? Social Media Use by Political Parties and Candidates in Scotland during the 2010 UK General Election Campaign. 2010.

<sup>18</sup> vgl. Gerber/Scherer: My Voter, My Party, and Me. American and German Parliamentarians on Facebook. 2013.

Hong und Nadler in einer Studie.<sup>19</sup> Des Weiteren wird der Einfluss des Internets auf den Demokratisierungsprozess in nicht-demokratischen Staaten untersucht. Besonders die Rolle der sozialen Medien für die Prozesse des arabischen Frühlings im Jahr 2011 ist ein häufig erörtertes Thema. Axford<sup>20</sup> sowie Choudhary et al.<sup>21</sup> und Hamdy/Gomaa<sup>22</sup> diskutieren diese Frage in ihren Arbeiten.

Wissenschaftliche Arbeiten zur Diskussionsqualität auf Facebook wie in dieser Arbeit liegen bis jetzt kaum vor. Lotte Nordhus untersucht den Facebook-Diskurs zum Minarettverbot in der Schweiz.<sup>23</sup> Dafür wählt sie stichprobenartig eine öffentliche Facebook-Gruppe aus, deren Mitglieder das Verbot befürworten, und eine Gruppe, deren Mitglieder ein Verbot ablehnen. Mithilfe einer Inhaltsanalyse arbeitet sie die verschiedenen Hauptargumente und -befürchtungen heraus, die die Nutzer zu dem Thema äußern. Einen anderen Ansatz, um Kommunikationsmuster auf Facebook zu beschreiben, wählen Patzelt und Klose in Bezug auf den Facebook-Auftritt von Pegida.<sup>24</sup> Sie werten die Nutzer- und Like-Zahlen sowie die Vernetzung von Pegida auf Facebook aus. Zusätzlich analysieren sie typische Diskussionsausschnitte auf der Facebook-Seite der Gruppierung.

---

<sup>19</sup> vgl. Hong/Nadler: Which Candidates do the Public Discuss Online in an Election Campaign? The use of Social Media by 2012 Presidential Candidates and its Impact on Candidate Salience. 2012.

<sup>20</sup> vgl. Axford: Talk about a Revolution. Social Media and the MENA Uprisings. 2011.

<sup>21</sup> vgl. Choudhary et al.: Social Media Evolution of the Egyptian Revolution. 2012.

<sup>22</sup> vgl. Hamdy/Gomaa: Framing the Egyptian Uprising in Arabic Language Newspapers and Social Media. 2012.

<sup>23</sup> vgl. Nordhus: Die Schweizer Minarett-Initiative im Spiegel von Facebook – Eine Analyse der Diskussionen vor der Abstimmung 2009. 2012.

<sup>24</sup> vgl. Patzelt/Klose: Pegida. Warnsignale aus Dresden. 2016.

## 2 Zentrale Theorien des Habermas'schen Politikmodells

### 2.1 Diskurstheorie

In seiner Diskurstheorie beschreibt Habermas, wie Diskurse idealtypisch zu führen sind. Er nennt dabei Voraussetzungen und Bedingungen, die die Kommunikation zwischen Individuen kennzeichnen müssen, damit es zu einem „wahren Diskurs“ kommen kann. Die Diskurstheorie baut auf der Theorie des kommunikativen Handelns auf und dient gewissermaßen als Grundlage für die Theorie der deliberativen Demokratie und des daraus abgeleiteten Öffentlichkeitsmodells.

Im Mittelpunkt der Habermas'schen Diskurstheorie steht das Erheben und Einlösen von Geltungsansprüchen.<sup>25</sup> Dabei werden vier verschiedene Kategorien von Geltungsansprüchen unterschieden. Es bestehen die Geltungsansprüche Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit.<sup>26</sup> Macht ein Diskursteilnehmer eine Aussage innerhalb einer Gesprächssituation, so erhebt er damit den Anspruch, dass seine Meinungsäußerung all diese Kriterien erfüllt.<sup>27</sup> Das heißt, die Stellungnahme ist sowohl für alle Teilnehmer verständlich formuliert, als auch der objektiven Wahrheit entsprechend. Des Weiteren sind die Absichten des Sprechers wahrhaftig, sodass die Aussagen nicht der Täuschung oder Manipulation anderer Diskursteilnehmer dienen. Außerdem erhebt der Sprecher den Anspruch, dass seine Äußerung sowohl moralisch als auch ethisch richtig ist. Eingelöst werden können Geltungsansprüche, indem für sie argumentiert wird. Durch Begründungen kann also ein Einverständnis über die Berechtigung von Geltungsansprüchen gefunden werden.<sup>28</sup> Habermas definiert einen Diskurs bzw. eine Argumentation selbst folgendermaßen: „*Argumentation* nennen wir den Typus von Rede, in dem Teilnehmer strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren. Ein *Argument* enthält Gründe, die in systematischer Weise mit dem *Geltungsanspruch* einer problematisierten Äußerung verknüpft sind.“<sup>29</sup>[Hervorhebungen im Original] Damit ein Geltungsanspruch innerhalb einer Diskussion gültig wird, muss er wahr sein. Die Bedingung von Wahrheit ist für Habermas „die potentielle Zustimmung aller anderen.“<sup>30</sup> Ist ein Geltungsanspruch innerhalb einer Diskurssituation also strittig, müssen so lange Gründe dafür gefunden

---

<sup>25</sup> vgl. Habermas: Theorie des Kommunikativen Handelns. Band 1, S. 38.

<sup>26</sup> vgl. ebd., S. 411.

<sup>27</sup> vgl. ebd., S. 65.

<sup>28</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 150.

<sup>29</sup> Habermas: Theorie des Kommunikativen Handelns. Band 1, S. 38.

<sup>30</sup> Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 137.

werden, bis alle Teilnehmer ihn anerkennen können oder er wird so lange begründet kritisiert, bis er verworfen wird.

Ein Diskurs wird dann beendet, wenn alle relevanten Argumente genannt wurden und es keine weiteren Gründe gibt, die für oder gegen einen Sachverhalt sprechen.<sup>31</sup> Ein idealtypischer Diskurs sollte also nur aus internen Gründen des Argumentierens und nicht aus externen Gründen wie zeitliche Begrenzungen für den Deliberationsprozess oder konkurrierenden Aktivitäten Beteiligter abgebrochen werden. Kommt eine Diskussion so aus internen Gründen zu einem Ende, haben die Diskursteilnehmer im besten Fall eine Konsensmeinung gefunden, der alle zustimmen können. Diesem Konsens kommt bei Habermas eine große Bedeutung zu: „Verständigung ist ein normativer Begriff. Jede Verständigung bewährt sich an einem wahren Konsensus, oder sie ist keine wahre Verständigung.“<sup>32</sup> Wichtig für einen solchen „wahren Konsensus“ ist dabei, dass es sich um einen Konsens der rationalen Gründe handelt.<sup>33</sup> Logische oder empirische Gründe sind immer weniger gewichtig als rationale Gründe.<sup>34</sup> Zudem dürfen Macht, Überredung, Autorität oder Rhetorik beim Finden eines Konsenses keine Rolle spielen. So soll allein der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“<sup>35</sup> in einer Gesprächssituation gelten.

Die Regeln für einen idealtypischen Diskurs beschreibt Habermas unter dem Begriff der „idealen Sprechsituation“. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um extern festgelegte Regeln, sondern eher um intuitiv gekannte Verhaltensweisen in Diskurssituationen.<sup>36</sup> Welche Bedeutung diesen Regeln zukommt, zeigt sich in den Bedingungen für einen Konsens. So kann ein vernünftiger Konsens „von einem trügerischen in letzter Instanz allein durch Bezugnahme auf eine ideale Sprechsituation unterschieden werden.“<sup>37</sup> Das heißt, wenn eine Gesprächssituation die Voraussetzungen einer idealen Sprechsituation nicht erfüllen kann, kommt kein „wahrer Diskurs“ zustande und auch kein „wahrer Konsens“. Die Diskursregeln dienen dabei vor Allem der Überwindung einer „verzerrten Kommunikation“<sup>38</sup>. Allein die Kraft des besseren Arguments soll über den Ausgang von Diskursen entscheiden, nicht wie oben bereits erwähnt Machtverhältnisse oder Überredungstaktiken. Zu der idealen Sprechsituation gehören die Forderungen, dass alle Gesprächsteilnehmer die gleiche Chance haben sollen, Diskurse anzufangen oder fortzusetzen, sowie dass sie die gleichen Chancen haben müssen, Meinungen und Rechtfertigungen zu äußern oder zu kritisieren.<sup>39</sup> Auf diese Weise soll jede vorgebrachte Meinung gleichwertig sein. Des Weiteren soll jeder Diskursteilnehmer

---

<sup>31</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 170.

<sup>32</sup> Habermas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. S. 123.

<sup>33</sup> vgl. Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1, S. 49.

<sup>34</sup> vgl. Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 161.

<sup>35</sup> ebd.

<sup>36</sup> vgl. Habermas: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. S. 101.

<sup>37</sup> Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 179.

<sup>38</sup> Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 173.

<sup>39</sup> vgl. Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 178.

mer die gleiche Chance haben, sich ohne Kränkung selbst darstellen zu können. Genauso muss die Möglichkeit anderen Teilnehmern etwas zu befehlen, zu erlauben oder zu verbieten unter allen Beteiligten gleichermaßen gegeben sein.<sup>40</sup> Zusammengefasst kann man also die ideale Sprechsituation als „Gleichheit der Chancen bei der Verwendung von Sprechakten“<sup>41</sup> charakterisieren. Damit diese Regeln eingehalten werden können, ist laut Habermas eine „grenzenlose Selbstreflektion des handelnden Subjekts“<sup>42</sup> nötig. Die Diskursteilnehmer sollen also immer wieder hinterfragen, aus welchem Wissen und aus welchen Motiven heraus sie Aussagen machen bzw. welche Voraussetzungen sie bei ihren Äußerungen machen.

Einer der Hauptkritikpunkte dieser Theorie ist eben jene Voraussetzung der idealen Sprechsituation. Habermas selbst weiß, dass das Erreichen einer solchen Gesprächssituation nur schwer möglich ist. Er schreibt, „dass wir im Vollzug der Sprechakte (und der Handlungen) kontrafaktisch so tun [müssen], als sei die ideale Sprechsituation [...] nicht bloß fiktiv, sondern wirklich [...]“<sup>43</sup> Wenn die Gesprächsteilnehmer diese Bedingung anerkennen und kontrafaktisch die Möglichkeit einer idealen Sprechsituation akzeptieren, dann können sie in seiner Theorie dennoch einen wahren Diskurs führen.<sup>44</sup> Ein weiterer Kritikpunkt gegenüber der Habermas'schen Diskurstheorie ist, dass er erlaubt, dass Diskurse „advokatorisch“<sup>45</sup> geführt werden können. In dem Fall diskutiert nur eine kleine Gruppe stellvertretend für alle betroffenen Personen. Dies widerspricht einem seiner Grundprinzipien, denn für „Wahrheit“ müssen immer alle möglicherweise betroffenen Personen an den Diskursen beteiligt werden und ihr Einverständnis zu den Begründungen der Geltungsansprüche geben.<sup>46</sup>

## 2.2 Deliberative Demokratie

Bei der Entwicklung eines Demokratiemodells stand für Habermas am Anfang die Frage, wie eine soziale Ordnung stabilisiert werden kann.<sup>47</sup> Welche Instrumente werden benötigt, damit das Ideal einer Selbstregierung eines Volkes umgesetzt werden kann? Grundlegend für eine funktionierende Gemeinschaft sieht er dabei einen intersubjektiven Konsens über Normen und Werte an.<sup>48</sup> Nur darüber kann sich eine Gesellschaft integrieren. Dieser Prozess wird jedoch bedroht von der Möglichkeit eines Dissenses.

---

<sup>40</sup> vgl. ebd.

<sup>41</sup> Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 174.

<sup>42</sup> Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 177.

<sup>43</sup> Habermas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. S.140.

<sup>44</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 173.

<sup>45</sup> Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 176.

<sup>46</sup> vgl. ebd.

<sup>47</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 42.

<sup>48</sup> vgl. ebd., S. 38.



Um einen Konsens zu erreichen, müssen alle Individuen eine bestimmte Vorstellung akzeptieren, für einen Dissens reicht bereits die Ablehnung eines Einzigen.<sup>49</sup> Gerade in der modernen Wirklichkeit ist die Gefahr für einen Dissens besonders groß. In früheren Gesellschaften haben die Faktoren „Lebenswelt“ und „ursprüngliche Institutionen“ das Entstehen eines Dissenses weitestgehend verhindert.<sup>50</sup> Unter der „Lebenswelt“ werden dabei geteilte Hintergrundkonsense verstanden wie geteilte Deutungsmuster, Loyalitäten oder Fertigkeiten. Die „ursprünglichen Institutionen“ bezeichnen ursprüngliche (naturgegebene) Hierarchien. In einer mittelalterlichen Gesellschaft beispielsweise wurden die Bürger in einen gewissen Stand und damit in bestimmte Aufgaben und Pflichten hineingeboren. Über eine lange Zeit widersetzten sich nur Wenige dem oder zweifelten die Autorität ihres Herrschers an. So war ein gesellschaftliches Zusammenleben durch die Faktoren „Lebenswelt“ und „ursprüngliche Institutionen“ gewährt. In einer modernen Gesellschaft kommt es jedoch zu verstärkten sozialen Differenzierungen und damit zu einer höheren Komplexität innerhalb der Gesellschaft.<sup>51</sup> Habermas beschreibt dies als „ausdifferenzierte, in sich pluralisierte und entzauberte Lebenswelten“<sup>52</sup>. Damit geht ein Autoritätsverlust der ursprünglichen Institutionen einher und es kommt zu einem Auseinanderdriften von Faktizität und Geltung.<sup>53</sup> Damit drückt er aus, dass allein das Vorhandensein einer gewissen Ordnung in einer modernen Gesellschaft diese noch nicht automatisch legitimiert.<sup>54</sup> Durch die fehlende Legitimation wiederum wächst das Risiko eines Dissenses innerhalb der Gemeinschaft. Um dieses Risiko zu verringern, muss ein anderer Faktor in die entstandene Funktionslücke springen. Habermas sieht das moderne Recht als eben jenen Faktor, der die Gesellschaft zusammen halten soll und die Gefahr von Dissensäußerungen einschränken soll.<sup>55</sup>

Damit das Recht diese Forderung erfüllen kann, muss es nicht nur legal sondern auch legitim sein. Legitimität ist gegeben, wenn es Verfahren gibt, die eine rationale, also auf Begründungen basierte, Gesetzgebung ermöglichen.<sup>56</sup> Das bedeutet, dass über rechtliche Normen bzw. Gesetze nicht einfache Abstimmungen, die nach dem Mehrheitsprinzip fungieren, entschieden werden soll. Sie sind vielmehr Ergebnis von Beratungen, Diskursen oder zumindest diskursanalogen Verfahren, die geführt werden, damit die so gefundenen Normen die potentielle Zustimmung aller betroffenen Bürger erreichen können.<sup>57</sup> Nur wenn das Recht als legitim in der Bevölkerung anerkannt wird, kann es einen Zwang ausüben, dem Folge geleistet wird. Die Bürger sollen sich nicht

---

<sup>49</sup> vgl. König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 8.

<sup>50</sup> vgl. ebd.

<sup>51</sup> vgl. ebd., S. 9.

<sup>52</sup> Habermas: Faktizität und Geltung. S. 43.

<sup>53</sup> vgl. König, In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 10.

<sup>54</sup> vgl. ebd.

<sup>55</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 151.

<sup>56</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 222.

<sup>57</sup> vgl. Habermas: Zwischen Naturalismus und Religion. S. 100.

nur als Adressanten des Rechts ansehen, sondern auch als „Autoren des Rechts, dem sie [...] unterworfen sind.“<sup>58</sup> Somit kann Habermas' Demokratieprinzip auch als Weiterentwicklung des Diskursprinzips bezeichnet werden.<sup>59</sup> „Das Herzstück deliberativer Demokratie besteht nämlich aus einem Netzwerk von Diskursen und Verhandlungen, das die rationale Lösung pragmatischer, moralischer und ethischer Fragen ermöglichen soll [...].“<sup>60</sup>

Wenn Habermas in diesem Zusammenhang von Diskursen oder diskursanalogen Verfahren spricht, müssen diese Prozesse alle in der Diskurstheorie geforderten Voraussetzungen erfüllen. Das heißt, in politisch-ethischen Diskursen müsste zum einen die ideale Sprechsituation gewährt werden, zum anderen müsste das Ergebnis immer ein Konsens sein, dem alle Beteiligten zustimmen können. Wenn es um das Finden eines Konsenses geht, stellt Habermas hier etwas geringere Universalisierungsansprüche als noch in der Diskurstheorie. So erkennt er beispielsweise an, dass ein politischer Diskurs nie ganz frei von Zwängen sein wird, da er „im Kampf um Anerkennung verwurzelt“<sup>61</sup> ist. Eine Kompromissbildung, wie sie heutzutage bei vielen politischen Prozessen üblich ist, entspricht jedoch nicht seinem Ideal.<sup>62</sup> In einem Konsens eines politischen Diskurses würden sich laut Habermas vielmehr sowohl Aspekte eines Kompromisses als auch eines wahren Konsenses wiederfinden. So bestehe ein politischer Konsens zum einen aus einer Selbsterkenntnis, wie sie in Diskursen angestrebt wird, zum anderen aus einer konkreten Vereinbarung, einem Entschluss zu einer Lebensform, wie sie in Kompromissen getroffen wird.<sup>63</sup> Obwohl der Fokus der deliberativen Demokratie bei der Lösungsfindung also auf Konsensen liegt, erlaubt Habermas auch das Aushandeln von Kompromissen bei Themen, die nicht diskursiv entschieden werden können. Dies ist immer dann nötig, wenn Machtverhältnisse nicht neutralisiert werden können.<sup>64</sup> In diesem Fall ist es nicht wichtig, dass das Ergebnis aus rationalen Gründen anerkannt wird. Ausschlaggebend für die Rechtmäßigkeit von Kompromissen ist, dass das Verfahren selbst als gerecht anerkannt werden kann.<sup>65</sup> Habermas gibt jedoch keine konkreten Anhaltspunkte, welche Fragen durch Diskurse (er unterscheidet hier in pragmatische, ethisch-politische, moralische und juristische Diskurse) und welche Fragen durch Kompromisse zu klären sind. „In der Regel sind politische Frage so komplex, dass sie gleichzeitig unter all diesen – analytisch sehr wohl zu trennenden – Aspekten erörtert werden müssen.“<sup>66</sup> Neben dem Erreichen eines Konsenses ist aber auch die ideale Sprechsituation eine Bedingung für einen Diskurs im Habermas'schen Sinne, daher muss auch sie in die politische Willensbildung

---

<sup>58</sup> Habermas: Faktizität und Geltung. S. 663.

<sup>59</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 222.

<sup>60</sup> Habermas: Faktizität und Geltung. S. 388f.

<sup>61</sup> Habermas: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. S. 115f.

<sup>62</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 226.

<sup>63</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 223f.

<sup>64</sup> vgl. ebd., S. 205.

<sup>65</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 233.

<sup>66</sup> Habermas: Die Einbeziehung des Anderen. S. 331.

eingegliedert werden. Diese besondere Sprechsituation ist jedoch schon in der Diskurstheorie lediglich ein kontrafaktisches Postulat. Darauf kann sich ein Modell einer deliberativen Demokratie daher nicht stützen. Dennoch verwirft Habermas den Gedanken der idealen Sprechsituation nicht komplett und bleibt in seinen Äußerungen diesbezüglich eher unkonkret.<sup>67</sup> Gewisse Forderungen der idealen Sprechsituation übernimmt er sogar eins zu eins als Forderungen an politische Deliberationsprozesse, so betont er zum Beispiel die Inklusivität und Öffentlichkeit der Beratungen: „Jeder hat die gleiche Chance, gehört zu werden, Themen einzubringen, Beiträge zu leisten, Vorschläge zu machen und zu kritisieren. Ja-/Nein-Stellungnahmen sind allein motiviert durch den zwanglosen Zwang des besseren Argumentes.“<sup>68</sup>

Obwohl sich das Modell einer deliberativen Demokratie also auf diskursive Verfahren fokussiert, verlangt Habermas dennoch nicht das Abschaffen von Abstimmungen und Mehrheitsentscheidungen. Mehrheitsentscheide entsprechen nicht dem deliberativen Ideal, da sie Interessen von Minderheiten nicht beachten, obwohl sich diese eventuell in einem Diskurs durchsetzen könnten. Trotzdem können sie legitime Mittel in einer deliberativ-demokratischen Politik sein. „Wegen ihres internen Zusammenhangs mit einer deliberativen Praxis begründet die Mehrheitsregel die Vermutung, dass die fallible Mehrheitsmeinung bis auf Weiteres, nämlich bis die Minderheit die Mehrheit von der Richtigkeit ihrer Auffassung überzeugt hat, als vernünftige Grundlage einer gemeinsamen Praxis gelten darf.“<sup>69</sup> Habermas stellt die Mehrheitsregel als eine Unterbrechung des rationalen Diskurses dar. Sie ist nur eine Stufe eines andauernden Diskussionsprozesses.<sup>70</sup> Sollten sich die Mehrheitsverhältnisse ändern, so wird der Diskurs wieder neu aufgenommen. Oft kollidiert diese Vorstellung jedoch mit der Realität, denn Entscheidungen sind teilweise für Jahre im Voraus bindend, und selten ist die vollständige Rücknahme von Entscheidungen möglich. Meistens werden die Beurteilungen bei anderen Mehrheitsverhältnissen eher modifiziert als rückgängig gemacht. Außerdem weist Habermas selbst darauf hin, dass allein die Möglichkeit der Revidierbarkeit einer Entscheidung bei schwankenden Mehrheitsverhältnissen noch keine Legitimität im ursprünglichen Sinne begründet.<sup>71</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass er solche Entscheide nicht als ausreichend für das demokratische Wesen anerkennt. Das Kernstück einer demokratischen Politik bilden weiterhin die deliberativen Prozesse.<sup>72</sup>

Abstrahiert betrachtet kann man sagen, dass es im Habermas'schen Modell der deliberativen Demokratie darum geht, kommunikative Macht in administrative Macht umzuwandeln und zu gewährleisten, dass die Ergebnisse aus kommunikativen Bera-

---

<sup>67</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 370.

<sup>68</sup> ebd.

<sup>69</sup> ebd., S. 371.

<sup>70</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 243.

<sup>71</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 221.

<sup>72</sup> vgl. ebd., S. 359.

tungen sich in die administrativen Strukturen der Institutionen durchsetzen.<sup>73</sup> Kommunikative Macht ist dabei allgemein formuliert die Macht, die vom Volk selbst durch Deliberationsprozesse ausgeht. Administrative Macht hingegen wird die Macht genannt, die vom Staat ausgeht. Beide Machtformen sind für eine funktionierende Regierung aufeinander angewiesen. Die kommunikative Macht bedarf des Instruments der administrativen Macht zum einen für die Umsetzung des gebildeten Willens, zum anderen um ihr eigenes Entstehen zu gewährleisten.<sup>74</sup> Die administrative Macht hingegen benötigt die Legitimation durch die kommunikative Macht. Ohne diese Legitimation würde die administrative Macht mit der Zeit zur bloßen Gewalt verkommen.<sup>75</sup> Die Entstehung der kommunikativen Macht wird in Habermas' Modell durch die Rechte gesichert. Die Steuerung der administrativen Macht wird durch den Rechtsstaat vorgenommen. Eine Gefahr für dieses sich gegenseitig stabilisierende System sieht Habermas in der Möglichkeit, dass sich einige Handlungsbereiche der Ökonomie und Administration vor der Öffentlichkeit verschließen. So könnten sie sich unbemerkt der Kontrolle entziehen und verselbstständigen.<sup>76</sup> Dieses unrechtmäßige Einwirken von ökonomischer Macht auf die Gesetzgebung bedroht also das Prinzip der demokratischen Selbstregierung.<sup>77</sup> Sollten die in Beratungen gefundenen Ergebnisse keine Wirkung mehr auf den Gesetzgebungsprozess haben, so wäre das Ideal der deliberativen Politik gescheitert. Habermas erhebt diesbezüglich die Forderung, dass die administrative Macht in einem Rechtsstaat die Interessen von ökonomischen Verbänden nicht priorisieren dürfe.<sup>78</sup> Zudem „soll sich die administrative Macht nicht selbst reproduzieren dürfen.“<sup>79</sup> Konkret schlägt Habermas hierfür die „rechtliche Institutionalisierung von Märkten und bürokratischen Organisationen“<sup>80</sup> vor. So soll sich kein Bereich der sozialen Kontrollen entziehen können.

Das Modell der deliberativen Demokratie kann laut Habermas in einer Gesellschaft umgesetzt werden, deren politisches System nach dem Zentrum-Peripherie-Modell von Peters strukturiert ist.<sup>81</sup> Hier werden die institutionalisierten deliberativen Prozesse, die innerhalb des politischen Systems ablaufen, ergänzt durch spontane Meinungs- und Willensbildungsprozesse, die in der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft stattfinden und nicht durch den Staat vorgegeben sind. So entwickelt Habermas ein Modell einer

---

<sup>73</sup> vgl. ebd., S. 187.

<sup>74</sup> vgl. ebd., S. 167f.

<sup>75</sup> vgl. König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 18.

<sup>76</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 58.

<sup>77</sup> vgl. König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 18.

<sup>78</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 187.

<sup>79</sup> ebd.

<sup>80</sup> Habermas: Faktizität und Geltung. S. 101.

<sup>81</sup> vgl. ebd., S. 429ff.

„zweigleisig verlaufenden deliberativen Politik“<sup>82</sup>. Bei diesem Modell bildet das politische System bestehend aus Verwaltung, Regierung, Gerichten, Parlamenten und Parteien das Zentrum. Entsprechend finden sich die Zivilgesellschaft, die Öffentlichkeit, Interessensgruppen sowie Verbände in der Peripherie wieder. Der offizielle Machtkreislauf sieht nun vor, dass bindende Entscheidungen des Zentrums durch Kommunikationsflüsse aus der Peripherie legitimiert werden.<sup>83</sup> Das heißt, dass zunächst in den peripheren Gruppen Beratungen über eine bestimmte Problemstellung geführt werden und dass das Ergebnis dann an das Zentrum zur Umsetzung weitergegeben wird. Allerdings konkurriert dieser offizielle Kreislauf oft mit einem Gegenkreislauf. Dabei wird die Peripherie nicht in Entscheidungen mit einbezogen, sondern die Ergebnisse werden lediglich im Nachhinein in der Öffentlichkeit präsentiert. Das Problem an dem Gegenkreislauf ist, dass die so zustande kommenden Entscheidungen nicht im eigentlichen Sinne legitim sind, da die Legitimation durch die kommunikative Macht der Peripherie fehlt. Habermas rechtfertigt dies damit, dass durch den Gegenkreislauf die Zivilgesellschaft vom politischen Alltagsgeschäft entlastet wird. Dadurch überwiegt der Gegenkreislauf bei der politischen Entscheidungsfindung sogar. Wichtig ist nur, dass in Konfliktfällen die Routine des Gegenkreislaufs gebrochen werden kann, sodass die Entscheidungsmacht wieder auf die deliberativen Prozesse der Peripherie zurückgeht. „Der Druck der öffentlichen Meinung erzwingt dann einen außerordentlichen Problemverarbeitungsmodus, der die rechtsstaatliche Regulierung des Machtkreislaufes begünstigt, also Sensibilitäten für die verfassungsrechtlich geregelten politischen Verantwortlichkeiten aktualisiert.“<sup>84</sup> Dazu müssen jedoch die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit die im politischen Zentrum ablaufenden Prozesse effektiv überwachen sowie Missstände thematisieren und einen öffentlichen Diskurs darüber anstoßen.<sup>85</sup>

## 2.3 Öffentlichkeitsmodell

Der Öffentlichkeit und den peripheren Strukturen fallen also ein großer Teil der normativen Erwartungen an eine deliberative Demokratie zu. Die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft sollen sich als „Netzwerk nichtinstitutionalisierter öffentlicher Kommunikation“<sup>86</sup> verstehen und dadurch in der Lage sein, gesellschaftliche Probleme zu reflektieren. Habermas sieht die kritische Funktion der Öffentlichkeit, die darin besteht, Probleme im politischen System aufzuspüren und sich mit der Problematisierung Gehör bei den Institutionen zu verschaffen, als die wichtigste Funktion der Öffentlich-

---

<sup>82</sup> König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 19.

<sup>83</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 444.

<sup>84</sup> ebd., S. 433.

<sup>85</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 365.

<sup>86</sup> König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 21.

keit an.<sup>87</sup> Bedingung dafür, dass eine bürgerliche Öffentlichkeit überhaupt zustande kommen kann, ist das Prinzip des allgemeinen Zugangs.<sup>88</sup> Es dürfen also keine gesellschaftlich relevanten Gruppen von vornherein aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Man könnte die Öffentlichkeit daher auch als „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“<sup>89</sup> bezeichnen, in der Meinungs- und Willensbildungsprozesse durch deliberative Verfahren wie Beratungen oder Diskurse geschehen. Trotz der Forderung nach allgemeiner Zugänglichkeit weiß auch Habermas, dass es in großen modernen Staaten kaum möglich ist, alle Bürger in physischer Anwesenheit an einem großen Diskurs zu beteiligen. Daher unterscheidet er zwischen den Privatleuten und Akteuren der Meinungs- und Willensbildung, die stellvertretend für alle Bürger Probleme diskutieren.<sup>90</sup> Aus den individuellen Lebenserfahrungen der Privatleute werden abstrakte Argumente der Akteure, die in öffentlichen Arenen durch Akteure ausgetauscht werden. Habermas geht also von einer Kontinuität der öffentlichen Meinung aus.<sup>91</sup> Die Qualität der so gebildeten öffentlichen Meinung bemisst sich allein an der Art ihres Zustandekommens, also am diskursiven Charakter der Meinungsbildung.<sup>92</sup> Für Habermas ist die öffentliche Meinung daher mehr als das bloße Zusammenzählen von Einzelmeinungen. Sie ist vielmehr das Ergebnis von öffentlich geführten Diskursen.<sup>93</sup> Habermas bezeichnet dies als das „Prinzip der Volkssouveränität, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, [und] sich das subjektive Recht und die chancengleiche Teilnahme an der demokratischen Willensbildung mit der objektiv-rechtlichen Ermöglichung einer institutionalisierten Praxis staatsbürgerlicher Selbstbestimmung“<sup>94</sup> vereint.

Auch die Massenmedien lässt Habermas bei seiner Konzeptionierung der Öffentlichkeit nicht außen vor. Sie können eine Vermittlerrolle zwischen den Privatleuten und den Akteuren der Meinungsbildung spielen. So kann die Öffentlichkeit auch als eine Art virtuelle Kommunikationsgemeinschaft angesehen werden.<sup>95</sup> Habermas schreibt den Massenmedien nicht per se eine diskursive Rolle zu, verlangt aber von ihnen, eine solche Funktion zu erfüllen: „Massenmedien sollen sich als Mandatar eines aufgeklärten Publikums verstehen, [...] sie sollen sich unparteilich der Anliegen und Anregungen des Publikums annehmen und den politischen Prozess im Lichte dieser Themen und Beiträge einem Legitimationszwang und verstärkter Kritik aussetzen.“<sup>96</sup> In der 2008 veröffentlichten Aufsatzsammlung „Ach, Europa“ äußert sich Habermas zudem explizit zur Rolle des Internets. Er sieht die Öffentlichkeit durch „mediengestützte Kommunika-

---

<sup>87</sup> vgl. ebd., S. 22.

<sup>88</sup> vgl. Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. S. 156.

<sup>89</sup> ebd., S. 86.

<sup>90</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 440.

<sup>91</sup> vgl. König: In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. S. 23.

<sup>92</sup> vgl. Habermas: Faktizität und Geltung. S. 438.

<sup>93</sup> vgl. ebd.

<sup>94</sup> Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. S. 209.

<sup>95</sup> vgl. Römpf: Habermas leicht gemacht. S. 259.

<sup>96</sup> Habermas: Faktizität und Geltung. S. 457.

tion überflutet“, die sich „keinesfalls durch deliberative Züge“<sup>97</sup> auszeichnet. Er sieht die Gefahr, dass die internetgestützte Massenkommunikation zu einer Zerstreuung und Zersplitterung in Spezialinteressen führt. Im Mittelpunkt der Öffentlichkeit würde dann kein gemeinschaftlicher Diskurs mehr stehen, sondern viele verschiedene themenspezifische Stellungnahmen eines diffusen Massenpublikums.

## 2.4 Weiterentwicklungen nach Fraser und Mouffe

Sowohl das Habermas'sche Modell der deliberativen Politik als auch sein diskursives Öffentlichkeitsmodell werden vielfach als zu idealisiert kritisiert. Besonders die ideale Sprechsituation und ihre kontrafaktische Annahme können in der Theorie zwar existieren, in der praktischen Anwendung jedoch sind sie kaum zu realisieren. Auch Habermas' Behauptung, dass allein die Kenntnis von der ideale Sprechsituation und nicht ihre reelle Umsetzung entscheidend für einen wahren Diskurs seien, hilft in der Praxis kaum. Aber nicht nur die ideale Sprechsituation ist Ansatzpunkt für Kritik.

Nancy Fraser kritisiert besonders die von Habermas vorausgesetzte Homogenität der Öffentlichkeit.<sup>98</sup> Sie geht nicht davon aus, dass es nur eine dominierende Öffentlichkeit gibt, sondern auch vielfältige Gegenöffentlichkeiten. Ihre Arbeiten prägen den Begriff der „subalternen Gegenöffentlichkeiten“. Sie kritisiert, dass in einer einzigen großen Öffentlichkeit, wie Habermas sie entwirft, soziale Randgruppen, die nur wenige Mitglieder haben, kaum vertreten sind. Je nach sozialem Status oder Geschlecht einer Person seien die Zugangsbedingungen für die Gesamtöffentlichkeit sehr verschieden.<sup>99</sup> Für die Mitglieder solcher Randgruppen ist es jedoch auch wichtig eine Öffentlichkeit zu haben, in der sie sich über ihre Probleme und Bedürfnisse austauschen können. Daher schlägt Fraser vor, weitere alternative Öffentlichkeiten anzunehmen und beschreibt diese als: „parallele diskursive Räume [...], in denen Angehörige untergeordneter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und in den Umlauf setzen, die ihnen wiederum erlauben, oppositionelle Interpretationen ihrer Identitäten, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren“<sup>100</sup>. Laut Fraser nimmt so die Benachteiligung der Randgruppen ab, da Themen, die in der dominanten Öffentlichkeit sonst keinen Platz gefunden hätten, einen Raum bekommen, in dem sie angesprochen und diskutiert werden können. Fraser warnt, dass wenn von „der öffentlichen Meinung“ gesprochen wird, immer hinterfragt werden muss, wer zu welchen Bedingungen an den Meinungsbildungsprozessen teilnimmt und wer ausgeschlossen wird.<sup>101</sup>

---

<sup>97</sup> Habermas: Ach, Europa. S. 155f.

<sup>98</sup> vgl. Drüeke: Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit. S. 90ff.

<sup>99</sup> vgl. ebd.

<sup>100</sup> Fraser: Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie. S. 163.

<sup>101</sup> vgl. Fraser: Öffentliche Sphären, Genealogien und symbolische Ordnungen. S. 142f.

Fraser ist jedoch nicht die Einzige, die den Begriff der Gegenöffentlichkeit verwendet. Krotz spricht bei einer „gegen die hegemoniale Öffentlichkeit gerichtete Teilöffentlichkeit, die um einen spezifischen gesellschaftlichen Diskurs oder Standpunkt herum strukturiert ist“<sup>102</sup> von einer Gegenöffentlichkeit. Engesser und Wimmer fassen den Begriff etwas weiter und verstehen darunter Teilöffentlichkeiten, die versuchen mit Aktionen oder alternativen Medien Aufmerksamkeit zu erzeugen, da sie ihre eigenen Interessen in dem gesellschaftlichen Diskurs zu schwach vertreten sehen.<sup>103</sup>

Chantal Mouffe sieht das Habermas'sche Öffentlichkeitsmodell ebenfalls als nicht zutreffend an.<sup>104</sup> Sie kritisiert jedoch nicht den Aspekt der einzigen homogenen Öffentlichkeit, sondern die Forderung, dass es nur Konsense geben soll. Ihre Arbeiten begründen den Begriff der „agonistischen Öffentlichkeit“, bei der ein Konsens nicht erstrebenswert ist. In ihrer Theorie bildet sich eine funktionierende Öffentlichkeit nur, wenn auch der Dissens innerhalb einer Gesellschaft wertgeschätzt wird. Eine Politik, die sich nur auf Konsense konzentriert, führt in ihrer Darstellung sogar zu einem Verfall der Demokratie und ist der Ursprung für viele heutige politische Probleme. Zentral in Mouffes Öffentlichkeitstheorie ist neben der Dimension der Macht die Dimension des Antagonismus. Erst durch das „Andere“ oder das „Außen“ kann sich eine Gesellschaft definieren, da sie Abgrenzungen benötigt, um sich von anderen Gesellschaften zu unterscheiden. So kann sich eine Gesellschaft nur durch einen Antagonismus formen. Wichtig dabei ist jedoch der Umgang mit dem Anderen innerhalb einer Gesellschaft. Nur wenn das Andere nicht als Feind, sondern als Gegner angesehen wird, kann es in den gesellschaftlichen Diskurs integriert werden. Würden Gegenargumente als feindlich empfunden, so würde versucht werden, diese auszulöschen. Werden sie allerdings als Gegner betrachtet, so kann ihnen argumentativ begegnet werden.<sup>105</sup> So müssen politische Konflikte nicht generell in einen Konsens münden. Dennoch erkennt auch Mouffe an, dass für eine Demokratie ein Hintergrundkonsens über die ethisch-politischen Werte Freiheit und Gleichheit bestehen soll. Allein über die Interpretation dieser Werte darf es zu einem Dissens kommen. Sie bezeichnet dies auch als „konfliktualen Konsens“<sup>106</sup>. Eine Trennlinie hingegen verläuft zwischen den Menschen, die die gemeinsamen Werte nicht anerkennen, und denjenigen, die sie akzeptieren. Eine Akzeptanz der Werte ist jedoch auch dann gegeben, wenn ein Konflikt über deren Interpretation herrscht.

---

<sup>102</sup> Krotz: Stichwort Gegenöffentlichkeit. S. 653.

<sup>103</sup> vgl. Engesser/Wimmer: Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet. S. 46.

<sup>104</sup> vgl. Drüeke: Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit. S. 94ff.

<sup>105</sup> vgl. Mouffe: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. S.45.

<sup>106</sup> Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. S.158.



## 3 Online-Deliberation

### 3.1 Die Öffentlichkeit des Internets

Die Öffentlichkeitsform des Internets und die darin vorkommenden Kommunikationsformen können bis heute nicht einheitlich klassifiziert werden. Das Internet umfasst Inhalte, die der Massenkommunikation entsprechen, wie alle frei zugängliche Websites. Aber es bietet auch Möglichkeiten, die der persönlichen Kommunikation zuzuordnen sind, wie das Schreiben von E-Mails oder das Chatten. Besonders durch die sozialen Medien im Web 2.0 entstehen neue interaktive Kommunikationsmöglichkeiten, bei denen oft nur kleine Gruppen von Menschen miteinander interagieren, die aber trotzdem für jeden zugänglich sind und daher als öffentliche Kommunikation bezeichnet werden können.<sup>107</sup> Im Internet werden dabei die verschiedenen Kommunikationsmodi verknüpft und integriert. So besitzt ein soziales Netzwerk wie Facebook sowohl Funktionen, die der persönlichen Kommunikation dienen, als auch solche, die es erlauben, Massenkommunikation zu betreiben. Katzenbach beschreibt so beispielsweise Weblogs als eine Art Zwischenraum zwischen Alltagsgespräch und massenmedialem Diskurs, in dem sich massenmediale und interpersonale Kommunikationsformen vermischen können.<sup>108</sup> Legt man das Ebenen-Modell bei der Öffentlichkeitsanalyse zugrunde, so schlagen Jarren und Donges vor, das Internet auf der Ebene der Themenöffentlichkeit zu verorten.<sup>109</sup> Es gibt unzählige Websites, Weblogs und Social Media Pages, die eine eigene unabhängige Themenagenda bearbeiten und sich an Teilöffentlichkeiten mit speziellen thematischen Schwerpunkten richten. Neuberger hingegen diskutiert das Modell einer „integrierten Netzöffentlichkeit“<sup>110</sup>. Das Internet ermöglicht eine bessere Durchlässigkeit von Themen, und so werden die unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen vereinbar und vernetzbar. Zudem betont er die Wichtigkeit von Moderatoren in der Rolle der „Gatewatcher“. Früher bestimmten Journalisten in der Rolle der „Gatekeeper“, welche Themen Einzug in die massenmediale Berichterstattung erhielten. Themen, die sie nicht auswählten, fanden daher kaum Gehör in der Gesellschaft. Im Internet bleiben jedoch alle Themen erhalten bzw. alle Themen können veröffentlicht und jederzeit wieder sichtbar gemacht werden. So braucht es laut Neuberger Moderatoren, die den Themenkanon im Netz beobachten und überwachen.

---

<sup>107</sup> vgl. Drüeke: Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit. S. 29.

<sup>108</sup> vgl. Katzenbach: Weblogs und ihre Öffentlichkeiten. Motive und Strukturen der Kommunikation im Web 2.0. S. 126.

<sup>109</sup> vgl. Jarren/Donges: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. S. 113.

<sup>110</sup> Neuberger: Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs. S. 43.

## 3.2 Die cyberenthusiastische Position

Seit den frühen Anfängen des Internets wird über die Bedeutung des Netzes für die Politik bzw. die politische Kommunikation diskutiert. Mit dem Aufkommen des neuen Mediums entstanden Hoffnungen, dass das Internet die für viele Bürger selbstverständlich gewordene Demokratie revitalisieren könnte. In den frühen 90ern war die Theorie, dass Bürger zwar an politischen Themen interessiert seien, jedoch nicht an dem Staat und seinen Parteien, weit verbreitet.<sup>111</sup> So sammelten sich unter dem Begriff der „Mobilisierungsthese“ die Hoffnungen nach einer neuen Form des „basisdemokratischen Aktivismus“<sup>112</sup> und des vereinfachten Ideenaustausches über das Internet. Außerdem existierte die Vorstellung, dass einfachere und kostengünstigere Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten zwischen den Bürgern und der Regierung zu einer erhöhten Partizipation in Meinungs- und Willensbildungsprozessen führten. In der Möglichkeit, dass durch das Internet nun erstmals auch Gruppen von Bürgern untereinander kommunizieren konnten, entstand zudem die Erwartung, dass die Bürgergemeinschaft gestärkt würde.<sup>113</sup> So könnte den Zersplitterungstendenzen innerhalb der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Einige verglichen das Entstehen einer Onlinegemeinschaft sogar mit den Strukturen der Öffentlichkeitskultur des 18. Jahrhunderts. Die Internetgemeinde könnte dann die Traditionen der Salons weiterführen, sodass ein „globales Kaffeehaus“<sup>114</sup> entstünde, in dem über politische Fragen diskutiert würde. Auch von einer „elektrischen Agora“ ist in diesem Zusammenhang immer wieder die Rede gewesen, in der die Bürger direkt und gemeinsam ihre Probleme regeln könnten.<sup>115</sup> In einer virtuellen Gemeinschaft wären die staatlichen Institutionen nicht mehr von Nöten, da durch eine globale Vernetzung die Bürger alle Belange selbst regeln könnten.<sup>116</sup>

Bei der Konzeption eines positiven Einflusses durch das Internet auf die Demokratie und die politischen Prozesse wird zwischen zwei verschiedenen Modellen unterschieden. Mit dem Begriff des „E-Government“ wird die Fokussierung auf die Informationsverbreitungsfunktion des Internets bezeichnet.<sup>117</sup> Der gewinnbringende Effekt der Digitalisierung von Politik wird hier nicht in der Förderung von Diskussionsstrukturen innerhalb der Zivilgesellschaft gesehen. Vielmehr geht es dabei um die Effizienzsteigerung des bestehenden politischen Systems und seiner Institutionen durch die Internetnutzung. Administrative Vorgänge sollen für den Bürger vereinfacht und beschleunigt

---

<sup>111</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 58.

<sup>112</sup> ebd.

<sup>113</sup> vgl. ebd.

<sup>114</sup> Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. S. 283.

<sup>115</sup> vgl. ebd.

<sup>116</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 59.

<sup>117</sup> vgl. ebd., S. 62.

werden, sodass die Verwaltung möglichst verbraucherfreundlich gestaltet wird. Der Vorteil des Netzes wird hier vor allem in den Möglichkeiten gesehen, dass Vorgänge zunehmend dezentral bearbeitet werden können.

Andere Modelle, die von einem positiven Effekt des Internets auf die demokratischen Strukturen eines Staats ausgehen, übertragen das Konzept einer deliberativen Demokratie auf die Öffentlichkeitsarenen im Internet.<sup>118</sup> Es besteht die Hoffnung, dass sowohl Bürger als auch Politiker sich im Internet austauschen und so über politische Entscheidungen beraten. So soll die Politikverdrossenheit verringert werden und eine Motivation für die Teilnahme an politischen Prozessen gegeben werden. In dem Modell der „strong Democracy“ geht es vor Allem darum, verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Bürgern und der Politik herzustellen.<sup>119</sup> Wegen der vereinfachten Zugänglichkeit von Informationen, der räumlichen sowie zeitlichen Unabhängigkeit von Gesprächen und den Möglichkeiten zu einer interaktiven Kommunikation, scheint das Internet ein geeignetes Medium für den Austausch zwischen Bürgern und Politik zu sein. Zugangsbarrieren zu politischen Diskursen werden durch diese Funktionen gesenkt. Des Weiteren können die Bürger politische Informationen nun nicht mehr nur konsumieren, sondern auch darauf reagieren und verfügen über einen Rückkanal an den jeweiligen politischen Akteur. Dies soll einen Motivationsschub für die Partizipation an Meinungs- und Willensbildungsprozessen geben. Zudem besteht die Vorstellung, dass im Internet alle Diskursteilnehmer egalitär ihre Meinung äußern und verteidigen können.<sup>120</sup> So kommt dieses internetbasierte Demokratiekonzept der Idealvorstellung einer deliberativen Demokratie nach Habermas schon recht nahe.

Auch das Konzept der Cyberdemokratie sieht einen positiven Effekt des Internets auf die Demokratie durch neue Kommunikationsformen vor.<sup>121</sup> Hier wird die Möglichkeit der Many-to-Many-Kommunikation, die durch das Internet ermöglicht wird, in den Fokus gerückt. Durch eine solche Gemeinschaftskommunikation sollen Kommunikationshierarchien abgebaut werden und das Zugehörigkeitsgefühl durch gemeinsame Kommunikationspraxen gestärkt werden. So entsteht im Internet ein politischer Marktplatz, der der Kommunikation von Bürgern und Politik oder Bürgern untereinander dient. Wird eine solche Cyberdemokratie vollständig umgesetzt, regieren sich die Bürger nach basisdemokratischem Prinzip in einer virtuellen Gemeinschaft selbst. Der größere Einfluss des Einzelnen stellt nach diesem Modell einen Anreiz für die Bürger dar, sich politisch zu informieren und einzubringen.

---

<sup>118</sup> vgl. ebd., S. 63.

<sup>119</sup> vgl. ebd.

<sup>120</sup> vgl. Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. S. 286.

<sup>121</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 64.

Modelle, die unter dem Namen „E-Democracy“ laufen, verflechten hingegen die herkömmliche Politik mit E-Business Modellen.<sup>122</sup> Hier werden die Bürger als „Kunden“ des Staats angesehen, die von der Politik möglichst zufriedengestellt werden sollen. Dies geschieht durch eine gesteigerte Responsivität zwischen Volk und Politik, also durch die andauernde Rückkopplung der Bedürfnisse und Interessen des Volkes an die Politik. Dazu ist es für die politischen Akteure besonders wichtig, die Interessen und Probleme ihrer Wählerschaft genau zu kennen. Durch das Internet wird ein direkter „Kundenkontakt“ für die Politiker möglich und sie haben die Chance, ihre „Produkte“ gezielt zu bewerben und zu präsentieren. Außerdem können die Politiker die Bürger interaktiv mit in ihre Entscheidungen einbeziehen, ohne dass sie dafür physisch anwesend sein müssen. Ist der „Kunde“ zufrieden mit dem Angebot, so erhält der „Anbieter“ seine Unterstützung in Form einer Stimme bei den nächsten Wahlen.

Im Konzept der „E-Governance“ sollen die Bürger im virtuellen Raum die Möglichkeit bekommen, sich über Probleme auszutauschen und diese zu bearbeiten.<sup>123</sup> Im Fokus steht dabei besonders die Themensetzung. In den im Internet ablaufenden Diskursen bilden sich politische Themen heraus, die für die Allgemeinheit von Interesse sind. Mit diesen Themen setzen sich dann die Regierung und die Parlamente auseinander. Dieses Modell hat den Vorteil, dass die Politik sich mit Themen beschäftigt, die eine Mehrheit der Bevölkerung für wichtig erachtet und die Themensetzung nicht pauschal geschieht. So soll beispielsweise verhindert werden, dass die Rentenpolitik pauschal im Wahlkampf thematisiert wird, weil die Rentner eine besonders große Wählergruppe sind. Die Hoffnung, die in dieses Modell gesetzt wird, ist, dass die Lücke zwischen den Bürgern und der Politik geschlossen werden kann, besonders auf lokaler und kommunaler Ebene.

Diese äußerst optimistischen Erwartungen an das Internet in Bezug auf die Demokratie werden heute kaum noch so geteilt.<sup>124</sup> Man sieht heutzutage ein, dass durch das reine Aufkommen des Internets die Demokratie noch nicht verbessert wird und nimmt somit Abstand von dem reinen Technikdeterminismus. Dennoch werden immer noch Hoffnungen in das Internet gesetzt, es könne bei der Belebung der Demokratie helfen. Dazu müssen aber zunächst technische Strukturen geschaffen werden und vor Allem Verfahren sowie Verhaltensweisen im Volk etabliert werden, damit das Demokratiepotehtial des Netzes voll ausgeschöpft werden kann. Wie sich eine Demokratie entfaltet und gestaltet hängt nicht in erster Linie von der Qualität der vermittelnden Technologie ab, sondern von dem Grad des Engagements der jeweiligen Bürgerschaft. Anstatt zu fragen, ob das Internet allgemein einen positiven oder negativen Effekt auf die demokratischen Strukturen hat, stellt die Forschung heute eher die Frage danach, welche speziellen Faktoren einen fördernden oder hemmenden Effekt auf die Partizipation von Bürgern in politischen Angelegenheiten haben. So zielen aktuelle Modelle wie das ei-

---

<sup>122</sup> vgl. ebd., S. 64f.

<sup>123</sup> vgl. ebd., S. 65.

<sup>124</sup> vgl. ebd., S. 59.

ner „digitalen Demokratie“ auch nicht auf eine autonome Bürgergemeinschaft ab, die sich mit Hilfe des Internets in einer direkten Demokratie selbst regiert. Es geht vielmehr darum, mehr Nähe zwischen Politik und Bürgern zu schaffen. Wenn sich dabei neue Formen der Bürgerbeteiligung oder neue Plattformen für eine diskursive Meinungs- und Willensbildung etablieren, sollen diese gefördert werden. Zusätzlich wird das Konzept einer „E-Demokratie“ in Form der Digitalisierung von administrativen Vorgängen weiterhin verfolgt und umgesetzt.

### 3.3 Die cyberpessimistische Position

Neben den positiven Effekten wurden jedoch auch negative Effekte des Internets auf die Demokratie vorhergesagt. Seit dessen Aufkommen wurde auch immer wieder davor gewarnt, dass das Entstehen virtueller Räume schlechte Einflüsse auf die Öffentlichkeit und die Meinungs- bzw. Willensbildungsprozesse haben könnte. So wurde der cyberenthusiastischen Mobilisierungsthese die cyberpessimistische Verstärkungs- oder Reinforcement-These gegenüber gestellt.<sup>125</sup> Sie besagt, dass sich Tendenzen, die in der realen Welt vorhanden sind, im Netz widerspiegeln und sogar noch verstärken. Die Bürger, die sich also bereits offline politisch engagieren, werden dies genauso im Netz tun. Diejenigen, die sich jedoch nicht für politische Vorgänge interessieren, werden auch im Internet nicht politisch aktiv sein.

Eine derzeit häufig genannte These ist die „Zersplitterungsthese“<sup>126</sup>. Sie beschreibt das Zerfallen der traditionellen einheitlichen Öffentlichkeit in viele kleine Teilöffentlichkeiten. Menschen würden immer eher nach gleichgesinnten Gesprächspartnern suchen und hauptsächlich Informationen konsumieren, die ihrer Weltanschauung entsprechen.<sup>127</sup> So kommt es zu dem gegenteiligen Effekt von Meinungsvielfalt, denn die Nutzer würden sich vermehrt in Teilöffentlichkeiten, die ihren Ansichten entsprechen, aufhalten und so den Blick für das große Ganze verlieren. Dies führt zu einer Segmentierung und Polarisierung der Internetöffentlichkeit.<sup>128</sup> Ist diese Tendenz zu stark in einer Gesellschaft ausgeprägt, so wird es schwierig, einen gemeinsamen Wertekanon und verbindende Traditionen aufrecht zu erhalten.<sup>129</sup> So wäre immer weniger Substanz da, die die Gesellschaft zusammenhalten könnte. Gerade in sozialen Netzwerken kann der Zersplitterungseffekt noch durch den „Filterblaseneffekt“ verstärkt werden.<sup>130</sup> Der durch den Amerikaner Eli Pariser geprägte Begriff beschreibt den Umstand, dass Algorith-

---

<sup>125</sup> vgl. ebd.

<sup>126</sup> vgl. ebd., S. 66.

<sup>127</sup> vgl. Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. S. 287.

<sup>128</sup> vgl. ebd.

<sup>129</sup> vgl. Schulz: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. S. 130.

<sup>130</sup> vgl. <https://www.welt.de/kmpkt/article159569850/So-treiben-soziale-Netzwerke-einen-Keil-zwischen-uns.html>; letzter Zugriff: 05.12.16.

men alle Suchanfragen, Likes, Internet-Einkäufe und sonstige Online-Aktivitäten eines Nutzers aufzeichnen und anhand von diesen die Vorlieben und Interessen eines Nutzers herausfiltern.<sup>131</sup> Gemäß diesem Interessenprofil werden dem Nutzer beim nächsten Online-Besuch ähnliche Beiträge und Artikel vorgeschlagen. So werden die Newsfeeds der sozialen Netzwerke eines Nutzers immer mit Beiträgen zu ähnlichen Themen gefüllt. Beiträge, die nicht dem computer-generierten Interessenprofil des Nutzers entsprechen, werden ihm nicht angezeigt, unabhängig davon, ob es ihn trotzdem interessiert hätte. So können ganze Themengruppen oder Meinungsrichtungen aus dem Informationsfeld eines Nutzers verschwinden. Stattdessen bekommt er nur Beiträge angezeigt, die seine Meinung stützen, und er verfestigt diese. Auch bei Suchmaschinen wie „Google“ kann es zu so einem Filterblaseneffekt kommen.<sup>132</sup> Würde ein durchschnittlicher Internetbenutzer beispielsweise nach „Obama“ im Internet suchen, so wären unter den ersten Treffern Wikipedia-Artikel und offizielle Seiten des Weißen Hauses. Jemand, der sich allerdings online häufig mit Verschwörungstheorien beschäftigt, könnte zuerst Websites angezeigt bekommen, die falsche Informationen über die Nationalität des Politikers verbreiten.<sup>133</sup> Auch in diesem Fall würde durch den Algorithmus der Suchmaschine die bereits bestehende Weltanschauung des Nutzers bestätigt werden. Das Gegenteil eines für jeden Bürger transparenten Meinungspluralismus ist dann der Fall und bedroht den vielschichtigen Umgang mit politischen Themen.

Ein weiterer Effekt, der den Meinungspluralismus im Internet gefährdet, ist die sogenannte „Online-Schweigespirale“.<sup>134</sup> Die Grundlage dazu legte Noelle-Neumann 1980 in ihrer „Theorie der Schweigespirale“. Darin beschreibt sie, dass Vertreter der Mehrheitsmeinung diese laut und offen immer wieder kundtun. Vertreter einer Minderheitsmeinung hingegen verstummen aus Furcht, sie könnten sozial isoliert werden, da sie für eine andere Meinung stehen. So findet die Minderheitsmeinung immer weniger öffentliche Fürsprecher, bis sie irgendwann komplett aus dem Meinungskanon verschwindet. Noelle-Neumann begründet dies damit, dass Menschen die statistische Verteilung von politischen Meinungen wahrnehmen können und sich letztendlich auf der Seite der Gewinner sehen wollen.<sup>135</sup> Eine Studie des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research kommt zu dem Schluss, dass dieses Phänomen auch auf das Internet übertragbar ist.<sup>136</sup> So schwindet die Bereitschaft eines Nutzers seine Meinung öffentlich bekanntzugeben, wenn sie von der vorherrschenden Mehrheitsmeinung zu stark abweicht. Andere Autoren kommen hingegen zu dem Schluss: „[...]das

---

<sup>131</sup> vgl. ebd.

<sup>132</sup> vgl. <http://www.sueddeutsche.de/digital/eli-pariser-und-die-filter-bubble-ausweitung-der-komfortzone-1.1303419>; letzter Zugriff: 05.12.16.

<sup>133</sup> vgl. ebd.

<sup>134</sup> vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/studie-auch-im-netz-regiert-die-schweigespirale-13118570.html>; letzter Zugriff: 05.12.16.

<sup>135</sup> vgl. Schulz/Rössler: Schweigespirale Online. Die Theorie der öffentlichen Meinung und das Internet. S. 22ff.

<sup>136</sup> vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/studie-auch-im-netz-regiert-die-schweigespirale-13118570.html>; letzter Zugriff: 05.12.16.

Internet vermindert die Wahrnehmung der Bedrohlichkeit von Öffentlichkeit [...], indem sich nämlich Meinungsbildung und Meinungsäußerung mehr denn je in den Gruppenkontext verlagern, wodurch sich der Referenzrahmen verschiebt.<sup>137</sup> Damit stützen die Autoren jedoch wiederum die These des Zerfalls der traditionellen Öffentlichkeit, bei der sich die Meinungsbildung immer stärker in kleine Teilöffentlichkeiten verlagert.<sup>138</sup>

Des Weiteren wird befürchtet, dass auch der Bereich der Printmedien zerfallen könnte. Da die meisten Internet-Nutzer Online-Inhalte kostenlos lesen möchten, könnten der Wettbewerbsdruck und der Sparzwang in den Printmedienhäusern so groß werden, dass sich die Zeitungen auf lange Sicht selbst zerstören. Dies könnte tiefgreifende Auswirkungen auf die traditionelle Öffentlichkeit haben, da Zeitungen eine der tragenden Säulen öffentlicher Meinung sind. Durch die kostengünstig und jederzeit verfügbaren Informationen entsteht eine weitere Befürchtung. So besteht die These, dass eine Informationsüberflutung die Bürger überfordert.<sup>139</sup> Sie müssten dann selbst aus Vielzahligen Quellen entscheiden, welche Berichte vertrauenswürdig und relevant sind. Sollten die Bürger über nicht genügend Medienkompetenz verfügen, würde dies zu einer Abhängigkeit von Suchmaschinen und deren Priorisierungsalgorithmus führen. Zudem könnte es zu einer Abstumpfung der Bürger kommen, sollten sie mit E-Mails oder anderen Nachrichten von politischen Parteien und Vertretern überladen werden.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt der Cyberpessimisten sind die Phänomene der digitalen Spaltung. Norris sieht insbesondere drei gesellschaftsteilende Faktoren.<sup>140</sup> Unter den globalen Faktoren nennt sie die unterschiedliche Internetabdeckung in Industrieländern bzw. Entwicklungs- oder Schwellenländern und die damit verbundene uneinheitliche Zugänglichkeit. In der sozialen Kategorie unterscheidet sie zwischen „information rich“ und „information poor“, also den Leuten, die sich oft und vielseitig politisch informieren und denjenigen, deren Umfang an politischen Informationen klein und einseitig ist. Der demokratische Faktor hingegen beschreibt, ob Bürger die Möglichkeit zur Meinungsäußerung im Internet nutzen oder dieses unterlassen. Andere Autoren sehen viele weitere Faktoren, dazu gehört auch ein demoskopisches Kriterium. Dieses bezieht sich auf die unterschiedlich starke Internetnutzung innerhalb der verschiedenen Altersgruppen. Generell kann die digitale Spaltung ein Problem werden, wenn demokratische Prozesse vermehrt im Internet ablaufen. Dann wären ganze Bevölkerungsgruppen von Meinungs- und Willensbildungsprozessen ausgeschlossen und würden nicht an dieser Öffentlichkeit teilhaben.

---

<sup>137</sup> Schulz/Rössler: Schweigespirale Online. Die Theorie der öffentlichen Meinung und das Internet. S. 219.

<sup>138</sup> vgl. ebd., S. 221.

<sup>139</sup> vgl. Grunwald et al.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. S. 67.

<sup>140</sup> vgl. Norris: Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide. S. 4ff.

Mit der technischen Weiterentwicklung des Internets und der großen Bedeutung der sozialen Netzwerke entstehen neue zusätzliche Gefahren für den politischen Meinungsaustausch. Online-Plattformen werden nicht nur von Bürgern und Politikern für den deliberativen Diskurs genutzt, sondern sind immer wieder Ziel von politischen Aktivist\*innen, um die Meinungsbildung aktiv zu manipulieren. Dabei gibt es verschiedene Methoden der Manipulation. So wurde das Thema der „Social Bots“ besonders durch den Präsidentschaftswahlkampf 2016 in Amerika präsent. Über eine Million Fake-Accounts sollen damals jeweils unter den Twitter-Followern von Clinton und Trump gewesen sein.<sup>141</sup> Das Problem an diesen Fake-Accounts ist, dass sie durch Roboter automatisch generierte politische Ansichten und Meldungen millionenfach im Netz verbreiten. Gerade bei Twitter kann so die Funktion der Trending Topics schnell beeinflusst werden.<sup>142</sup> Verbreiten genügend Accounts eine bestimmte Meinung mit einem bestimmten Hashtag, so nimmt Twitter Meldungen unter diesem Hashtag in seine wichtigsten Nachrichten mit auf. So wird den Nutzern suggeriert, dass ein gewisses Thema, das von einzelnen Aktivist\*innen über Social Bots verbreitet wurde, gerade besonders wichtig ist und sie sich damit auseinander setzen sollten. Social Bots können aber auch benutzt werden, um den Ruf eines Politikers oder einer Institution aufzubessern bzw. kritische Stimmen zu unterdrücken, indem eine Flut von positiven Aussagen generiert wird.<sup>143</sup> Nach einer Schätzung der amerikanischen Börsenaufsicht SEC sollen knapp zehn Prozent aller Twitter-Accounts Social Bots sein.<sup>144</sup> Eine ähnliche Methode zur Meinungsmanipulation ist das Einsetzen von Trollen. Dabei kreieren Aktivist\*innen ein oder mehrere Fake-Profilen in den sozialen Netzwerken und verbreiten immer wieder gezielt in Diskussionsforen ihre Meinung, die gegebenenfalls mit Falschinformationen begründet wird. Auf diese Weise wird das Meinungsbild in einem Diskussionsforum aktiv in eine Richtung verfälscht. Eine andere Form der versuchten Einflussnahme auf die Meinungsbildung liegt bei sogenannten „Fake-News“ vor. Berichte, die falsche Informationen enthalten oder Politikern Zitate zuschreiben, die sie so nie gesagt haben, können über das Internet anonym und kostengünstig verbreitet werden.<sup>145</sup> Gerade durch die sozialen Netzwerke werden diese Falschmeldungen dann besonders schnell unter die Leute gebracht.<sup>146</sup> So wird Desinformation der Bürger zu einem Instrument in der politischen Meinungsmache.

---

<sup>141</sup> vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/mit-der-maschine-meinung-machen-roboter-verbreiten-auf-twitter-kommentare-14016506.html>; letzter Zugriff: 05.12.16.

<sup>142</sup> vgl. ebd.

<sup>143</sup> Vgl. ebd.

<sup>144</sup> Vgl. ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Mallinckrodt/Reimers: Was im Netz ist Wahrheit, was ist Lüge. Tagesschau, 0:10-0:25 Min.

<sup>146</sup> vgl. ebd., 0:40-0:45 Min.



## 4 Facebook als Diskurssystem

### 4.1 Funktionssystem Facebook

Um die auf Facebook geführten Diskussionen differenziert bewerten zu können, sollte ein Blick auf die dem Netzwerk zugrunde liegenden technischen Strukturen und Möglichkeiten geworfen werden. „Es beeinflusst das Handeln der Nutzer maßgeblich, wie eine bestimmte Plattform gestaltet ist, welche Funktionen sie anbietet und welche nicht, nicht zuletzt auch welche Voreinstellungen und Filterkriterien quasi ‚unsichtbar‘ in die zugrunde liegende Software einprogrammiert sind.“<sup>147</sup> Das soziale Netzwerk Facebook basiert auf dem Prinzip des Postens von Beiträgen durch seine Nutzer. Dabei sind die einfachsten Posts reine Textnachrichten, es können aber auch multimediale Inhalte hochgeladen werden sowie Links zu allen Seiten des World Wide Web. Zudem können Nutzer auf die Beiträge vielfältig reagieren und so mit anderen Nutzern interagieren. Inhalte werden in ein Netzwerk von Personen eingespeist und mit anderen Inhalten oder Nutzer verknüpft.

#### 4.1.1 Basisfunktionen

Die grundlegende Kommunikationseinheit im Diskurssystem Facebook stellt der Post dar. Alle Nutzer, das können Privatpersonen aber auch Organisationen oder Betreiber von Fanpages sein, mit einem Nutzerprofil können Posts mit beliebigem Thema auf Facebook veröffentlichen. Diese können wie oben angedeutet reine Textzeilen sein oder multimediale Inhalte wie Web-Links, Fotos oder Videos. Außerdem können diese Multimedialeinhalte auch durch Text ergänzt werden. Der Nutzer kann des Weiteren bestimmen, ob er dem Post seinen aktuellen Aufenthaltsort oder seine aktuelle Emotionslage hinzufügen möchte. Eine zusätzliche Möglichkeit zur Verknüpfung mit anderen Nutzern ist das Markieren von ihnen auf dem eigenen Post. Dies hat zur Folge, dass alle Nutzer, die den Post angezeigt bekommen, sehen, wer auf einem Beitrag markiert wurde. Außerdem bekommen die Personen, die markiert wurden, eine Benachrichtigung von Facebook, dass sie in einem Post erwähnt wurden. Je nachdem, welche dieser Funktionen beim Erstellen eines Posts genutzt werden, unterscheiden sich die Beiträge im Grad ihrer Verknüpfung.

Die schnellste Möglichkeit, um auf einen Beitrag zu reagieren, war eine lange Zeit der Like-Button. Mit einem Klick auf diese Schaltfläche konnte ein anderer Nutzer dem Urheber des Posts mitteilen, dass ihm dieser Beitrag gefällt. Seit Ende Februar 2016

---

<sup>147</sup> Schmidt: Social Media. S. 20.

gibt es neben dem Gefällt-mir-Knopf weitere Möglichkeiten auf Posts zu reagieren.<sup>148</sup> So können Nutzer einen Beitrag mit „Love“, „Haha“, „Wow“, „Traurig“ oder „Wütend“ durch die dazugehörigen Emoticons bewerten.

Möchten Nutzer ihre Meinung zu einem Post differenzierter ausdrücken, so besteht die Möglichkeit des Kommentierens. Die Kommentare erscheinen unter dem dazugehörigen Beitrag und können entweder aus Text, einem Foto, einem Video, Emojis oder Kombinationen dieser Elemente bestehen. Zudem gibt es die Möglichkeit, andere Nutzer in einem Kommentar zu markieren und sie so auf diesen aufmerksam zu machen bzw. sie so mit ihm zu verknüpfen. Auf diese Weise kann unter einem Post ein Kommentar-Thread entstehen, in dem verschiedene Nutzer ihre Meinung zu dem ursprünglichen Beitrag kundtun.

Die Kommentare ihrerseits können von Nutzern mit „Gefällt-mir“ markiert oder beantwortet werden. Möchte ein Nutzer eine andere Meinung als „Gefällt-mir“ zu einem bestimmten Kommentar ausdrücken, steht ihm die Antwortfunktion zur Verfügung. Dabei kann er als Kommunikationsmittel zwischen Text und Emojis wählen. Das Einbetten von multimedialen Inhalten in eine Antwort ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgesehen. So kann unter einem Kommentar ein eigener Antwort-Thread entstehen.

Des Weiteren besteht eine Schaltfläche, damit Nutzer auch auf Antworten direkt reagieren können. Wird diese Funktion verwendet, so entsteht unter der dazugehörigen Antwort kein eigenständiger „Unter-Antwort-Thread“. Antworten auf Antworten werden dem Antwort-Thread des dazugehörigen Kommentars zugeordnet. Es wird jedoch automatisch der Nutzer markiert, der die Antwort verfasst hat, die im Speziellen kommentiert werden soll.

Abstrahiert betrachtet, kann also folgendes Schema für eine idealtypische Diskussion auf Facebook dargestellt werden: Die Posts geben das Thema und den grundlegenden Ton einer Diskussion an. Die Kommentare entsprechen einzelnen Argumenten oder Meinungen, die von Nutzern zu dem betreffenden Thema geäußert werden. In den Antwort-Threads werden diese Argumente dann auf ihre Geltungsansprüche hin diskutiert. Jeder Nutzer kann dabei entscheiden, ob er ein Argument (sprich einen Kommentar) zu der Diskussion hinzufügen möchte oder bereits vorhandene Argumente anzweifeln oder bekräftigen möchte (sprich eine Antwort verfassen möchte). Prinzipiell steht jedem Nutzer auch die Möglichkeit offen, auf seinem eigenen Profil eine Diskussion über ein selbst gewähltes Thema anzustoßen. In dieser Arbeit werden allerdings zwei Diskussionen verglichen, deren Themen jeweils von den Betreibern der Facebook-Seiten der Tagesschau und des Compact-Magazins vorgegeben wurden, sodass den Nutzern in diesem Fall nur die Möglichkeit des Kommentierens oder Antwortens zur Auswahl stand.

---

<sup>148</sup> vgl. <http://de.newsroom.fb.com/news/2016/02/facebook-reactions-weltweit-verfuegbar/>; letzter Zugriff: 16.11.16.

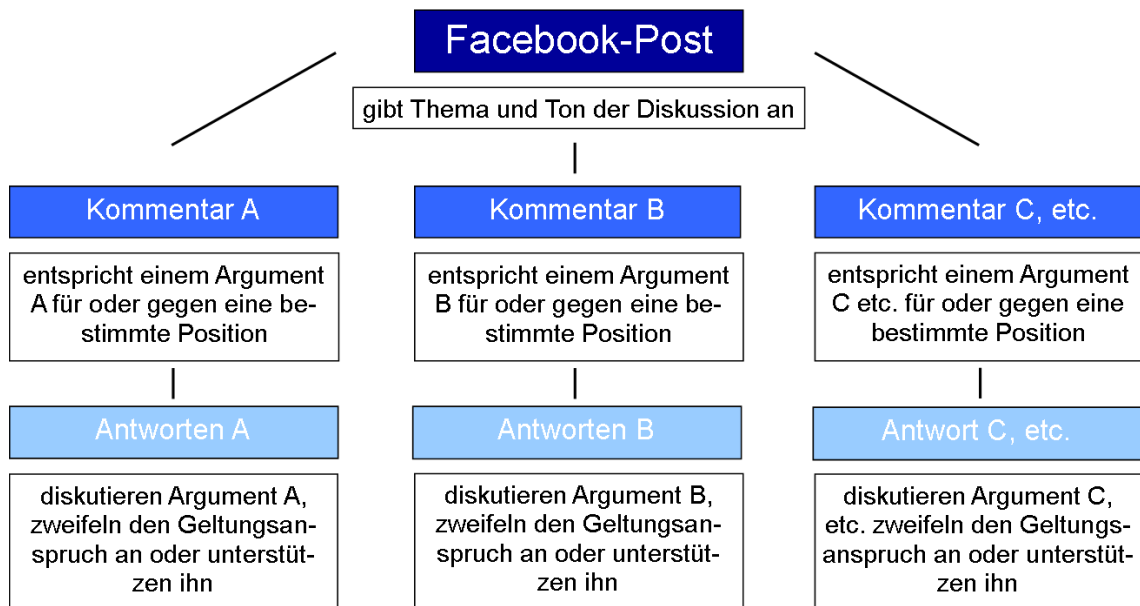


Abb. 1: Schema einer idealtypischen Diskussion auf Facebook

## 4.1.2 Algorithmen

Die im Web zugängliche Informations- und Datenmenge wächst jeden Tag rasant an. Dazu tragen sowohl private Nutzer als auch Organisationen und professionelle Medienhäuser bei. „Daher sind unzählige Dienste und Programme im Einsatz, die automatisch, kontinuierlich und teils in Echtzeit die Informationswelten des Internet erfassen, systematisieren, kategorisieren, katalogisieren und archivieren.“<sup>149</sup> Ohne diese Programme wären Nutzer nicht mehr in der Lage, alle Inhalte auf ihre Interessen hin zu filtern.<sup>150</sup> So bestimmt auch bei Facebook ein Algorithmus, welche Beiträge dem Nutzer in seinem Newsfeed, also auf seiner Facebook-Startseite, angezeigt werden. Es ist „eine technische Instanz, die über Sein und Nichtsein in der Welt digital vorliegender Informationen entscheidet“<sup>151</sup> und damit bestimmt, welchen Ausschnitt der Wirklichkeit ein Nutzer zu sehen bekommt. Eine unvollständige Wirklichkeitswahrnehmung war zwar auch vor den Zeiten des Internets der Fall, allerdings mussten die Menschen damals bewusster entscheiden, welche Zeitung sie zum Beispiel für den Gewinn von politischen Informationen kaufen und lesen. Heute zeigt der Facebook-Newsfeed eine Mischung aus Artikeln, die Freunde empfehlen, von Seiten, die man selbst geliked hat und Beiträgen, die gerade in der Netzcommunity besonders beliebt sind, an. Zwar können Nutzer auch spezifisch nach Themen und Seiten suchen, allerdings ist Wahrscheinlichkeit höher, dass Inhalte kommentiert oder beantwortet werden, wenn sie im

<sup>149</sup> Schmidt; Social Media; S.49.

<sup>150</sup> vgl.: ebd., S.50.

<sup>151</sup> Machill et al.: Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. S. 13.

eigenen Newsfeed erscheinen.<sup>152</sup> Der Algorithmus, den Facebook benutzt, um die persönlichen Nachrichten-Feeds auf den Startseiten der Nutzer zu erstellen, heißt News-Feed-Algorithmus. Manchmal wird er auch als EdgeRank-Algorithmus bezeichnet, doch dieser Name ist inzwischen veraltet.<sup>153</sup> Der ursprüngliche Algorithmus zum Auswählen der individuellen Inhaltskombinationen von 2010 beruhte vor Allem auf drei Faktoren. Die Stärke der Beziehung zwischen Absender und Empfänger sowie die Gewichtung des Inhalts nach Interaktionen als auch die vergangene Zeit seit der Veröffentlichung eines Posts bestimmten, an welcher Stelle eines persönlichen Newsfeeds ein Post erscheint.<sup>154</sup> Seitdem sind immer wieder Änderungen in den Code eingearbeitet worden, wie beispielsweise eine Limitierung der Reichweite für besonders werbelastige Posts oder der Versuch falsche Nachrichtenmeldungen an einer großen Verbreitung zu hindern.<sup>155</sup> Eine genaue Gewichtung aller Faktoren ist allerdings nicht bekannt, damit der Mechanismus nicht für Marketing-Zwecke ausgenutzt werden kann.<sup>156</sup> Zwar besteht für die Nutzer generell die Möglichkeit, den Algorithmus auszuschalten, allerdings wird diese nur selten genutzt.<sup>157</sup>

Nach einem ähnlichen Prinzip werden auch die Kommentare unter den Posts nicht mehr automatisch in chronologischer Reihenfolge angezeigt. Hier filtert Facebook ebenfalls ab einer bestimmten Anzahl von Kommentaren nach Relevanz. Automatisch ist dann bei Facebook die Sortierung der Kommentare nach „Top Comments“ eingestellt. Dabei wird die Reihenfolge der Kommentare durch die soziale Nähe des Betrachters zu dem kommentierenden Nutzer und die Interaktionsrate (Likes und Shares) pro Kommentar ermittelt. „Wer was sieht, wird bestimmt dadurch, mit wem er verknüpft ist und welche Kommentare von anderen geliked oder kommentiert wurden.“<sup>158</sup> So hat jeder Facebook-Nutzer nicht nur einen individuellen Newsfeed, sondern auch die Sortierung des Kommentar-Threads ist von Nutzer zu Nutzer unterschiedlich. Diese Sortierung nach Relevanz trägt allerdings dazu bei, dass viel gelikte und beantwortete Kommentare immer wieder weit oben im Kommentar-Thread angezeigt werden. Andere Kommentare haben kaum Möglichkeit sich dagegen durchzusetzen und erscheinen weiter unten im Thread, womit auch die Wahrscheinlichkeit auf spätere Reaktionen sinkt. Neben der Einstellung „Top-Kommentare“ kann der Nutzer sich den Thread jedoch auch geordnet nach „neusten Kommentaren“ und „Top-Kommentare (ungefiltert)“ anzeigen lassen. Bei der Einstellung „neueste Kommentare“ werden zuerst die neusten und zuletzt beantworteten Kommentare angezeigt. Die Einstellung „Top-Kommentare

---

<sup>152</sup> vgl. [https://www.facebook.com/pg/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page_internal); letzter Zugriff: 16.11.16.

<sup>153</sup> vgl. <http://www.seokratie.de/edgerank/>; letzter Zugriff: 16.11.16.

<sup>154</sup> vgl. <http://www.netzstrategen.com/sagen/edgerank-wie-der-facebook-news-feed-algorithmus-funktioniert/>; letzter Zugriff: 16.11.16.

<sup>155</sup> vgl. <http://www.seokratie.de/edgerank/>; letzter Zugriff: 16.11.16.

<sup>156</sup> vgl. [https://www.facebook.com/pg/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page_internal); letzter Zugriff: 16.11.16.

<sup>157</sup> vgl. Machill et al.: Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. S. 13.

<sup>158</sup> <http://kleinerdrei.org/2013/04/facebook-erfindet-die-kommentare-neu/>; letzter Zugriff: 16.11.16.

(ungefiltert)“ hingegen funktioniert prinzipiell gleich wie die „Top-Kommentare“ Funktion, nur werden hier auch Kommentare sichtbar, die sonst aufgrund von Spam oder einer anderen Sprache herausgefiltert wurden. Die Standard-Einstellung entspricht aber der „Top-Kommentare“-Ordnung.



Abb. 2: Umstellungsmöglichkeiten des Kommentar-Thread-Filters auf Facebook Quelle: Facebook, 2016

Auf das abstrahierte Modell eines Facebook-Diskurses bezogen bedeutet dies, dass die Argumente nicht in der Reihenfolge ihres Aufkommens unter einem Post angezeigt werden. Unter den Standard-Einstellungen werden vielmehr die meistdiskutierten Stellungnahmen im Kommentar-Thread zuerst wiedergegeben.

### 4.1.3 Benachrichtigungen

Neben dem Anzeigen von Beiträgen im Newsfeed bietet Facebook eine zweite Möglichkeit, Nutzer auf Posts oder Kommentare etc. aufmerksam zu machen. Die sogenannte „Rote-Zahlen-Funktion“<sup>159</sup> benachrichtigt Facebook-Nutzer standardmäßig dann, wenn mit ihnen interagiert wird. Sie bekommen beispielsweise eine Nachricht, wenn sie in einem Post oder Kommentar markiert werden oder wenn einer ihrer Posts kommentiert wird bzw. wenn einer ihrer Kommentare beantwortet wird. So kann zum einen die Interaktion zwischen Nutzern vereinfacht werden, da sie sofort sehen, wenn

<sup>159</sup> [https://de-de.facebook.com/help/327994277286267/?helpref=hc\\_fnav](https://de-de.facebook.com/help/327994277286267/?helpref=hc_fnav); letzter Zugriff: 27.12.16.

ein anderer Nutzer mit ihnen in den Kontakt treten möchte. Zum anderen werden bei Diskussionen immer wieder die gleichen Nutzer auf neue Kommentare bzw. Antworten aufmerksam gemacht.

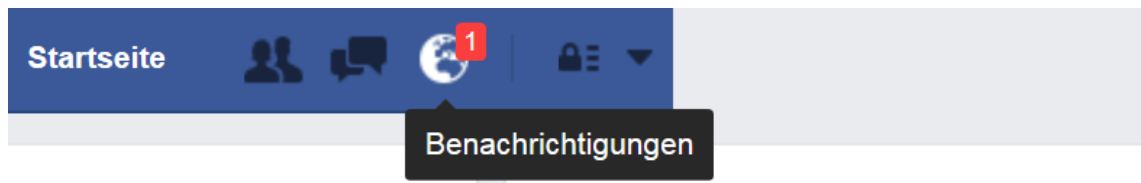


Abb. 3: die „Rote-Zahlen-Funktion“ als Benachrichtigungsmöglichkeit

Quelle: Facebook, 2016

Im Diskurssystem Facebook werden also Diskussionsteilnehmer, die bereits einen Beitrag zum Gespräch geleistet haben, benachrichtigt, sobald eine Antwort auf ihre Stellungnahme vorliegt. Ob diese oder eine der anderen oben genannten Funktionen einen direkt positiven oder negativen Einfluss auf die Diskussionen haben, wurde bis jetzt nicht genauer untersucht. Dennoch sollten diese technischen Grundlagen für eine Diskussion auf Facebook bei einer Analyse nicht außer Acht gelassen werden.

## 4.2 Nutzungsverhalten

Um die später analysierte Diskursqualität in dem sozialen Netzwerk in den Kontext der Gesamtkommunikation auf dieser Plattform einordnen zu können, wird im Folgenden ein Überblick über das Nutzungsverhalten deutscher Facebook-User gegeben. Erst im Zusammenhang mit diesen übergeordneten Daten kann die Wichtigkeit und Beispielhaftigkeit der ausgewählten Diskussionen erörtert werden.

In Deutschland ist mit 27 Millionen Nutzern rund ein Drittel der Bevölkerung auf Facebook aktiv.<sup>160</sup> Allerdings gibt es innerhalb der Nutzergruppen ein starkes Gefälle von jungen zu alten Menschen. Laut einer Statistik der SevenOne Media Group waren 65 Prozent der 14 bis 29-Jährigen im zweiten Quartal 2016 auf Facebook aktiv. In der Altersgruppe der 30 bis 49-Jährigen waren es 54 Prozent der Befragten. Von den über 50-Jährigen hatten nur 19 Prozent der Umfrageteilnehmer einen Facebook-Account.<sup>161</sup> Einer der Hauptgründe, auf sozialen Medien aktiv zu sein, ist bei knapp 60 Prozent der

---

<sup>160</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/503046/umfrage/anzahl-der-nutzer-von-facebook-und-instagram-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

<sup>161</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/543410/umfrage/reichweite-von-facebook-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

Nutzer der Austausch mit Freunden.<sup>162</sup> Ebenfalls über 50 Prozent der Nutzer geben an, dass sie die Profile von Freunden und Verwandten interessieren. Nur knapp über ein Drittel der Social-Media-User geben an, dass sie auf einer Plattform aktiv sind, weil es ein wichtiger Informationskanal für das Tages- und Weltgeschehen ist. Damit stehen persönliche Antriebe im Fokus, wenn es um die Motivationsgründe für die Social-Media-Nutzung geht.

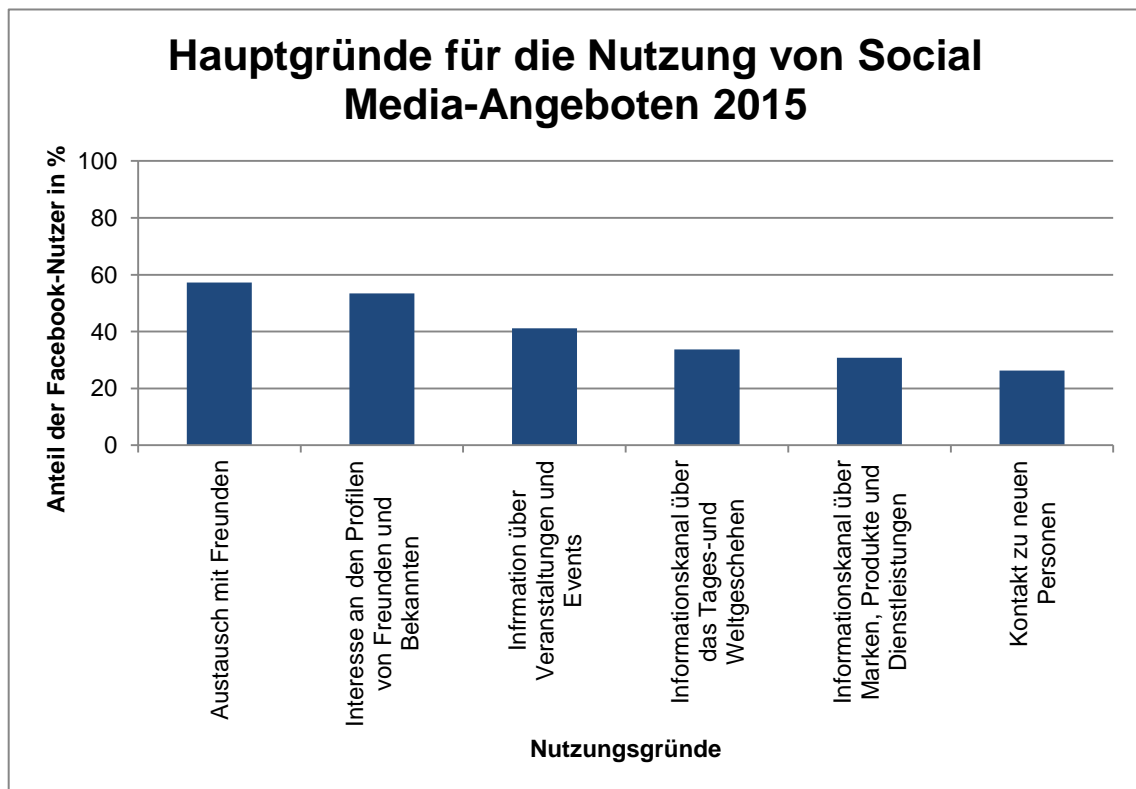


Abb. 4: Hauptgründe für die Nutzung von Social-Media-Angeboten 2015 Quelle: Tomorrow Focus Media

Auch wenn für viele Nutzer politischer Informationsgewinn nicht zu einem der Hauptgründe für ein Aktivsein im Netzwerk zählt, schließen nur 21 Prozent der User es generell aus, das soziale Netzwerk als politische Informationsquelle zu nutzen. Knapp 70 Prozent der Befragten, die sich über Facebook politisch informieren, geben an, Medienseiten wie Fanpages von Zeitungen oder Fernsehsendern zur politischen Information auf Facebook zu verwenden. Doch auch die persönliche Meinung von Freunden ist für 57 Prozent der Facebook-Nutzer bei der politischen Informationsgewinnung von Bedeutung.

<sup>162</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4328/umfrage/hauptgruende-fuer-die-mitgliedschaft-in-social-networks/> ; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/29022/umfrage/motive-fuer-die-registrierung-auf-social-media-plattformen/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

Betrachtet man den Inhalt der von Nutzern geteilten und gelikten Artikel jedoch genauer, fällt auf, dass häufig Beiträge weitergeleitet werden, die keine politischen Inhalte haben. In einer Studie ordnete Imhof die Nachrichten zuerst den Kategorien „Hardnews“ oder „Softnews“ zu.<sup>163</sup> Als „Hardnews“ bezeichnet er alle Berichte aus den Themengebieten Politik, Wirtschaft oder Kultur. „Softnews“ sind demnach alle Beiträge, die die Sphären Human Interest bzw. Sport berühren. Im Zeitraum vom 11. Bis 13. März 2014 beobachtete er so neun Schweizer Facebook-Seiten von Medienhäusern und notierte, wie oft Artikel, die entweder der Kategorie „Hardnews“ oder der Kategorie „Softnews“ zuzuordnen waren, von Facebook-Nutzer geliked bzw. geteilt wurden. Das Ergebnis zeigt, dass eher Artikel der Kategorie „Softnews“ von den Nutzern verbreitet werden.<sup>164</sup>

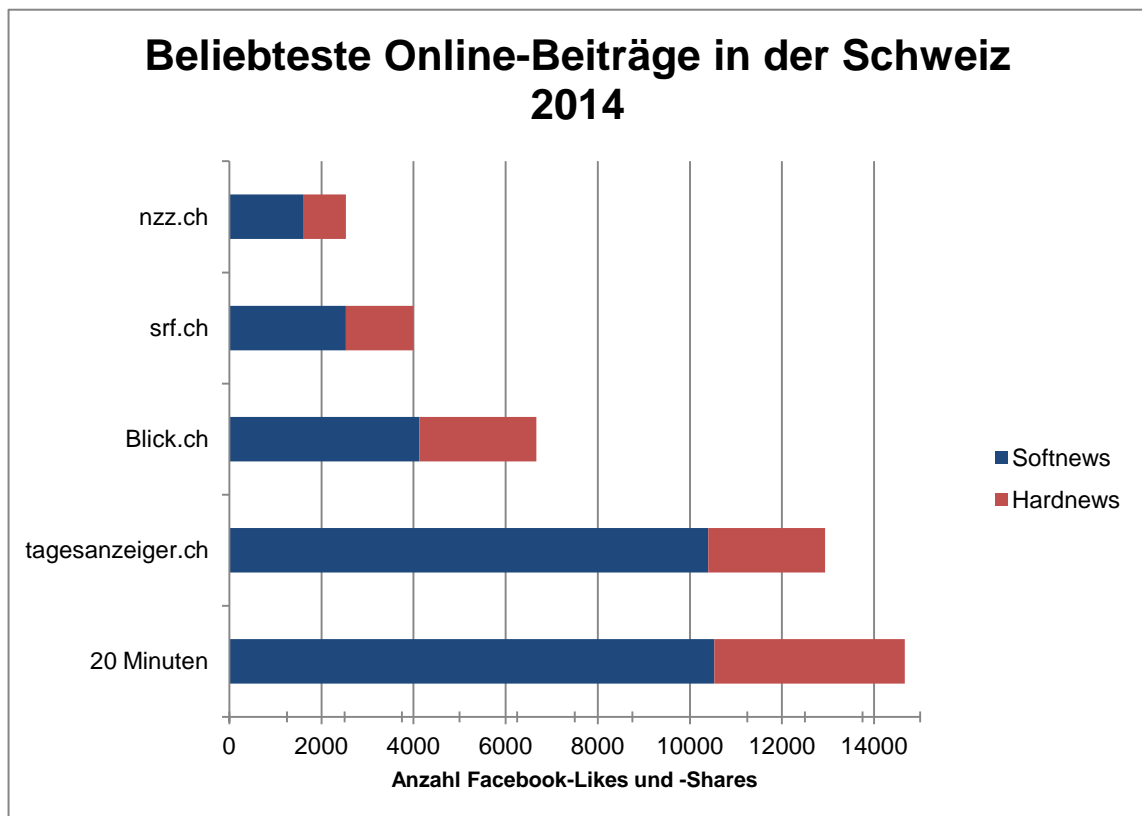


Abb. 5: Beliebteste Online-Beiträge in der Schweiz 2014

nach: Imhof, 2015

<sup>163</sup> vgl. Imhof: Demokratisierung durch Social Media. S. 20.

<sup>164</sup> vgl. ebd.



In Bezug auf das Kommentarverhalten bei politischen Beiträgen gaben Anfang 2016 bei einer Umfrage unter Facebook-Nutzern 44 Prozent an, dass sie sich an politischen Diskussionen auf der Plattform beteiligen. 55 Prozent der Teilnehmer sagten, sie würden nicht an politischen Diskussionen auf Facebook teilnehmen.<sup>165</sup> Dabei ist der Anteil der Männer, die sich an Diskussionen beteiligen relativ ausgeglichen. Von den Frauen kommentiert lediglich ein Drittel der Befragten politische Beiträge.<sup>166</sup> Werden die Ergebnisse nach Altersgruppen sortiert betrachtet, fällt auf, dass die Bereitschaft, in politischen Diskussionen auf Facebook teilzunehmen, fast kontinuierlich ansteigt von der Gruppe der 20-29-Jährigen bis hin zu der Gruppe der über 60-Jährigen. Lediglich die Gruppe der 13-19-Jährigen zeigt ein anderes Ergebnis. Unter ihnen ist der Anteil der an Diskussionen partizipierenden Nutzern höher als in der nächst höheren Altersgruppe. In der Gruppe der 20-29-Jährigen gibt es den größten Anteil an Nutzern, die sich nicht an politischen Diskussionen beteiligen. Die Altersgruppe, die hingegen am politische aktivsten in Facebook-Diskussionen ist, ist die der 50-59-Jährigen Menschen.<sup>167</sup>

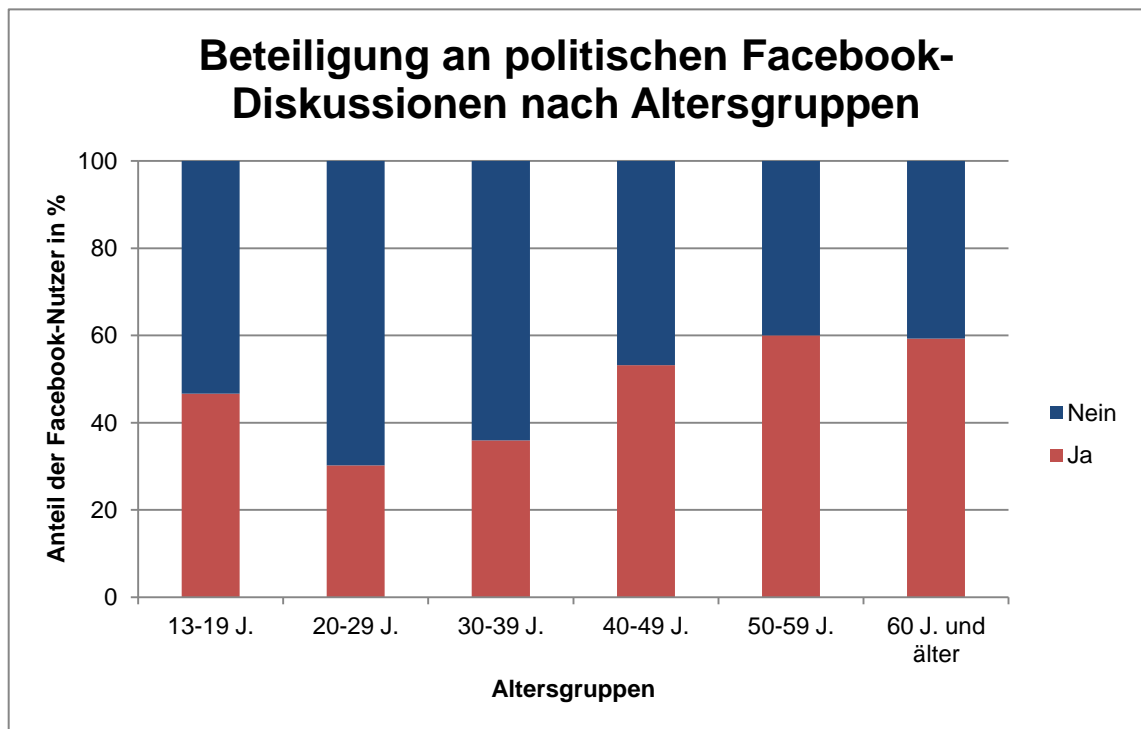


Abb. 6: Beteiligung an pol. Facebook-Diskussionen nach Altersgruppen Quelle: Munich Digital Institute

<sup>165</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507689/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

<sup>166</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507640/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-nach-geschlecht-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

<sup>167</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507678/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-nach-altersgruppen-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 17.11.16.

---

Auch wenn diese Studie ein relativ aktives Bild der Nutzergemeinde zeichnet, gehen Social-Media-Experten von der sogenannten „90-9-1-Regel“ aus. „Sie drückt aus, dass in Online-Foren, auf Video- oder Foto-Plattformen, in Kommentarbereichen zu journalistischen Artikeln oder eben in Wikipedia nur 1 Prozent der Nutzer für den Großteil der Inhalte oder Kommentare zuständig ist. Eine etwas größere Gruppe, etwa 9 Prozent, klinkt sich gelegentlich in die Diskussionen ein oder trägt ab und zu eigene Informationen bei. Der überwiegende Teil – 90 Prozent – bleibt jedoch passiv und ruft die Inhalte nur lesend oder betrachtend ab, ohne selbst etwas beizutragen.“<sup>168</sup>

---

<sup>168</sup> Schmidt: Social Media. S.76.

## 5 Untersuchungsdesign

### 5.1 Analyserahmen

Politische Diskussionen im Internet finden auf vielen verschiedenen Plattformen statt. Dazu gehören die sozialen Netzwerke genauso wie politische Blogs oder die Kommentarspalten unter Artikeln der Online-Angebote großer Pressehäuser wie beispielsweise „Zeit Online“. Wegen der großen medialen Resonanz auf Hasskommentare und politische Shitstorms in sozialen Netzwerken wird diese Arbeit die Qualität politischer Diskussionen in den sozialen Medien genauer beleuchten. Es handelt sich dabei jedoch aufgrund der großen Datenmenge, die auf Facebook bereitsteht, nicht um eine empirische Untersuchung, sondern um einen exemplarischen Vergleich der Diskussionsweisen auf zwei verschiedenen Social-Media-Kanälen.

Für den Vergleich werden in einem sozialen Netzwerk zwei politisch besonders relevante Kanäle gesucht. Davon soll ein Kanal den etablierten Medien zuzuordnen sein, der andere Kanal gehört einem Medium der Gegenöffentlichkeit an. Etablierte Medien werden hier im Sinne von Qualitäts- oder Prestigemedien verstanden. Dies sind laut Jarren/Donges Medien, die durch Journalisten oder die Elite wegen der Relevanz ihrer publizistischen Leistungen besonders hohe Anerkennung genießen.<sup>169</sup> „Die Thematisierung und Kommentierung in Qualitätsmedien wird in besonderer Weise von anderen Journalisten, von der Elite und den Teilen der Bevölkerung beobachtet, die zur aktiven Öffentlichkeit gerechnet werden können.“<sup>170</sup> Als Medien der Gegenöffentlichkeit werden alternative Medien verstanden, mithilfe derer sich Gruppierungen, die ihre Position als marginalisiert empfinden, Gehör in der massenmedialen Berichterstattung verschaffen wollen.<sup>171</sup> Um die Diskussionsformen auf diesen Kanälen zu vergleichen, wird ein politisches Thema gesucht, zu dem auf jedem der beiden Kanäle mindestens ein Post erschienen ist. Die Diskussion, die sich in den jeweils zugehörigen Kommentar-Threads ergibt, wird im Anschluss auf ihre Qualität im Habermas'schen Sinne untersucht.

#### 5.1.1 Die Plattform

In den sozialen Medien ist eine Vielzahl an Plattformen für den politischen Diskurs geeignet und wird dafür genutzt. Einige Arbeiten wie die von Thimm, Einspänner und Dang-Anh bezeichnen Twitter als die wichtigste Plattform sozialer Medien für den poli-

---

<sup>169</sup> vgl. Jarren/Donges: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. S. 88.

<sup>170</sup> ebd.

<sup>171</sup> vgl. Wimmer: Gegenöffentlichkeit 2.0: Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web. S. 214.

tischen Diskurs.<sup>172</sup> Dennoch wird diese Analyse Facebook als Diskussionsraum für politische Themen untersuchen, denn Facebook bietet in Deutschland mit 27 Millionen Nutzern die größte Zahl an potentiellen Diskursteilnehmern. Eine vergleichbare Nutzeranzahl für Twitter ist für Deutschland derzeit nicht verfügbar.<sup>173</sup> Im März 2016 gab Twitter erstmalig eine Zahl von 12 Millionen Menschen bekannt, die in Deutschland pro Monat die Seite von Twitter besuchen. Diese Zahl setzt sich jedoch zusammen aus Twitter-Mitgliedern und Nutzern, die sich Tweets ansehen, ohne bei Twitter angemeldet zu sein. Die reine Anzahl an Twitter-Mitgliedern gab das Unternehmen nicht bekannt.<sup>174</sup> Ein weiteres Indiz für eine geringere Relevanz von Twitter unter den sozialen Medien in Deutschland ist die Nutzungshäufigkeit. 2015 gaben 49% der deutschen Internetnutzer in einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach an, Beiträge auf Twitter „nie oder nur selten“ zu lesen. Nur 2 % der deutschen Internetnutzer nutzten die Seite dazu demnach „häufig“.<sup>175</sup> Auch für die politische Nutzung im Speziellen scheint Twitter in Deutschland weniger relevant zu sein als andere soziale Netzwerke. Darauf deutet ein Vergleich der Follower/Like-Zahlen von Accounts deutscher Politiker hin. Obwohl Peter Altmaier 2016 den Twitter-Account mit den meisten Followern hat,<sup>176</sup> schafft er es nicht in das Top-Ten-Ranking der beliebtesten deutschen Politiker in sozialen Netzwerken, bei dem die Follower/Like-Zahlen der Accounts von Facebook, Twitter, Instagram und Google+ addiert werden.<sup>177</sup> Angela Merkel hingegen führt das Top-Ten-Ranking an, ohne unter die Top fünf der beliebtesten Twitter-Accounts zu kommen.

Diese Zahlen lassen darauf schließen, dass die Anzahl an Twitter-Followern nicht ausschlaggebend für den Platz im Gesamtranking ist. Da Instagram und Google+ deutlich geringere Nutzerzahlen als Facebook verzeichnen, liegt die Vermutung nahe, dass die Facebook-Likes maßgeblich das Gesamtranking beeinflussen. Aufgrund dieser führenden Position von Facebook unter den sozialen Medien in Deutschland wurde die Plattform als Analysegrundlage gewählt.

---

<sup>172</sup> vgl. Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. S. 294.

<sup>173</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/503046/umfrage/anzahl-der-nutzer-von-facebook-und-instagram-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>174</sup> vgl. <http://www.zeit.de/digital/2016-03/soziale-medien-twitter-nutzerzahlen-deutschland>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>175</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171737/umfrage/nutzung-des-internets-um-beitrag-auf-twitter-zu-lesen/>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>176</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/468451/umfrage/mitglieder-des-deutschen-bundestages-mit-den-meisten-twitter-followern/>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>177</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/225167/umfrage/social-media-ranking-deutscher-politiker/>; letzter Zugriff: 01.11.16.

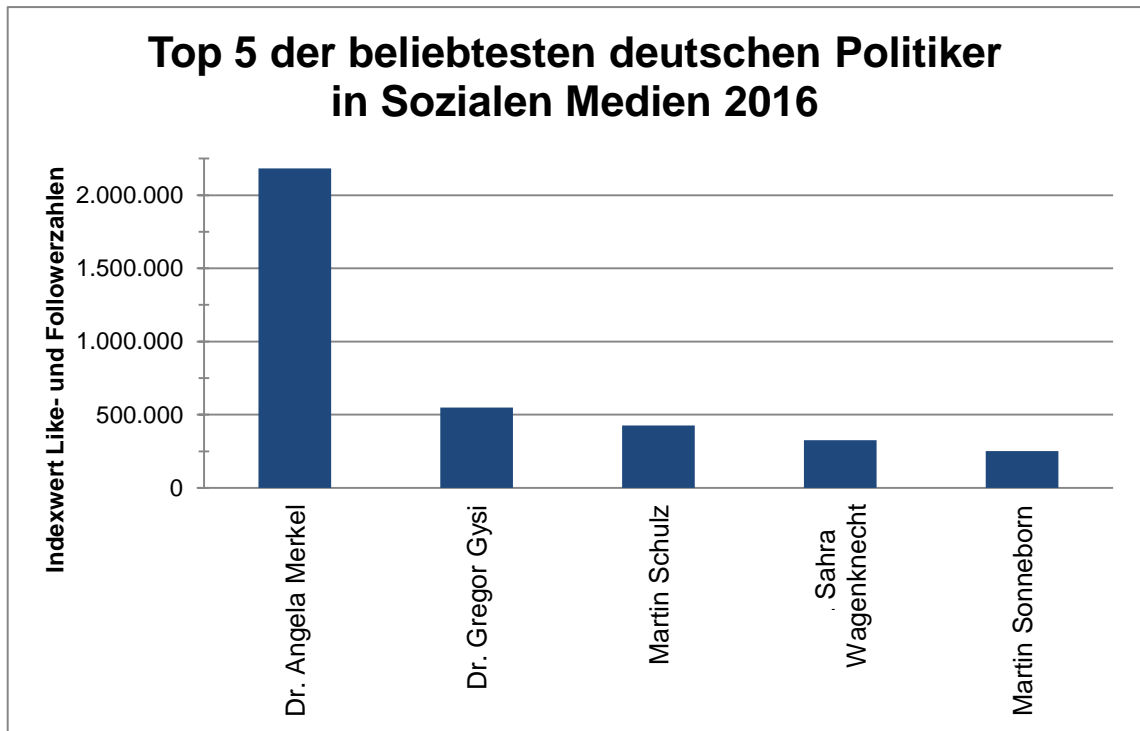


Abb. 7: Top 5 der beliebtesten deutschen Politiker in den Sozialen Medien 2016

Quelle: Pluragraph

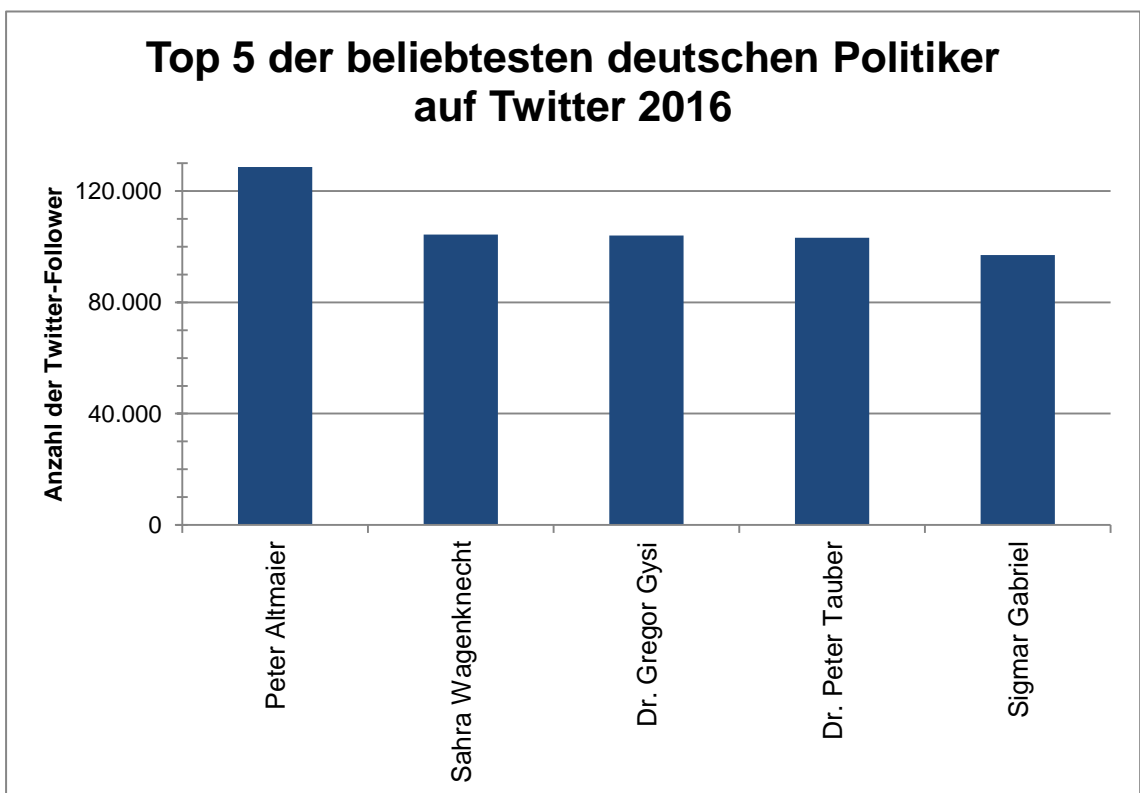


Abb. 8: Top 5 der beliebtesten deutschen Politiker auf Twitter 2016

Quelle: HTW Berlin

### 5.1.2 Die Kanäle

Als Vertreter der etablierten Medien wird in dem Vergleich der Facebook-Kanal der Tagesschau untersucht. Mit rund 885.000 Likes<sup>178</sup> ist der Kanal zwar nicht das Nachrichtenformat mit den meisten Facebook-Likes, dennoch ist die Tagesschau und mit ihr die ARD durch ihre Finanzierung über einen gesetzlich verpflichtenden Rundfunkbeitrag ein Sinnbild für das, was von Anhängern der Gegenöffentlichkeit als Systempresse oder Lügenpresse bezeichnet wird.<sup>179</sup> Mehr Likes als der Facebook-Kanal der Tagesschau können nur die Seiten von „Bild“ und „Spiegel Online“ verzeichnen. Jedoch kann „Bild“ durch seine tendenziöse Berichterstattung nur eingeschränkt zu den Qualitätsmedien gezählt werden und „Spiegel“ passt durch seine eigenständige Finanzierung nur bedingt in das Bild der System-/Regierungspresse.

Als stellvertretendes Medium der Gegenöffentlichkeit wird der Facebook-Kanal des Compact-Magazins analysiert. Das Compact-Magazin ist ein monatliche erscheinendes „rechtspopulistisches Magazin“<sup>180</sup>, das in dem Kopp-Verlag erscheint. Seine Auflage beträgt 80.000 Exemplare.<sup>181</sup> Chefredakteur des Compact-Magazins ist Jürgen Elsässer, der zuletzt auch als Redner bei der Feier zum zweijährigen Bestehen von PEGIDA am 16.10.16 in Dresden und bei dem Leipziger PEGIDA-Ableger LEGIDA auftrat.<sup>182,183</sup> Damit zählt das Compact-Magazin zu den wichtigsten Medien der Gegenöffentlichkeit aus dem rechten Meinungsspektrum. Obwohl die Formulierung „Medium der Gegenöffentlichkeit“ nicht zwingend ein Medium des rechten Meinungsspektrums verlangt, wurde das Compact-Magazin für den Vergleich ausgewählt, da Begriffe wie „Lügenpresse“ und „Systempresse“ hauptsächlich durch Anhänger rechter Gesinnungen geprägt wurden. Somit kann der Facebook-Kanal des Compact-Magazins gewissermaßen als Gegenstück zu dem Facebook-Kanal der Tagesschau gesehen werden.

### 5.1.3 Das Thema

Als Thema für den zu analysierenden Diskurs werden die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Flüchtlingen am Abend des 14.09.16 in Bautzen gewählt. Bei den Auseinandersetzungen traf eine Gruppe von rund 80 deutschen Männern und Frauen auf eine Gruppe von ca. 20 Flüchtlingen. Laut Polizeibericht sollen die Deutschen fremdenfeindliche Parolen skandiert haben, außerdem sei es zu Verletzungen durch Flaschenwürfe gekommen. Auslöser der Tätlichkeiten jedoch sollen laut Augen-

---

<sup>178</sup> Stand: 01.11.16.

<sup>179</sup> vgl. <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/udo-ulfkotte/medien-die-tagesschau-als-luegenpresse-.html>; letzter Zugriff: 03.11.16.

<sup>180</sup> <http://www.sueddeutsche.de/panorama/konferenz-mit-scholl-latour-herman-und-sarrazin-die-familienverschwoerung-1.1763327>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>181</sup> vgl. Berber/Städtlich: Die Story in Ersten. Vertrauen verspielt. ARD, 23:26-23:38 Min.

<sup>182</sup> vgl. <http://www.taz.de/!5345692/>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>183</sup> vgl. <http://www.sz-online.de/sachsen/leipzig-im-ausnahmestand-3020720.html>; letzter Zugriff: 01.11.16.

zeugen die Asylsuchenden gewesen sein. Die beiden Gruppen wurden durch eine Polizeikette voneinander getrennt. Dabei wurden Beamte der Polizei von Flüchtlingen mit Flaschen und Holzlatten beworfen, sodass Pfefferspray gegen die Asylsuchenden verwendet werden musste. Als die Flüchtlinge sich schließlich in ihre Unterkünfte zurückzogen, wurden sie von kleineren Gruppen der Deutschen verfolgt. Die Polizei konnte die Gruppen jedoch getrennt voneinander halten. An der Unterkunft angekommen riefen Beamten der Polizei einen Rettungswagen für einen verletzten Flüchtling. Das Fahrzeug wurde von mehreren augenscheinlich rechtsmotivierten Männern an einer Brücke bei der Anfahrt gehindert und mit Steinen beworfen. Ein zweiter angeforderter Rettungswagen erreichte später unter Polizeischutz die Unterkunft.<sup>184</sup>

Zu diesen Ereignissen erschien sowohl auf dem Facebook-Kanal der Tagesschau als auch auf dem des Compact-Magazins am Nachmittag des 15. Septembers im Abstand von knapp zwei Stunden ein Post, der die Nachricht von dem Ereignis beinhaltete. Das Thema bietet sich außerdem durch seine inhaltliche Beschaffenheit für eine Diskussionsanalyse an. Die Flüchtlingsthematik ist laut einer Analyse des Instituts für empirische Medienforschung in Mainz im Referenzmonat September das vorherrschende Thema in den TV-Hauptnachrichten.<sup>185</sup> Daher kommen auch die Vorfälle in Bautzen auf eine hohe thematische Relevanz. Da es sich um ein eher emotional betontes als um ein faktenbetontes politisches Thema handelt, wird eine große Resonanz der Nutzer erwartet.<sup>186</sup> Dieses Resonanzpotential erhöht sich außerdem dadurch, dass von beiden politischen Lagern, den Flüchtlingen und den beteiligten Bürgern, moralisch und rechtlich falsche Handlungen erfolgten. Des Weiteren ist die Flüchtlingsdebatte generell ein emotional aufgeladenes Thema. Dies birgt die Gefahr, dass es zu besonders vielen respektlosen Äußerungen in den Diskussionen kommt. Gleichermäßen entsteht hier jedoch auch die Chance, einen beispielhaften Diskurs zu führen, indem trotz dieser emotionalen Spannung sachlich argumentiert wird.

### 5.1.4 Analysegegenstand

Analysegegenstand sind die Diskussionen, die sich in den Kommentar-Threads der beiden ausgewählten Posts ergeben. Konkret sind das alle Kommentare, die mindestens eine Antwort bekommen haben, und die dazugehörigen Antworten. Auf dem Kanal der Tagesschau sind dies 70 Kommentare und 454 Antworten, also insgesamt 524 Meinungsäußerungen. Auf dem Kanal des Compact-Magazins beträgt die Anzahl an beantworteten Kommentaren 51 und die Anzahl an Antworten 573, sodass insgesamt 624 Meinungsäußerungen in die Analyse eingehen. Kommentare, die keine Antworten bekommen haben, werden nicht untersucht, da sich aus ihnen keine Diskussion über Geltungsansprüche ergibt.

---

<sup>184</sup> vgl. [https://www.polizei.sachsen.de/de/MI\\_2016\\_44854.htm](https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_44854.htm); letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>185</sup> vgl. <http://www.ifem.de/infomonitor/jahr-2016/tv-news-2016-september>; letzter Zugriff: 01.11.16.

<sup>186</sup> vgl. Imhof: Demokratisierung durch Social Media. S. 21.

### 5.1.5 Erhebungszeitraum

Der Datenerhebungszeitraum lag in der Zeit vom 20.09.16 bis zum 07.10.16. Ein möglichst großer zeitlicher Abstand vom Posting-Datum bis zum ersten Tag der Erhebung gewährleistet, dass keine relevanten Daten erst nach Erhebungsbeginn zu dem Datensatz hinzugefügt werden, d.h. dass Antworten oder Kommentare, die erst einige Tage nach dem Posting hinzugefügt wurden, bei der Erhebung nicht beachtet werden. Des Weiteren wurden Kommentar-Threads, deren neuste Antworten erst 24 Stunden oder weniger alt waren, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal auf hinzugefügte Antworten überprüft.

## 5.2 Methodik

Für Habermas kennzeichnen wie in Kapitel 2 beschrieben besonders die Kriterien „Begründung“, „Einlösen von Geltungsansprüchen“ und die „ideale Sprechsituation“ einen gelungenen Diskurs. Er charakterisiert einen Diskurs als „den Typus von Rede, in dem Teilnehmer strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren. Ein Argument enthält Gründe, die in systematischer Weise mit dem Geltungsanspruch einer problematisierten Äußerung verknüpft sind.“<sup>187</sup> Auf dieser theoretischen Grundlage von Ansprüchen an einen gelungenen Diskurs haben Roland Burkart und Uta Rußmann vom Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien den Index für Verständigungsorientierung – eine Bewertungsmethode zur Ermittlung der Qualität von politischen Diskursen – entwickelt.<sup>188</sup> Anhand dieser Methode können die im obigen Verfahren ermittelten Diskussionen analysiert werden. Weitere Kriterien, die bei Habermas konstitutiv für einen gelungenen Diskurs sind, wie die öffentliche Zugänglichkeit von Diskursen, die theoretisch unbegrenzte Fortsetzbarkeit der Argumentationen und die Offenheit für jedes Thema werden vor der Analyse pauschal für beide Facebook-Kanäle diskutiert, denn sie beziehen sich nicht auf die einzelnen Aussagen innerhalb der Diskurse, sondern auf die äußeren Rahmenbedingungen.

### 5.2.1 Index für Verständigungsorientierung (VOI)

Der Index für Verständigungsorientierung wurde im Rahmen eines Projekts entwickelt, dass die Qualität der öffentlichen politischen Diskurse im Rahmen der österreichischen Nationalratswahlkämpfe von 1966 bis 2008 untersuchte.<sup>189</sup> Analysegegenstand waren

---

<sup>187</sup> Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1, S. 38.

<sup>188</sup> vgl. Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. S. 4.

<sup>189</sup> vgl. ebd.



damals keine Facebook-Diskussionen, sondern Pressemitteilungen der politischen Parteien sowie Berichterstattungen ausgewählter Tageszeitungen.<sup>190</sup> Neben den grundlegenden Habermas'schen Prinzipien für gelungene Diskurse flossen zudem Überlegungen aus Arbeiten von Steenberg/Bächtiger/Spröndli/Steiner<sup>191</sup> sowie Gerhards/Neidhardt/Rucht<sup>192</sup> und Burkart<sup>193</sup> in die Entwicklung der Bewertungskriterien mit ein.<sup>194</sup>

Außerhalb des oben erwähnten Projekts fand die Methode zur Qualitätsermittlung von politischen Diskursen in einigen weiteren Forschungsprojekten Anwendung. Dazu gehören unter anderem die Arbeiten „Wie verständigungsorientiert ist Journalismus? Ein Qualitätsindex am Beispiel der Berichterstattung über Europa im Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008.“ von Burkart/Grimm/Rußmann (2010) sowie „Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook.“ von Uta Rußmann (2015). Gerade letztere Arbeit zeigt, dass diese Methode nicht nur speziell anwendbar auf Pressemitteilungen und Zeitungsartikel ist. Vielmehr ist sie universell gebräuchlich für die Analyse politischer Diskussionen unabhängig vom Medium. Aktuell wird auf Grundlage des Index für Verständigungsorientierung eine Studie an der Universität Mainz durchgeführt, die untersucht, inwieweit deutsche und österreichische Parteien ihre Facebook-Seiten nutzen, um mit den Bürgern in einen Diskurs zu treten.<sup>195</sup>

## 5.2.2 Bewertungskriterien des VOI

Burkart und Rußmann identifizieren in ihrer Arbeit vier Qualitätsmerkmale, die argumentative Auseinandersetzungen definieren.<sup>196</sup> Diese Merkmale sind Begründungen, Lösungsvorschläge, Respektsäußerungen und das Äußern von Zweifeln. Je häufiger die Diskursteilnehmer in ihren Meinungsäußerungen eines oder mehrere dieser Kriterien anwenden, desto höher ist die Verständigungsqualität.<sup>197</sup> Dabei können diese Merkmale jedoch in unterschiedlich starken Formen und Ausprägungen vorkommen.

---

<sup>190</sup> vgl. ebd.

<sup>191</sup> Steenberg et al.: Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. 2003.

<sup>192</sup> Gerhards et al.: Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik. 1998.

<sup>193</sup> Burkart: Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Ein Konzept für Public Relations unter den Bedingungen moderner Konfliktgesellschaften. 2008.

<sup>194</sup> vgl. Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. S. 5.

<sup>195</sup> vgl. <http://www.medienkonvergenz.ifp.uni-mainz.de/forschung/politische-partizipation-auf-facebook-eine-analyse-der-politischen-diskurse-auf-den-facebook-seiten-deutscher-und-oesterreichischer-parteien/>; letzter Zugriff: 02.11.16.

<sup>196</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 178.

<sup>197</sup> vgl. ebd., S. 181.

Begründungen sind von großer Bedeutung, wenn es darum geht, Gesprächspartner von der eigenen Position zu überzeugen.<sup>198</sup> Außerdem sind sie eine der Grundvoraussetzungen für einen Diskurs im Habermas'schen Sinne. Bei Begründungen kann zwischen vier Begründungsniveaus unterschieden werden: Wird eine Meinungsäußerung ganz ohne jede Begründung getan, handelt es sich um eine bloße Behauptung des Diskursteilnehmers. Dies entspricht dem Begründungsniveau „null“. Um eine pauschale Begründung (1) handelt es sich, wenn ein Akteur seine Meinung zum Thema „lediglich mit einem Verweis auf allgemein gültige, nicht näher konkretisierte/differenzierte Behauptungen“<sup>199</sup> stützt. Dies können zum Beispiel Verweise auf allgemein gültige Normen oder auf das Allgemeinwohl sein. Begründet ein Beteiligter seine Meinung anhand eines konkreten Faktums, so liegt eine einfache Begründung (2) vor. Eine spezifische Begründung (3) wird dann erreicht, wenn ein Teilnehmer der Diskussion seinen Standpunkt zum Thema durch die Angabe von Zahlen, Daten und Fakten belegt. Zudem könnte er seine Einstellungen mit Quellen oder Verweisen auf Experten vertiefen.<sup>200</sup>

Da in politischen Diskussionen oft konkrete Problemstellungen erörtert werden, können vermittelnde Lösungsvorschläge maßgeblich zum Ausgang einer solchen Auseinandersetzung beitragen.<sup>201</sup> Nach Spröndli entsteht durch einen solchen Lösungsvorschlag die Chance auf „einen echten Konsens oder zumindest einen informierten Kompromiss“<sup>202</sup>. Auch wenn Habermas „einen echten Konsens“ erst durch das Erreichen der „idealen Sprechsituation“ erfüllt sieht, so bedeutet ein Lösungsvorschlag trotzdem, dass ein Gesprächspartner auf den anderen eingeht und somit sich selbst und den Anderen reflektiert. Diese Selbstreflexion nimmt bei Habermas einen sehr hohen Stellenwert ein.<sup>203</sup> Auch Lösungsvorschläge können anhand ihres Niveaus differenziert werden. Wird keine Äußerung zur Problembewältigung gemacht, so handelt es sich um einen Lösungsvorschlag der Stufe „null“. Das Begründungsniveau „eins“ liegt vor, wenn ein Akteur einen vagen Lösungsvorschlag unterbreitet. „Ein vager Lösungsvorschlag bringt eine Handlungsabsicht zum Ausdruck, ohne dabei auf Zahlen/Daten/Fakten und/oder die eigentliche Umsetzung einzugehen.“<sup>204</sup> Macht ein Beteiligter konkrete Vorschläge für Maßnahmen, die das Problem lösen können unter

---

<sup>198</sup> vgl. ebd.; S. 179.

<sup>199</sup> Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampf-kommunikation. S. 16.

<sup>200</sup> ebd.

<sup>201</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 179.

<sup>202</sup> Spröndli: Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss. S. 31.

<sup>203</sup> vgl. Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 175.

<sup>204</sup> Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampf-kommunikation. S. 19.

Angabe von Zahlen, Daten und Fakten oder verweist auf bereits anlaufende Unternehmungen zur Problemlösung, so äußert er einen konkreten Lösungsvorschlag (2).<sup>205</sup>

Neben Begründungen und Lösungsvorschlägen ist nach Burkart und Rußmann Respekt ein wichtiges Merkmal für einen gelungenen Diskurs. Nur wenn Diskursteilnehmer einander ein gewisses Maß an Achtung und Anerkennung entgegenbringen, kann sich ein rationaler Diskurs entwickeln.<sup>206</sup> Feindseligkeiten, die den Diskurs überlagern, würden die Suche nach dem besseren Argument unmöglich machen.<sup>207</sup> Des Weiteren würden Beleidigungen eine „ideale Sprechsituation“, wie Habermas sie fordert, unmöglich machen. Er fordert, dass die Teilnehmer in einer idealen Sprechsituation die gleiche Chance haben müssen, sich wechselseitig und ohne Kränkungen selbst darzustellen.<sup>208</sup> Trotzdem kommt es gerade in Online-Debatten immer wieder vor, dass Beteiligte ausdrücklich abwertende Äußerungen gegenüber einer anderen Person oder deren Meinung machen. Werden Geringschätzung oder Missachtung geäußert, so handelt es sich um eine explizit respektlose Äußerung (0).<sup>209</sup> Wird weder eine explizit positive oder negative Aussage über einen Diskursteilnehmer oder dessen Ansichten gemacht, gehen Burkart und Rußmann von implizitem Respekt (3) aus. Bei einer ausdrücklich positiven Aussage einem Akteur gegenüber, in der Wertschätzung, Hochachtung oder Ehrfurcht zum Ausdruck kommen, liegt eine explizit respektvolle Aussage (4) vor.<sup>210</sup> Bei der Bewertung der Respektsäußerungen verwenden Burkart und Rußmann hier nicht die Abstufungen null bis zwei, weil implizite sowie explizite Respektsäußerungen deutlich höher gewichtet werden sollen als ausdrückliche Respektlosigkeiten.<sup>211</sup> Zudem ist bei der Bewertung der Respektsäußerungen zu beachten, dass Kritik nicht automatisch eine Respektlosigkeit bedeutet und daher kritische Aussagen nicht pauschal mit „null“ bewertet werden dürfen. Im Umkehrschluss bedeutet dies auch, dass Lob nicht automatisch eine explizite Respektsäußerung darstellt.<sup>212</sup> Eine konkrete Auflistung der Formulierungen, die explizite Respektsäußerungen bzw. explizite Respektlosigkeiten auslösen, findet sich im Anhang im Codebuch der Untersuchungen zu politischen Diskussionen im österreichischen Wahlkampf von Burkart und Rußmann.

---

<sup>205</sup> vgl. ebd.

<sup>206</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 180.

<sup>207</sup> Spröndli: Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss. S. 31.

<sup>208</sup> vgl. Habermas: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. S. 178.

<sup>209</sup> vgl. Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. S. 21.

<sup>210</sup> vgl. ebd., S. 24.

<sup>211</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 180.

<sup>212</sup> vgl. Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. S. 21f.

In einem politischen Diskurs können außerdem Zweifel an Aussagen von Gesprächsteilnehmern geäußert werden. Diese Zweifel lassen sich nach den vier Geltungsansprüchen Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit von Habermas kategorisieren.<sup>213</sup> Wer eine Aussage macht, erhebt damit alle dieser Geltungsansprüche für seine Äußerung. Durch eine Begründung für die jeweilige Aussage kann ein entsprechender Geltungsanspruch eingelöst werden. Stimmt einer der Beteiligten dieser Begründung nicht zu, zweifelt er den Geltungsanspruch der Aussage an. In diesem Fall müsste nach Habermas so lange weiter argumentiert werden, bis entweder alle Beteiligten die Begründungen anerkennen oder der Akteur seine Aussage zurücknimmt. Dass dies in einem praktischen Diskurs nur sehr selten bis nicht erfüllbar ist, sieht auch Habermas ein.<sup>214</sup> Dennoch tragen Zweifel dazu bei, dass Standpunkte überdacht werden und schwache Begründungen ausgebaut werden können, sodass sich die Diskursivität einer Gesprächssituation verstärkt. Zweifel an der Verständlichkeit (1) werden geäußert, wenn ein Beteiligter anmerkt, dass eine Aussage nicht klar verständlich formuliert ist, oder aufgrund von Fachausdrücken zum Beispiel nur für einen Teil der Diskursteilnehmer verständlich ist. Wird angezweifelt, dass ein Akteur konkrete Sachverhalte richtig wiedergibt, so wird die objektive Wahrheit (2) seiner Aussage in Frage gestellt. Die subjektive Wahrheit eines Akteurs – seine Wahrhaftigkeit (3) – hingegen wird angezweifelt, wenn ein anderer Diskursteilnehmer seine Vertrauenswürdigkeit hinterfragt. Dies kann durch eine Unterstellung von Unehrllichkeit oder einer Täuschungsabsicht geschehen. Des Weiteren kann die Legitimität einer Handlung eines Akteurs in Frage gestellt werden. Werden so die Angemessenheit oder Rechtmäßigkeit eines Verhaltens oder Handelns bezweifelt, so liegt ein Zweifel an der Richtigkeit (4) vor.<sup>215</sup>

### 5.2.3 Codierung

Codiert werden alle Kommentare, die mindestens eine Antwort erhalten haben, und die dazugehörigen Antworten. Jede Meinungsäußerung (Kommentar oder Antwort) eines Users bildet eine Untersuchungseinheit und wird auf die vier Qualitätsmerkmale hin geprüft. Je nach Ausprägung des Qualitätsmerkmals werden Punkte verteilt. Beispielsweise wird ein Punkt für eine pauschale Begründung vergeben und zwei Punkte für einen Zweifel an der Wahrheit einer Aussage. Um die Qualität einer Aussage, den „Grad der Verständigungsorientierung“<sup>216</sup>, in einem Indexwert zu messen, werden in dem anschließenden Schritt alle Punkte einer Aussage addiert. Um eine bessere Vergleichbarkeit der Werte zu erreichen, wird der so errechnete Zahlenwert durch die maximal zu erreichende Punktzahl (14) geteilt. Der so errechnete Index ist kein absoluter,

---

<sup>213</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 180.

<sup>214</sup> vgl. Habermas: Die Einbeziehung des Anderen. S. 354.

<sup>215</sup> vgl. Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 180f.

<sup>216</sup> ebd., S. 184.

sondern ein relativer Wert. „Erst im Vergleich mit den errechneten Werten der anderen jeweils im Fokus stehenden Analyseobjekte gewinnt der VOI seine Aussagekraft hinsichtlich der Ausschöpfung des Potentials eines verständigungsorientierten Diskurses.“<sup>217</sup>

Für den Fall, dass in einer Meinungsäußerung mehrere eigenständige Begründungen oder Zweifel an mehreren Geltungsansprüchen enthalten sind, werden all diese codiert. Es werden „alle Begründungen einer Position, alle genannten Lösungsvorschläge im Rahmen einer Position, alle Respektsäußerungen gegenüber einer Position und/oder einem Akteur und alle genannten Zweifel“<sup>218</sup> codiert. In diesem Fall wird die Punktesumme jedoch nicht durch 14 geteilt, sondern durch die dann maximal zu erreichende Punktzahl dividiert. So bleibt die Vergleichbarkeit der Indexzahlen gewährt.

Neben dem Ausprägungsgrad der Merkmale werden zudem in der Kategorie „Respekt“ die Akteure erfasst, denen die Respektsäußerung gilt. Nach demselben Prinzip werden in der Rubrik „Zweifel“ die Akteure vermerkt, an deren Aussagen oder Handlungen gezweifelt wird. Eine Tabelle mit den möglichen Akteuren liegt im Anhang vor.

---

<sup>217</sup> Rußmann: Die Qualität politischer Online-Diskussionen. Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook. S. 184.

<sup>218</sup> Burkart/Rußmann: Qualität des öffentlichen politischen Diskurses in der österreichischen Wahlkampfkommunikation. S. 14.

## 6 Social Media Analyse

### 6.1 Rahmenbedingungen

Eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für einen politischen Diskurs innerhalb eines deliberativen Demokratiemodells nach Habermas ist die Öffentlichkeit eben jener Diskurse. Das heißt, dass alle Bürger die gleiche Chance haben müssen an ihnen teilzunehmen. „Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.“<sup>219</sup> Viele sehen gerade das Internet als eine Diskursplattform, die der Forderung nach Öffentlichkeit besser nachkommen kann, als bisherige Diskursarenen dies konnten. Soziale, zeitliche und räumliche Barrieren, die Menschen bisher von einer Teilnahme abhielten, entfallen nun.<sup>220</sup> Gespräche lassen sich jederzeit von jedem Ort aus weiterführen, potentielle Diskussionspartner kommen nicht mehr nur aus bekannten sozialen Kreisen, sondern können weltweit gefunden werden. Zudem können hier kostengünstig und effektiv alternative Meinungen geäußert werden, die von der öffentlichen Meinung nicht repräsentiert oder in den Massenmedien unterschlagen werden.<sup>221</sup> Allerdings ist auch der politische Diskurs im Internet, insbesondere auf Facebook, nicht barrierefrei. Um daran teilzunehmen, müssen technische Voraussetzungen wie ein Internetzugang, ein E-Mail-Account und ein Facebook-Account erfüllt werden. Deutschland besitzt eine fast vollständige Internetabdeckung. Im Jahr 2015 hatten 85% der deutschen Haushalte einen Internetzugang.<sup>222</sup> Einen Facebook-Account hingegen besitzt nur knapp ein Drittel der Deutschen.<sup>223</sup> Gerade ältere Menschen sind oft nicht im Internet und auf Facebook aktiv, so besteht die Gefahr, dass diese Gruppe in den Diskussionen oft unterrepräsentiert ist. Zudem zeigen die Ergebnisse aus Kapitel vier, dass die Beteiligung an politischen Online-Diskussionen unter Facebook-Nutzern eher gering ist. Einige Menschen konsumieren politische Nachrichten zwar über diese Plattform, nur wenige kommentieren und diskutieren sie jedoch regelmäßig. Des Weiteren unterscheidet Facebook zwischen öffentlichen Seiten/Gruppen und privaten Seiten/Gruppen. Sofern ein Nutzer nicht Mitglied einer privaten Gruppe ist, kann er die dortigen Diskussionen weder einsehen noch sich daran beteiligen. Die öffentlichen Seiten und Gruppen können zwar in jedem Fall als Diskussionsplattform fungieren, trotzdem wird dem Nutzer durch den Newsfeed-Algorithmus immer nur ein kleiner Aus-

---

<sup>219</sup> Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. S. 156.

<sup>220</sup> vgl. Jarren/Donges: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. S. 111.

<sup>221</sup> vgl. Faulstich: Einführung in die Medienwissenschaft. Probleme, Methoden, Domänen. S. 225.

<sup>222</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72660/umfrage/anteil-der-haushalte-in-deutschland-mit-internetzugang/>; letzter Zugriff: 08.11.16.

<sup>223</sup> vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/503046/umfrage/anzahl-der-nutzer-von-facebook-und-instagram-in-deutschland/>; letzter Zugriff: 08.11.16.

schnitt an Beiträgen angezeigt. Andere Seiten erreicht er nur über eine gezielte Suche. Ein weiterer Aspekt, der Facebook als politische Diskussionsplattform in Frage stellt, ist der soziale und der betriebswirtschaftliche Zweck hinter dem Netzwerk. So gibt Imhof zu bedenken, dass Facebook keinesfalls als Plattform für politische Diskurse entworfen wurde, sondern als Netzwerk, indem sich Freund und Bekannte untereinander verknüpfen und austauschen können. Zudem basiert die Plattform mittlerweile „auf einer Netzwerkarchitektur zwecks Data-Mining für zielgruppenorientiertes Marketing“<sup>224</sup>. Ein Großteil der Kommunikation auf Facebook resultiert aus Privat- und Freizeitinteressen. Viele Bekanntschaften bei Facebook entstehen aus realen sozialen Kontakten. Da sich Online-Gemeinschaften genauso wie Offline-Beziehungsnetzwerke über die Reproduktion von emotionalen Bindungen, In- und Outgroup-Differenzierungen, Gruppennormen und Selbstdarstellung regulieren, tendieren auch sie zu Homogenität<sup>225</sup>. Wegen dieser Tendenz können Online-Gemeinschaften nicht die Gesellschaft mit all ihren Facetten und Differenzierungen repräsentieren. So entspricht die Kommunikation innerhalb der Facebook-Gruppen eher einer gemeinschaftlichen Kommunikation, bei der es vor allem um die Reproduktion gemeinsam geteilter Lebenswelten, insbesondere moralischer Einstellungen und emotionaler Bindungen, geht.<sup>226</sup> Imhof kommt zu dem Schluss, dass „diese gemeinschaftliche, somit moralisch-emotional orientierte Kommunikation [...] keine öffentliche Kommunikation [ist], auch wenn sie öffentlich zugänglich ist.“<sup>227</sup> Dies wird besonders deutlich an den unterschiedlichen Themenagenden bei gemeinschaftlicher und öffentlicher Kommunikation. Die gemeinschaftliche Kommunikation stellt Themen wie die alltägliche Privatheit, ästhetische Vorlieben oder Konsumerlebnisse in den Vordergrund. Die medienvermittelte öffentliche Kommunikation hingegen beschäftigt sich mit Themen der sozialen Ordnung wie Politik oder Wirtschaft, die nicht an persönliche Beziehungen gekoppelt sind.<sup>228</sup> Zwar gibt es auf Facebook auch Seiten von Medienhäusern, die hauptsächlich politische Informationen zur Verfügung stellen, doch für den Nutzer kann es konfliktreich und somit unvorteilhaft sein, in diesen Netzwerken seine Affinitäten zu politischen Akteuren oder Inhalten zu zeigen, da „die Reproduktion moralisch-emotionaler Bindungen mitsamt dem Statuswettbewerb im Netz“<sup>229</sup> gestört wird. Dies könnte für einige Nutzer ein unterbewusster Grund sein, sich aus politischen Diskussionen in sozialen Netzwerken fernzuhalten.

Eine andere Rahmenbedingung sieht Habermas in der prinzipiellen Offenheit der Diskurse für jedes Thema. Facebook selbst schließt durch seine Geschäftsbedingungen keine Themen von vornherein aus. Lediglich Themen, die Menschenrechte verletzen oder Propaganda für rechtswidrige Handlungen machen, können von den Nutzern gemeldet und anschließend gelöscht werden. Dazu gehört beispielsweise die direkte Be-

---

<sup>224</sup> Imhof: Demokratisierung durch Social Media. S. 17.

<sup>225</sup> vgl. ebd., S. 18.

<sup>226</sup> vgl.: ebd.

<sup>227</sup> ebd.

<sup>228</sup> vgl. ebd., S.19.

<sup>229</sup> ebd., S. 22.

drohung von Nutzern, Unterstützung oder Ermutigung zur Selbstverletzung, Propaganda für rechtswidrige Organisationen, Organisation von kriminellen Aktivitäten oder das Verbreiten von Material, das sexuelle Gewalt oder Ausbeutung zeigt.<sup>230</sup> Diese thematischen Einschränkungen stellen jedoch keine Einschränkungen für einen ernsthaften Diskurs dar. Im Gegenteil tragen sie eher dazu bei, dass ein respektvoller Umgang gepflegt wird und Menschen mit Meinungen, die vom Mainstream abweichen, vor Anfeindungen und Mobbing geschützt werden.

Des Weiteren soll der Diskurs theoretisch unendlich fortsetzbar sein, d.h. es darf keine zeitliche Limitierung für das Finden eines Konsenses geben. Die Diskussion endet erst dann, wenn alle wichtigen Argumente hervorgebracht wurden und kein Diskursteilnehmer mehr einen begründeten Einwand gegen die gefundene Konsensmeinung hat. Eine zeitliche Limitation für Diskussionen gibt es bei Facebook nicht. Sogar Posts, die lange nicht kommentiert wurden, können nach mehreren Jahren wieder in den Diskurs aufgenommen werden. Dennoch zeigt die Praxis, dass Facebook ein eher schnelllebiges Medium ist. Jeden Tag kommen viele neue Daten hinzu, die von den Nutzern rezipiert werden. In den beiden Beispieldiskussionen dieser Arbeit wurden die meisten Kommentare und Antworten im Zeitraum vom 15. bis 17. September, also am Erscheinungstag des Posts und zwei Tage danach, verfasst. Die letzte in dieser Untersuchung erfasste Antwort wurde am 23. September, also acht Tage nach dem Erscheinen des Original-Posts, geschrieben. Nun kann es theoretisch sein, dass in dieser Zeit in jedem Kommentar-Thread ein Konsens gefunden wurde, dennoch ist dies eher unwahrscheinlich, denn „the culture of the open web is aimed at instant gratification, antithetical to the goals and process of public deliberation.“<sup>231</sup>

---

<sup>230</sup> vgl. <https://www.facebook.com/communitystandards#>; letzter Zugriff: 08.11.16.

<sup>231</sup> Hartz-Karp/Sullivan: The Unfulfilled Promise of Online Deliberation. S. 2.



## 6.2 Diskursanalyse

Um ein detaillierteres Bild der Diskussionsformen auf den Facebook-Kanälen der Tagesschau und des Compact-Magazins zu erhalten, werden die beiden ausgewählten Beispieldiskussionen anhand ihrer grundlegenden Kennzahlen, der Diskursqualität nach dem VOI und der meistgenannten Akteuren verglichen. Bei den für die Diskussionen grundlegenden Posts handelt es sich jeweils um die Nachricht der Krawalle in Bautzen am Abend des 14. September 2016. Der Post der Tagesschau enthält zusätzlich zu dem Text ein Video, das direkt auf der Seite angesehen werden kann. Der Post des Compact-Magazins fasst ebenfalls die Ereignisse zusammen und verweist dann auf einen ausführlicheren Artikel auf der Website des Magazins. Zudem ist ein Link zu dem erwähnten Artikel vorhanden. Ein Transkript des Tagesschau Videos und eine Kopie des verlinkten Compact-Magazin Artikels liegen im Anhang vor.



The image shows a screenshot of a Facebook post from the official page of 'tagesschau'. The post is dated '15. September um 17:23' and is public. The text of the post reads: 'Im sächsischen Bautzen ist es am Abend zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen 80 Einheimischen und 20 jungen Asylbewerbern gekommen. Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein.' Below the text is a video player showing a night scene of a street in Bautzen with a crowd of people. A subtitle on the video reads: '80 Einheimische und 20 Asylbewerber gingen aufeinander los - laut Polizei stammten die Deutschen mehrheitlich aus dem rechten Spektrum.' The video player shows a progress bar at approximately 1:31. Below the video, the post has '183.777 Aufrufe', 'Gefällt mir', 'Kommentieren', and 'Teilen' buttons. There are 969 reactions (likes, dislikes, and sad faces) and 577 shares. A 'Top-Kommentare' dropdown menu is visible on the right.

Abb. 9: Facebook-Post der Tagesschau „Krawalle in Bautzen“

Quelle: Tagesschau/ Facebook

 **COMPACT-Magazin**  
15. September um 15:45 · 🌐

Das Asyl-Chaos ist perfekt! Gewalttätige Ausschreitungen in Bautzen, Terror gegen Deutsche - Und die Systempresse spricht von Pogromstimmung gegen Flüchtlinge. Eine Lüge! „Auslöser der Tötlichkeiten sollen den Angaben nach Asylsuchende gewesen sein“, sagt die Polizei. Ein 32-Jähriger Mann wurde von einem angetrunkenen Migranten mit einer Bierflasche beworfen und dabei am Hals verletzt. „Anschließend wurde er offenbar mit einer abgebrochenen Bierflasche auch am Rücken verletzt“, so Polizeisprecher Thomas Knaup. Diesen Wahnsinn kann sich kein Deutscher gefallen lassen! Was wirklich passierte, lesen sie hier: <http://www.compact-online.de/buergerkrieg-in-bautzen-was-w.../>

\*\*\* Wer Ihr die Nase voll habt von der Lügenpresse: Abonniert COMPACT – die Stimme des Volkes und das Sprachrohr des Widerstandes!\*\*\* hier: <https://abo.compact-shop.de/>

compact-online.de

**«Danke, Bautzener,  
dass Ihr Euch  
gegen kriminelle  
Asylbanden wehrt.»**

Jürgen Elsässer, Chefredakteur

**Mut zur Wahrheit** **COMPACT**   
MAGAZIN FÜR SOUVERANITÄT

Abb. 10: Facebook-Post des Compact-Magazins „Krawalle in Bautzen“  
Quelle: Compact-Magazin/ Facebook

## 6.2.1 Grundlegende Kennzahlen

Am Stichtag der Auswertung konnte Facebook 300 Kommentare zu dem Post der Tagesschau und 250 Kommentare zu dem Post des Compact-Magazins anzeigen. Dazu waren bei der Tagesschau weitere 454 Antworten verfügbar, bei dem Compact-Magazin waren es weitere 573 Antworten. Insgesamt waren zu dem Post der Tagesschau also 754 Meinungsäußerungen sichtbar, auf dem Kanal des Compact-Magazins konnten 823 Meinungsäußerungen zum dem Thema „Krawalle in Bautzen“ gelesen werden. Die Anzahl der Antworten verteilt sich dabei jedoch nicht gleichmäßig auf alle Kommentare. Nur 70 der 300 Kommentare in der Diskussion auf der Seite der Tagesschau haben eine oder mehr Antworten bekommen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in dem Kommentar-Thread des Compact-Posts. Hier haben 51 von 250 Kommentaren eine oder mehr Antworten bekommen. Das heißt, dass sich bei beiden Threads nur aus ungefähr einem Fünftel der Kommentare Diskussionen mit Kommentaren und Antworten gebildet haben. Zwar geht aus dem Inhalt einiger Kommentare hervor, dass sie sich auf einen anderen Kommentar beziehen und somit als eine Art Antwort auf den vorangegangenen Kommentar zu verstehen sind, doch durch den Top-Comment-Algorithmus geht die chronologische Ordnung der Kommentare verloren und so sind Meinungsäußerungen, die als „Kommentar“ geschrieben wurden, jedoch als „Antwort“ gemeint waren, nicht mehr dem entsprechenden Antwort-Thread zuzuordnen. Es können also nur Diskussionen, die sich als Antwort-Threads unter einem Kommentar gebildet haben, als solche analysiert werden.

Grundlegende Diskussionskennzahlen	Tagesschau	Compact
Anzahl Kommentare insg.	300	250
Anzahl Antworten insg.	454	573
Kommentare ohne Antworten	230	199
Kommentare mit Antworten	454	573
Anteil "Kommentare mit Antworten" an "Kommentare insg."	23,2 %	20,4%
Anzahl "bewertete Meinungsäußerungen" (Anzahl "Kommentare mit Antworten" + Anzahl "Antworten")	524	624
Durchschnittliche Anzahl an "Antworten" pro "bewertetem Kommentar"	6,5	11,2
Anzahl Teilnehmer Diskussion	448	499

Tab. 1: Grundlegende Kennzahlen der Beispieldiskussionen

Die Anzahl der Diskussionsteilnehmer ist auf beiden Kanälen ungefähr gleich groß. Den Post der Tagesschau kommentierten und beantworteten 448 Menschen, 499 Menschen schrieben eine Meinungsäußerung zu dem Post des Compact-Magazins.

Die Diskussionsteilnehmer verfassten dabei auf beiden Kanälen 1,7 Meinungsäußerungen im Durchschnitt. Wird die Anzahl der Meinungsäußerungen genauer betrachtet, so fällt auf, dass über zwei Drittel der Diskussionspartner auf dem Kanal der Tagesschau bzw. fast drei Viertel der Diskursteilnehmer auf dem Kanal des Compact-Magazins jeweils nur eine Meinungsäußerung verfassen. 28 Prozent (Tagesschau) bzw. 22 Prozent (Compact-Magazin) der Diskutierenden schreiben 2 bis 5 Meinungsäußerungen zu dem Thema. 6 bis 10 Meinungsäußerungen posten auf beiden Seiten nur noch ungefähr 2% der Beteiligten. Diese Zahlen deuten auf einen relativ geringen Willen der kommentierenden Nutzer zur Diskussion hin. Die meisten Teilnehmer äußern einmal ihre Meinung, gehen jedoch dann nicht weiter auf andere Meinungen ein. Lediglich ungefähr ein Drittel der Beteiligten auf beiden Kanälen äußert mehrere Standpunkte. Allerdings sagt diese Häufigkeitsverteilung noch nichts über die Qualität der Äußerungen aus. So kann eine diskursiv hochwertige Meinungsäußerung einen Diskurs durchaus weiter vorantreiben als mehrere diskursiv minderwertige Aussagen.

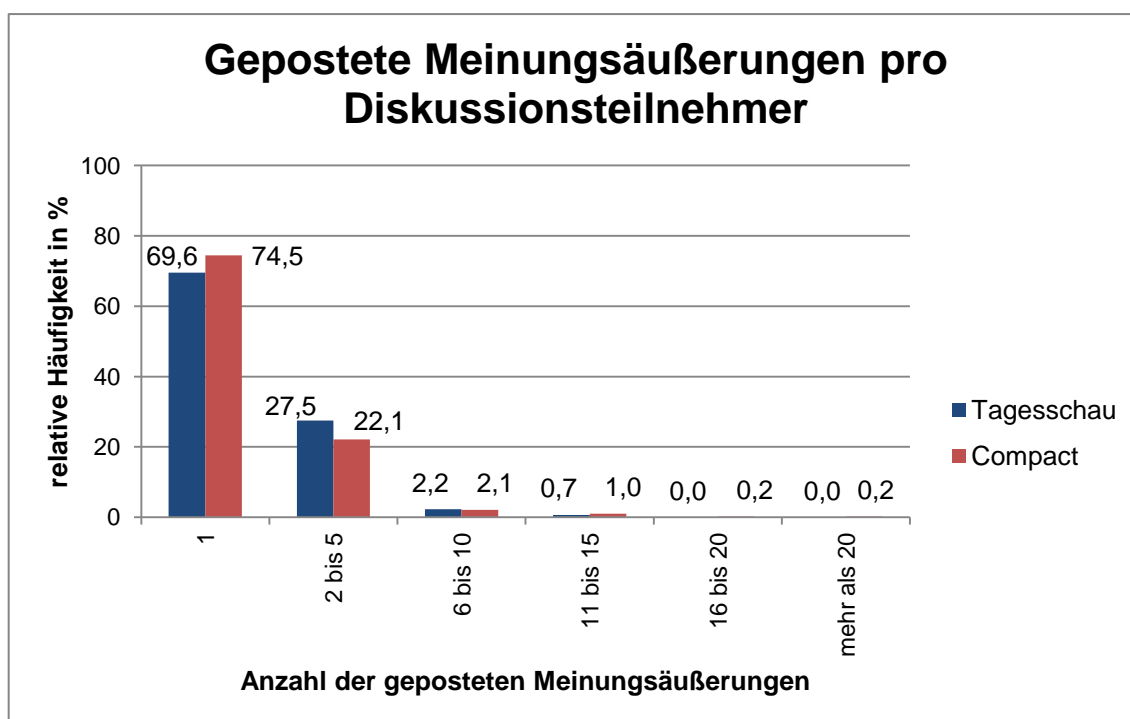


Abb. 11: Gepostete Meinungsäußerungen pro Diskussionsteilnehmer

Auf dem Kanal der Tagesschau bilden N=524 Meinungsäußerungen die Bewertungsgrundlage. Auf dem Kanal des Compact-Magazins ist eine Bewertungsgrundlage von N=624 Meinungsäußerungen, die zu einer Diskussion beitragen, vorhanden. Durchschnittlich bekamen die in die Bewertung einfließenden Kommentare auf dem Kanal der Tagesschau 7 Antworten pro Kommentar. Auf der Seite des Compact-Magazins waren es 11 Antworten pro Kommentar. Jedoch sind diese Durchschnittswerte nur bedingt aussagekräftig, denn es gibt auf beiden Kanälen nur wenige Top-Kommentare mit über 100 Antworten, aber dafür viele Kommentare mit unterdurchschnittlich vielen Antworten.



## 6.2.2 Diskursqualität nach VOI

Über die Qualität der Diskussionen gibt die Bewertung nach dem Prinzip des Index für Verständigungsorientierung Aufschluss. Die Meinungsäußerungen auf der Facebook-Seite der Tagesschau erreichen im Durchschnitt vier Bewertungspunkte, ebenso die Stellungnahmen bei Compact. Für die Berechnung des Index für Verständigungsorientierung wird diese Zahl ins Verhältnis zu der maximal zu erreichenden Punktzahl gesetzt. Im Idealfall nimmt der Index also den Wert 1 an. Je kleiner der Indexwert ist, desto weniger wurde das Qualitätspotential der Diskussion ausgeschöpft. Der Wert des Index für Verständigungsorientierung liegt sowohl bei der Diskussion auf der Seite der Tagesschau als auch auf dem Kanal des Compact-Magazins bei 0,29. Das Qualitätspotential der beiden Diskurse wurde also jeweils zu knapp einem Drittel ausgeschöpft. Bei getrennter Betrachtung der Bewertungen für Kommentare und Antworten fällt auf, dass die Kommentare im Durchschnitt einen höheren VOI erzielen können. Mit einem VOI-Wert von 0,36 (sowohl Tagesschau als auch Compact) liegen die Kommentare aber immer noch nahe am Gesamtindexwert. Dementsprechend fällt die Bewertung der Antworten leicht unterdurchschnittlich aus. Sowohl die Antworten auf dem Kanal der Tagesschau als auch die auf dem des Compact-Magazins erreichen einen VOI von 0,28. Neben diesen leichten Qualitätsunterschieden zwischen Kommentaren und Antworten ist die auffälligste Beobachtung jedoch, dass die VOI-Werte auf beiden Kanälen gleich sind. Das heißt, dass das Qualitätspotential der Diskussion auf dem Kanal der Tagesschau im gleichen Maße ausgenutzt wurde wie auf dem Kanal des Compact-Magazins. In diesen Durchschnittswerten können also zunächst keine Unterschiede in der Diskussionsqualität festgestellt werden.

	Tagesschau	Compact
VOI-Wert „alle Meinungsäußerungen“	0,29	0,29
VOI-Wert „Kommentare“	0,36	0,36
VOI-Wert „Antworten“	0,28	0,28

Tab. 2: allgemeine VOI-Werte

Da sich der Index zur Ermittlung der Diskursqualität aus mehreren Faktoren zusammensetzt, lohnt sich ein Blick auf den Grad der Potentialausschöpfung in den verschiedenen Kategorien. In der Kategorie „Begründung“ können maximal 3 Punkte durch eine spezifische Begründung erreicht werden. Im Durchschnitt machten die Teilnehmer der Diskussion auf dem Kanal der Tagesschau Aussagen, die einer Bewertung von 0,45 Punkten entsprechen. Dieser Wert lässt allerdings keinen direkten Rückschluss auf den Typ der Begründung zu. Die Unterscheidung in verschiedene Begründungsniveaus entspricht einer Ordinalskala, daher ist ein arithmetischer Mittelwert nicht aussagekräftig. Allerdings kann über die Verrechnung mit der maximal zu erreichenden Punktzahl wieder ein Indexwert hergestellt werden. Dieser gibt dann den Grad der Potentialausschöpfung an. Der Indexwert in der Kategorie „Begründung“ liegt bei 0,15 für die Diskussion auf der Seite der Tagesschau und bei 0,24 auf der Seite des Compact-Magazins. Das Begründungspotential wurde in der Diskussion der Tagesschau-Follower also zu knapp einem Sechstel ausgenutzt, die Teilnehmer der Diskussion auf dem Kanal des Compact-Magazins haben es hingegen zu knapp einem Viertel ausge-

schöpft. Ein Blick auf die Häufigkeitsverteilung der Begründungsniveaus zeigt, dass der Anteil der Meinungsäußerungen ohne Begründung auf dem Kanal der Tagesschau höher ist als auf dem des Compact-Magazins. So bilden auf beiden Kanälen die Aussagen ohne Begründung mit jeweils über 50 Prozent Anteil die eindeutige Mehrheit. Die Anteile der Begründungsniveaus 1 und 2 liegen mit jeweils über 20 Prozent höher auf der Seite des Mediums der Gegenöffentlichkeit als auf der der Tagesschau. Die Anteile der Begründungen des Niveaus 3 hingegen liegen ungefähr gleichermaßen niedrig bei unter einem Prozent.

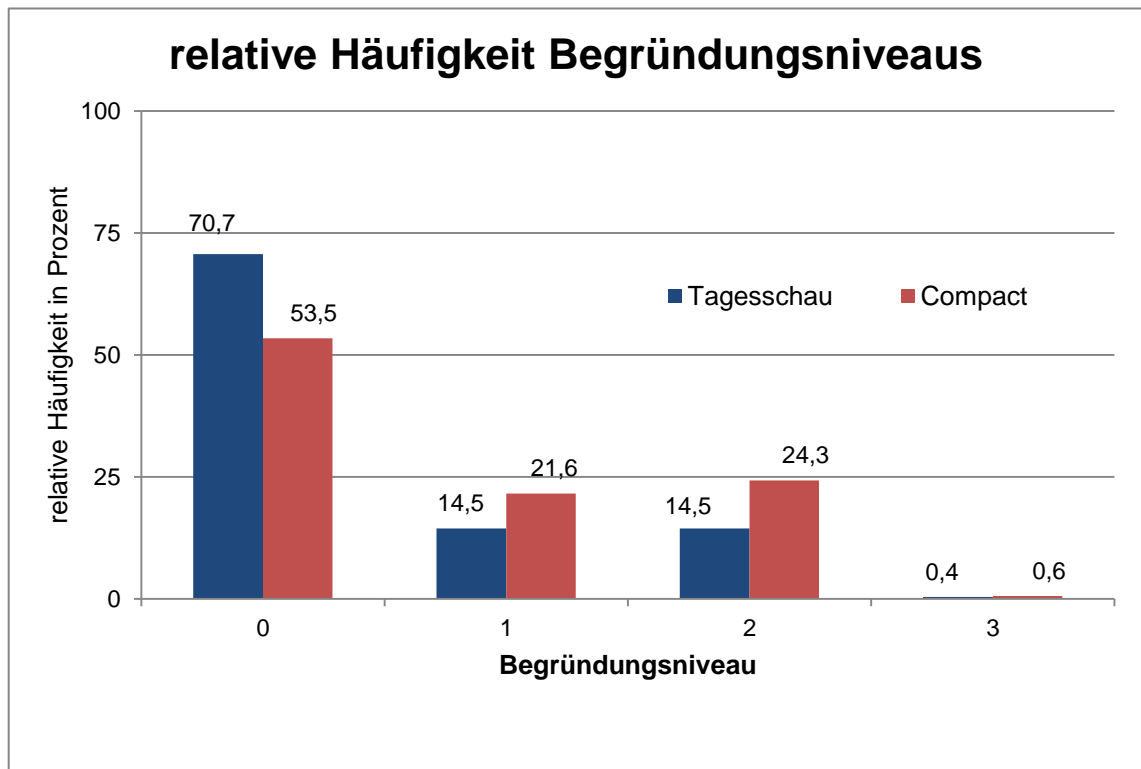


Abb. 12: relative Häufigkeit von Begründungsniveaus in den untersuchten Beispieldiskussionen

In der Kategorie „Lösungsvorschläge“ wird in beiden untersuchten Diskussionen das Potential am wenigsten ausgeschöpft. Der Indexwert auf der Seite der Tagesschau liegt für diesen Faktor bei 0,03 und auf dem Kanal des Compact-Magazins bei 0,02. 95 Prozent aller Meinungsäußerungen von beiden Kanälen beinhalten keinen Lösungsvorschlag. Ein vager Lösungsvorschlag ist in ungefähr vier Prozent der Aussagen enthalten, einen konkreten Lösungsvorschlag hingegen bieten jeweils weniger als ein Prozent der Meinungsäußerungen beider Kanäle.

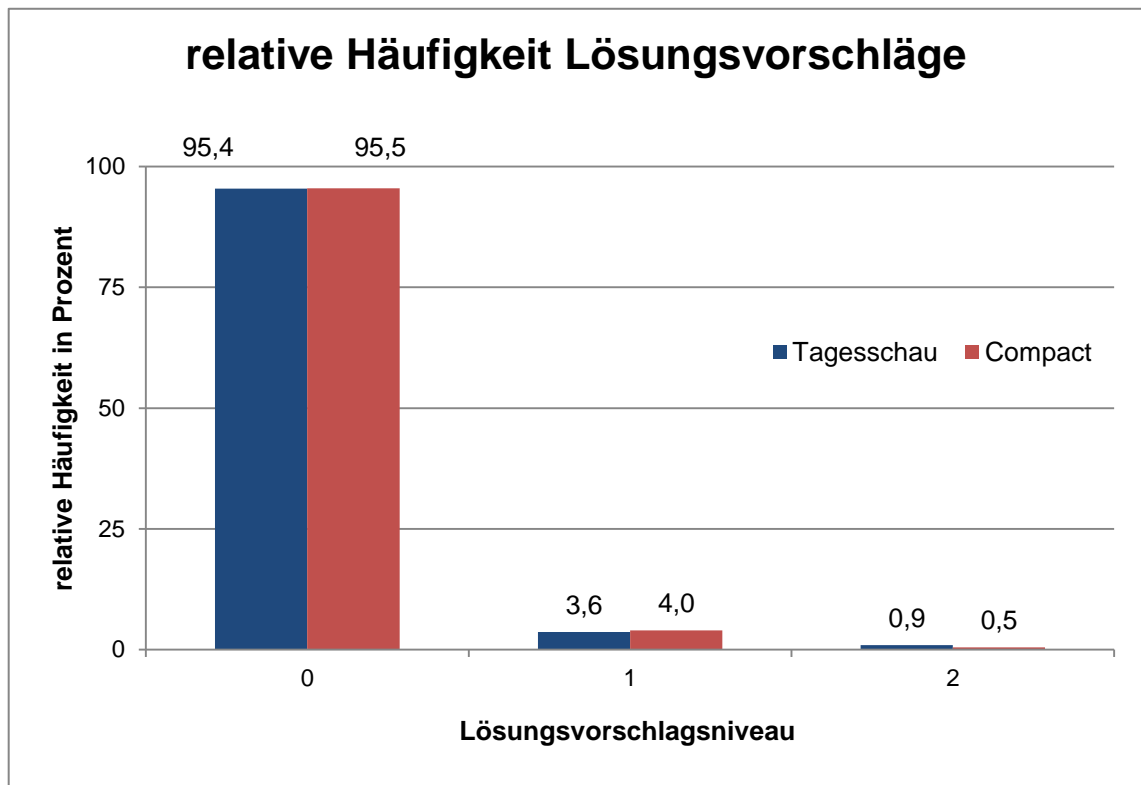


Abb. 13: relative Häufigkeit von Lösungsvorschlägen in den untersuchten Beispieldiskussionen

Das Diskurspotential in der Kategorie „Respekt“ wird am stärksten ausgeschöpft. Mit einem Indexwert von 0,52 auf der Seite der Tagesschau und 0,50 auf der des Compact-Magazins, liegen beide Kanäle ungefähr gleichauf. 69 Prozent der Meinungsäußerungen bei der Tagesschau enthalten weder eine explizite Respektsäußerung noch eine explizite Beleidigung. In 30 Prozent der Stellungnahmen wird hingegen eine solche explizite Beleidigung geäußert. Ausdrücklich positiv wird die Meinung eines anderen nur in einem Prozent der Fälle bewertet. Eine ähnliche Häufigkeitsverteilung findet sich auch in der Auswertung der Diskussion auf der Seite des Compact-Magazins. Hier findet sich bei 63 Prozent der Aussagen weder eine explizit positive noch negative Bewertung. Mit einem Anteil von 35 Prozent kommen allerdings explizite Beleidigungen etwas häufiger vor als auf dem Kanal der Tagesschau. Die expliziten Respektsäußerungen bleiben auch hier in der Minderheit mit einem Anteil von rund 3 Prozent. Im Vergleich zeigt sich, dass auch in dieser Kategorie die Werte von beiden Facebook-Kanälen ungefähr ähnlich sind, Unterschiede kommen nur in gradueller Ausprägung zum Vorschein.

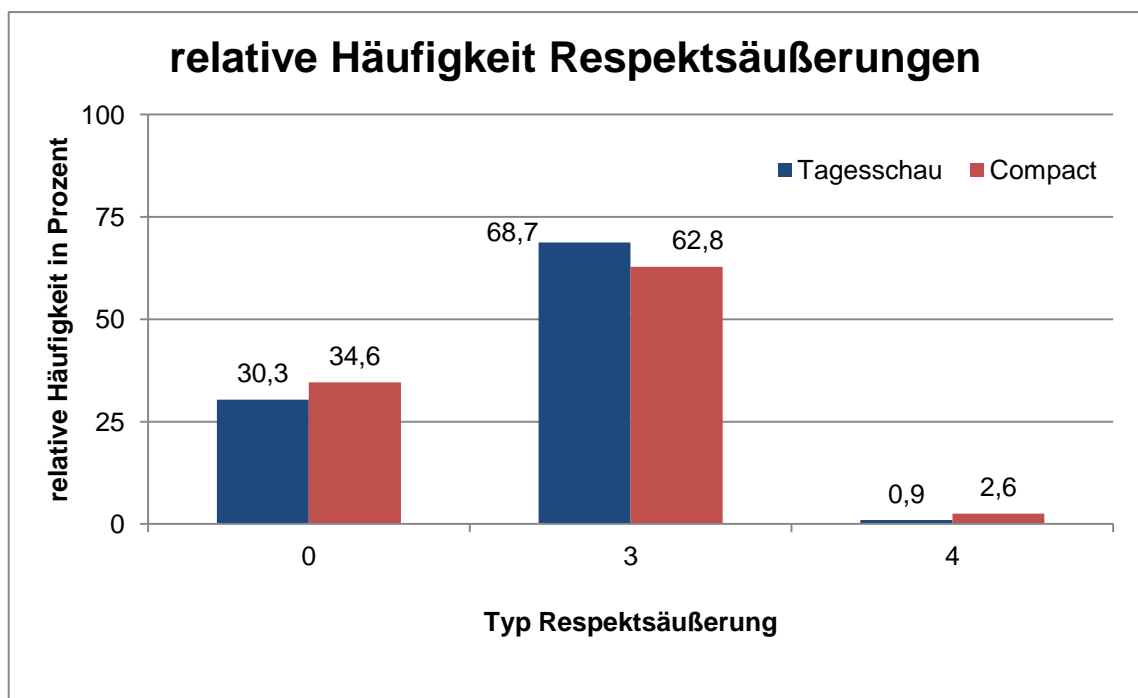


Abb. 14: relative Häufigkeit von Respektsäußerungen in den untersuchten Beispieldiskussionen



Auch in der Kategorie „Zweifel“ sind die Unterschiede zwischen den beiden Kanälen nur geringfügig. So wird das Potential zum Äußern von Zweifel auf dem Kanal der Tagesschau zu 28 Prozent ausgenutzt. Die Teilnehmer der Diskussion auf der Seite des Compact-Magazins schöpfen das Potential zu einem Viertel aus. Auf beiden Kanälen enthalten dabei über die Hälfte der Meinungsäußerungen keinen Zweifel. Einen Zweifel an der Verständlichkeit der Beiträge der anderen äußert jeweils ungefähr ein Prozent der Diskussionsteilnehmer, während jeweils 18 Prozent der Beteiligten einen Zweifel an der Wahrheit der Aussagen ihrer Diskussionspartner hat. Die Wahrhaftigkeit von Diskursteilnehmern oder anderen Akteuren der Thematik wird auf der Seite der Tagesschau in 15 Prozent der Fälle bezweifelt, auf dem Kanal des Compact-Magazins wird dieser Zweifel in 21 Prozent der Fälle erhoben. Einen Zweifel am Geltungsanspruch „Richtigkeit“ erheben jeweils 15 Prozent (Tagesschau) bzw. 7 Prozent (Compact) der Diskussionspartner gegenüber einem der Akteure der Thematik.

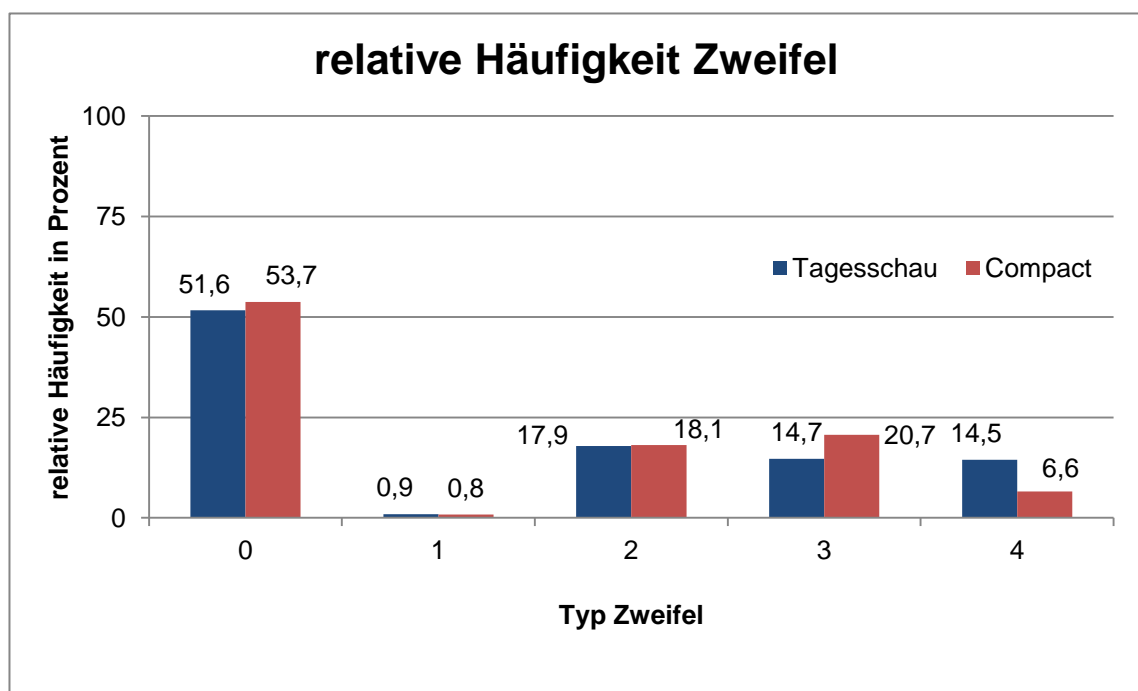


Abb. 15: relative Häufigkeit von Zweifeln in den untersuchten Beispieldiskussionen

### 6.2.3 Akteure der Diskussion

Um ein umfassendes Bild der Diskussionen auf den beiden Facebook-Kanälen zu bekommen, ist außerdem die Frage von Interesse, wer über wen spricht. Die Frage, wer spricht, ist komplex zu beantworten. Es können zwar nur Facebook-Nutzer an der Diskussion teilnehmen, aber um die genaue Zusammensetzung dieser Gruppe zu bestimmen, müssten alle beteiligten Nutzerprofile auf ihre soziodemografischen und psychografischen Merkmale hin untersucht werden. Eine solche Analyse ist nicht Gegenstand dieser Arbeit. Für die Frage, über wen gesprochen wird, wurden die angesprochenen Akteure in der Kategorie „Respekt“ und „Zweifel“ aufgelistet. Da in der

Kategorie „Respekt“ der Wert 3 keiner expliziten Respektsäußerung entspricht, wurden nur die Empfänger expliziter Beleidigungen oder explizit positiver Äußerungen aufgeführt. Bei den explizit negativen Respektsäußerungen (Typ 0) fällt auf, dass auf beiden Kanälen Diskussionsteilnehmer am häufigsten andere Teilnehmer des Diskurses beleidigen. 64 Prozent der negativen Respektsäußerungen bei der Tagesschau und 83 Prozent bei dem Compact-Magazin entfallen auf andere User. Andere Akteursgruppen werden ungefähr gleichermaßen selten Gegenstand von Beleidigungen. Die Häufigkeitsanteile liegen bei allen anderen Gruppen auf beiden Kanälen jeweils unter zehn Prozent. Auf der Seite der Tagesschau betreffen explizit negative Respektsäußerungen am zweithäufigsten die Gruppe der Flüchtlinge mit knapp acht Prozent und am dritthäufigsten die an den Krawallen beteiligten Bürger mit einem Anteil von rund sechs Prozent. Ungefähr vier Prozent der Beleidigungen entfallen zudem auf die Polizei. Auch auf dem Kanal des Compact-Magazins sind die Flüchtlinge die Akteursgruppe, die am zweithäufigsten beleidigt wird mit einem Anteil von rund vier Prozent. Darauf folgen die Türken und die Politik mit Anteilen von ca. 3 bzw. 2 Prozent. Bei den explizit positiven Respektsäußerungen auf dem Kanal der Tagesschau entfielen 4 von insgesamt 5 solcher Äußerungen auf Beiträge von anderen Nutzern. Ein Diskursteilnehmer formulierte ein explizites Lob für die Bautzener Bürger. Auf der Seite des Compact-Magazins entfallen 6 von 16 expliziten Respektsäußerungen auf Aussagen anderer Nutzer, 5 Äußerungen bewerten das Compact-Magazin explizit positiv.

Akteursgruppe	Tagesschau	Compact
andere Diskussionsteilnehmer	64,15%	82,49%
Flüchtlinge	7,55%	4,15%
beteiligte Bautzener Bürger	6,92%	1,38%
Polizei	4,40%	0,92%
Politik	0,63%	2,30%
Türken	0,00%	2,76%

Tab. 3: Akteursgruppen, auf die am häufigsten explizit respektlose Äußerungen entfallen

In der Kategorie „Zweifel“ wurden die betroffenen Akteure für die Zweifeltypen eins bis vier ausgewertet. Typ null entspricht keinem Zweifel, somit wird dort auch kein Akteur erwähnt. Ein Zweifel an Verständlichkeit von Aussagen (Typ 1) kommt in beiden Diskussionen insgesamt fünf Mal vor, jeweils vier Aussagen bezweifeln dabei die Verständlichkeit einer Meinungsäußerung eines anderen Nutzers. Wesentlich öfter zweifeln die Diskussionsteilnehmer die objektive Wahrheit von Aussagen an. Dabei betreffen 84 Prozent dieser Zweifel bei der Tagesschau und 96 Prozent der Zweifel auf der Seite des Compact-Magazins die Wahrheit der Aussagen von anderen Nutzern. Zudem stellen auf dem Kanal der Tagesschau 14 Prozent der Beteiligten die Wahrheit der Berichterstattung der Redaktion in Frage. Im Vergleich bezweifeln nur 3 Prozent der Beteiligten am Diskurs auf der Seite des Compact-Magazins die Wahrheit der Berichterstattung des rechtspopulistischen Mediums.

Akteursgruppe	Tagesschau	Compact
andere Diskussionsteilnehmer	84,04%	95,58%
Tagesschau	13,83%	0,00%
Compact-Magazin	0,00%	2,65%

Tab. 4: Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Wahrheit entfallen

Auch der Geltungsanspruch „Wahrhaftigkeit“ wird am häufigsten bei anderen Nutzern bezweifelt. 60 (Tagesschau) bzw. 70 Prozent (Compact) der hervorgebrachten Zweifel an der Wahrhaftigkeit betreffen einen anderen Nutzer. Auf dem Kanal der Tagesschau wird zudem von den Diskursteilnehmern die Glaubwürdigkeit der Tagesschau selbst in Frage gestellt (18 Prozent) sowie die der Polizei im Allgemeinen (14 Prozent). Die Wahrhaftigkeit von anderen Akteuren wird nur in Einzelfällen bezweifelt. Zu einem Anteil von ungefähr 12 Prozent wird die Glaubwürdigkeit der Leitmedien auf Seiten des Compact-Magazins angezweifelt, rund acht Prozent der Diskussionsteilnehmer unterstellen der Redaktion des Magazins selbst Unwahrhaftigkeit.

Akteursgruppe	Tagesschau	Compact
andere Diskussionsteilnehmer	59,74%	73,64%
Tagesschau	18,18%	0,00%
Compact-Magazin	0,00%	7,75%
Leitmedien	0,00%	12,40%
Polizei	14,29%	0,00%

Tab. 5: Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Wahrhaftigkeit entfallen

Eine etwas größere Differenzierung der angezweifelte Akteure findet sich in der Rubrik „Richtigkeit“. Nutzer des Tagesschau Diskussions-Threads bezweifeln am häufigsten die Richtigkeit der Politik (29 Prozent), der Äußerungen anderer Nutzer (24 Prozent) und die Handlungen der an den Krawallen beteiligten Bürger (16 Prozent). Von den Teilnehmern der Diskussion auf der Seite des Compact-Magazins bezweifeln nur 2 Prozent die Richtigkeit der Handlungen der beteiligten Bürger. Hier wird hingegen die Moral der Flüchtlinge zu einem Anteil von 12 Prozent hinterfragt. Die meisten Zweifel an der sozialen Richtigkeit von Aussagen und Handlungen betreffen hier jedoch die Politik mit 51 Prozent. Rund ein Fünftel der Zweifel am Geltungsanspruch „Richtigkeit“ gelten auch hier anderen Nutzern.

---

<b>Akteursgruppe</b>	<b>Tagesschau</b>	<b>Compact</b>
Politik	28,95%	51,22%
andere Diskussionsteilnehmer	23,68%	21,95%
beteiligte Bautzener Bürger	15,79%	2,44%
Flüchtlinge	3,95%	12,20%

Tab. 6: Akteursgruppen, auf deren Aussagen am häufigsten Zweifel an der Richtigkeit entfallen

## 7 Interpretation und Bewertung

### 7.1 Diskursqualität auf Facebook

Es müssen verschiedene Aspekte bewertet werden, wenn die Frage gestellt wird, ob auf Facebook ein Diskurs im Habermas'schen Sinne stattfindet. Zum einen sollen die Rahmenbedingungen der Online-Diskussion einer idealen Sprechsituation möglichst nahe kommen, zum anderen soll es sich bei der Diskussion um einen rationalen Diskurs handeln, bei dem allein Argumente über den Ausgang entscheiden.

In der Analyse der Rahmenbedingungen, die Facebook für eine Diskussion vorgibt, zeigt sich, dass diese nur in Teilen einer idealen Sprechsituation entsprechen. So zeichnet sich die Plattform durch eine prinzipielle thematische Offenheit aus und ermöglicht auch den zeitlich unbegrenzten Meinungs austausch so wie bei Habermas gefordert. Die Theorie strebt jedoch zusätzlich einen herrschaftsfreien Diskurs an, also eine Situation, in der alle Sprecher und Aussagen gleichwertig sind. Dazu müssen alle Teilnehmer ihre Aussagen vorbringen können, ohne beleidigt zu werden, außerdem dürfen keine Äußerungen priorisiert oder benachteiligt werden. In Bezug auf den respektvollen Umgang miteinander lässt sich festhalten, dass Facebook generell Möglichkeiten bietet, beleidigende Kommentare zu melden. Diese werden dann von Facebook geprüft und aus den Diskussionen gelöscht, sollte eine Beleidigung vorliegen. Facebooks Löschpolitik ist jedoch in Bezug auf vermehrte Hasspostings infolge der hohen Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 als zu schwach bzw. ungenau in die Kritik geraten. Bis Anfang 2016 wurden von Nutzern gemeldete Beiträge von den sogenannten „community operation teams“ in einer der Facebook-Zentralen in Dublin, Kalifornien, Texas oder dem indischen Hyderabad geprüft.<sup>232</sup> Da viele gemeldete Posts, die in Deutschland gesetzeswidrig wären, mit dem Verweis, sie würden nicht gegen die Facebook-Richtlinien verstoßen, im Netz sichtbar blieben, musste sich Facebook zudem dem Vorwurf stellen, es würde keine Muttersprachler zur Überprüfung von Posts engagieren.<sup>233</sup> Diese sind jedoch notwendig, um im Zweifelsfall den Zusammenhang zu erkennen, in dem konkrete Worte benutzt werden. Dies zeigte zuletzt der Fall von Boris Palmer, der 24 Stunden von Facebook gesperrt wurde, weil er in einem Post den Begriff „Mohrenkopf“ benutzte, obwohl er ihn klar als veraltet kennzeichnete und mit dem neuen Begriff „Chocolino“ verglich.<sup>234</sup>

---

<sup>232</sup> vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/facebook-neues-loesch-team-geht-gegen-hasskommentare-vor-a-1072175.html>; letzter Zugriff: 09.12.16.

<sup>233</sup> vgl. <http://www.zeit.de/digital/2015-09/facebook-merkel-hetzkommentare-hetze-loeschen>; letzter Zugriff: 09.12.16.

<sup>234</sup> vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/wegen-eines-mohrenkopf-posts-facebook-sperrt-tuebingens-ob-palmer-24-stunden-aus/14930666.html>; letzter Zugriff: 09.12.16.

Auf Druck von Seiten der deutschen Politik reagierte Facebook jedoch Anfang des Jahres 2016 und richtete eine zusätzliche Zentrale in Berlin ein, die den Kampf gegen fremdenfeindliche und rechtsextreme Hasspostings unterstützen sollte.<sup>235</sup> In Bezug auf die Habermas'sche ideale Sprechsituation ist das genaue Verfahren, nachdem Posts gelöscht werden, jedoch nicht der entscheidende Faktor. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass Facebook selbst nicht als Moderator von Diskussionen in Erscheinung tritt. Es ist den Nutzern selbst überlassen, beleidigende oder hetzende Posts zu melden oder strafrechtlich verfolgen zu lassen. Bei einigen Facebook-Seiten wie der Tagesschau übernehmen zwar auch die Betreiber der jeweiligen Diskussionskanäle eben jene Moderatorenrolle, indem sie nach rechtswidrigen oder verletzenden Kommentaren suchen und diese melden.<sup>236</sup> Dennoch sind auch diese Seitenbetreiber eigentlich Kunden von Facebook und damit nur sekundär verantwortlich dafür, rechtswidrige Inhalte zu löschen. Facebook sieht sich selbst jedoch nicht in der Pflicht, alle Inhalte zu kontrollieren, da sie nicht von den Mitarbeitern des Unternehmens verfasst wurden, sondern von externen Nutzern.<sup>237</sup> Der Konzern setzt also auf eine Art der Selbstregulierung durch die Nutzer, anstatt Verantwortung für die auf der Online-Plattform publizierten Inhalte zu übernehmen.

Die Ergebnisse aus der Diskussionsanalyse in Kapitel sechs zeigen, dass auf Facebook noch kein einheitlich respektvoller Umgang miteinander gefunden wurde. So enthielten ca. 30 Prozent der untersuchten Aussagen beider Diskussionen explizit respektlose Äußerungen. Eine große Mehrheit davon bezog sich auf andere Nutzer. Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass die Datenerhebung erst fünf Tage nach dem Erscheinen des Posts begonnen wurde, und somit genügend Zeit war, um beleidigende Kommentare zu löschen, scheint die Anzahl der explizit respektlosen Meinungsäußerungen recht hoch. Vereinzelt finden sich zwar Anhaltspunkte in den Kommentar-Threads, dass bereits Äußerungen mit respektlosem Inhalt entfernt wurden, so zum Beispiel wenn Bezugskommentare oder -antworten nicht mehr vorhanden sind, dennoch ist die Anzahl der beleidigenden Äußerungen immer noch beachtlich. Dies könnte jedoch auch mit der im Konzept des VOI eher unscharf gefassten Formulierung der „explizit respektlosen Äußerung“ zu tun haben. Bezeichnet ein Nutzer einen anderen Nutzer beispielsweise als „Aluhutträger“, dann ist das keine rechtswidrige Äußerung und anscheinend für Facebook eine zu schwache Beleidigung, als dass der Post gelöscht werden müsste. Trotzdem zeugt eine solche Äußerung nicht von einem respektvollen Umgang mit dem Gesprächspartner, wie Habermas ihn fordert, und wird daher nach den Kriterien des Index für Verständigungsorientierung als „explizit respektlose Äußerung“ gewertet. Zudem geht es Habermas darum, dass solche respektlosen Äußerungen gar nicht erst vorkommen, damit kein Diskursteilnehmer aus Angst vor Kränkung seine Meinung zurückhält. Facebook kann zwar durch das Löschen von

---

<sup>235</sup> vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/facebook-neues-loesch-team-geht-gegen-hasskommentare-vor-a-1072175.html>; letzter Zugriff: 09.12.16.

<sup>236</sup> vgl. <http://meta.tagesschau.de/richtlinien>; letzter Zugriff: 15.12.16.

<sup>237</sup> vgl. Maas: Facebook nimmt Nutzer nicht ernst genug. ZAPP – das Medienmagazin, 1:30 – 2:40 Min.

Kommentaren diese im Nachhinein verbieten, jedoch nicht das eigentliche Problem, nämlich dass einige Menschen enthemmt ihre Ansichten bekunden, unterbinden. Somit widerspricht die hohe Anzahl an respektlosen Äußerungen innerhalb der beiden Diskussionen klar Habermas' Prinzip einer idealen Sprechsituation.

Der Habermas'sche Grundsatz der Gleichwertigkeit von Personen und Aussagen bezieht sich ebenfalls darauf, dass alle Meinungsäußerungen gleich behandelt werden sollen. Die Plattform Facebook entspricht dieser Forderung insofern, als dass sie keine Aussagen personengebunden priorisiert oder abwertet. Ein Kommentar von einem Politiker ist grundsätzlich genauso viel wert wie der einer Privatperson aus der Bürgerschaft. Dennoch werden innerhalb der Diskussionen die einzelnen Kommentare und Antworten durch den „Top-Comment“-Algorithmus bewertet und sortiert. Ein Kommentar, der besonders viele Reaktionen erzeugt, erscheint weiter oben in dem Kommentar-Thread, als einer, der wenige Reaktionen erzeugt. Durch die gut sichtbare Platzierung im Kommentar-Thread kann der Kommentar dann wiederum mehr Antworten generieren. Andersherum wird einem Kommentar, der nicht kurz nach seinem Erscheinen direkt beantwortet wird, durch eine schlechtere Platzierung im Thread die Möglichkeit genommen, sein Potential voll zu entfalten. So besteht bei Facebook zwar kein Priorisierungssystem anhand von Personen, Themen oder Meinungsrichtungen aber eins, dass durch Interaktionsraten bestimmt wird. Prinzipiell könnte nun argumentiert werden, dass sich so Aspekte in der Diskussion durchsetzen, die besonders umstritten sind und daher auch intensiver verhandelt werden müssen. Bei dem Algorithmus handelt es sich jedoch nicht um ein System, das anhand der diskursiven Qualität eines Kommentars sortiert. So besteht die Möglichkeit, dass es provokanten Meinungsäußerungen leichter gemacht wird, in der Fülle der Kommentare gelesen zu werden. Durch die Provokation lösen sie eine Flut von Antworten aus. Selbst wenn sich diese Antworten gegen die im Kommentar vertretene Meinung richten, wird der Kommentar weiter oben im Thread angezeigt und damit für mehr Menschen sichtbar, weil der Facebook-Algorithmus eine hohe Interaktionsrate aufspürt. Diese Denkrichtung unterstützen auch die in den beiden Beispieldiskussionen vorgefundenen Kommentar/Antwortverhältnisse. Lediglich ein Sechstel bzw. ein Fünftel der Kommentare wurden generell beantwortet. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass fünf Sechstel bzw. vier Fünftel der Kommentare keine Antwort bekamen. Der meistbeantwortete Kommentar auf der Seite der Tagesschau bekam hingegen 99 Antworten, auf der Seite des Compact-Magazins konnte ein Kommentar sogar 199 Antworten auslösen. Es werden also nur wenige der Kommentare intensiv diskutiert, viele bleiben ohne Reaktion und „verschwinden“ am Ende des Kommentar-Threads. So kann auch unter diesem Kriterium Facebook als Diskursplattform nicht die von Habermas geforderten Standards erfüllen. Allein die Tatsache, dass es ein Bewertungs- und Sortierungssystem für Meinungsäußerungen gibt, widerspricht den Vorstellungen eines zwanglosen Diskurses. Dass dieses System nun aber unter anderem besonders provokante Meinungen bzw. solche, über die bereits viel gesprochen wird, favorisiert, untergräbt zudem die demokratische Forderung nach Meinungspluralismus und Gleichwertigkeit von Meinungen. Möchte ein Beteiligter oder eine Gruppe von Beteiligten seine bzw. ihre Meinung bei Facebook durchsetzen, so herrscht nicht der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“, sondern die Maxime einen Kommentar zu schreiben, der möglichst viel Aufmerksamkeit und Interaktionen erreicht. So handelt es sich bei diesen

Online-Diskussionen auch nicht um machtfreie Diskurse wie in der Habermas'schen Theorie beschrieben, sondern um Diskussionen, deren zumindest oberflächliches Meinungsbild stark in eine Richtung gelenkt werden kann, wenn der Algorithmus entsprechend bedient wird.

Eine andere Frage ist die der Öffentlichkeit der Diskurse. Wie in den vorigen Kapiteln herausgearbeitet, muss ein Diskurs nach Habermas für jeden zugänglich sein, damit er öffentlich ist und beanspruchen kann zur öffentlichen Meinung beizutragen. Zwar sind Facebook-Diskussionen auf öffentlichen Seiten prinzipiell jedem zugänglich, dennoch gibt es auch hier wie in Kapitel vier besprochen einige technische Einschränkungen. Neben diesen offensichtlichen Zugangsbarrieren gibt es jedoch weitere von Facebook geschaffene Faktoren, die die Öffentlichkeit von Beiträgen einschränken. So wird einem Nutzer ein Post mitsamt der entsprechenden Diskussion nur in seinem Newsfeed angezeigt, wenn er die Urheber-Seite abonniert hat oder ein Facebook-Freund auf den entsprechenden Post reagiert. In Deutschland waren im Jahr 2013 knapp 62 Millionen Menschen wahlberechtigt.<sup>238</sup> Den Facebook-Kanal der Tagesschau haben davon (angenommen es seien nur deutsche Abonnenten) rund 1,5 Prozent der Bürger geliked und damit abonniert, den des Compact-Magazins nur ungefähr 0,1 Prozent der Bevölkerung. So erreichen die Posts und die damit verbundenen Diskussionen primär nur einen kleinen Bruchteil der deutschen Wählerschaft, obwohl die Möglichkeit besteht, dass durch hohe Interaktionsraten ein Beitrag einem wesentlich größeren Publikum angezeigt wird. Zudem nehmen Algorithmen auch hier Einfluss darauf, wem welche Beiträge angezeigt werden. Nutzer, die regelmäßig auf Posts von der Tagesschau oder dem Compact-Magazin klicken, bekommen öfter deren Beiträge angezeigt. Nutzer, die die Seite zwar abonniert haben, jedoch nicht mit den Beiträgen interagieren, bekommen weniger davon angezeigt. Genauso werden Nutzer unterschiedlich stark über neue Beiträge, Kommentare oder Antworten auf einer Seite je nach ihrem Interaktionsverhalten informiert. Nutzer, die oft auf einem Kanal aktiv sind, werden noch stärker auf neue Inhalte hingewiesen und so weiter zur Teilnahme motiviert. Nutzer, die weniger aktiv sind, bekommen auch nur weniger Hinweise auf neue Posts. Aus diesen Aspekten kann der Schluss gezogen werden, dass Facebook-Posts sich (zumindest in diesen beiden Fällen) nur an eine kleine Teilöffentlichkeit richten. Der Anteil der Nutzer, der an den Diskussionen teilnimmt, ist meistens entsprechend noch geringer. Die hier untersuchten Beispieldiskussionen können also nicht den Anspruch auf Öffentlichkeit im Habermas'schen Sinne erheben.

Die Rahmenbedingungen für politische Diskurse auf der Plattform Facebook entsprechen also nur sehr eingeschränkt der von Habermas beschriebenen idealen Sprechsituation. Jedoch schreibt auch Habermas selbst wie in Kapitel zwei dargestellt, dass diese Situation in einem realen Diskurs kaum vorhanden sein wird. Er fordert lediglich, die Gesprächsteilnehmer müssten entgegen der Realität annehmen, in einer solchen idealen Situation zu diskutieren, damit ein wahrer Diskurs zustande kommen kann. So

---

<sup>238</sup> vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/>; letzter Zugriff: 09.12.16.



lohnt sich zur Beantwortung der Frage, ob und in wie weit es auf Facebook zu politischen Diskursen kommt trotz der nur teilweise erfüllten idealen Sprechsituation, ein Blick auf die Diskursqualität der Beispieldiskussionen. Obwohl Facebook in Form von Algorithmen auf die Darstellung der Diskurse Einfluss nimmt, könnten die Teilnehmer dennoch einen hochwertigen Diskurs führen, indem sie rational argumentieren.

Bei der Auswertung der Diskursqualität nach dem Index für Verständigungsorientierung fällt auf, dass in beiden Beispieldiskussionen das Diskurspotential nur zu knapp einem Drittel ausgenutzt wird. Diese Zahl alleine ist nur bedingt aussagekräftig, erst durch das Untersuchen der einzelnen Aspekte kann eine konkrete Aussage getroffen werden. Rationale Argumente sind bei Habermas grundlegend und existentiell für einen Diskurs. Die Teilnehmer sollen nicht bloß ihre Meinung äußern, sondern müssen diese auch begründen. In der Kategorie „Begründung“ kann nun festgestellt werden, dass in beiden Diskussionen über 50 Prozent der veröffentlichten Meinungsäußerungen keine Begründung enthalten. Über die Hälfte aller bewerteten Aussagen tragen also nicht zu einem rationalen Diskurs bei. Der Anteil der Aussagen, die eine oder mehrere konkrete Begründungen enthalten, liegt zwischen 15 und 25 Prozent. Dass nur ungefähr ein Fünftel der Beteiligten mit konkreten Fakten argumentiert, kann zum einen auf eine schlechte Informiertheit der Diskursteilnehmer hindeuten, zum anderen kann es auch die These einer Verschiebung der Diskussionskultur ins Postfaktische stützen. Dabei wird der Begriff hier nicht so verstanden, dass es Beteiligten egal ist, ob mit einer Lüge oder der Wahrheit argumentiert wird, sondern dass Fakten an Einfluss auf die Meinungsbildung verlieren.<sup>239</sup> Gefühle und persönlicher Glauben treten an die Stelle von sachlichen Argumenten und emotionalisieren die politische Debatte.<sup>240</sup> Gerade wenn ein Thema bereits emotional aufgeladen ist wie das der Flüchtlinge, besteht die Gefahr, dass Diskussionen schnell in eine solche Richtung driften. Anstelle eines rationalen Diskurses findet dann eine emotionalisierte Meinungsdarstellung statt. Diese These wird auch durch die Ergebnisse in den restlichen Kategorien der VOI-Bewertung gestützt. Neben der Kategorie „Begründung“ ist die Kategorie „Zweifel“ von Bedeutung, wenn es um die Beurteilung der Diskursivität eines Gesprächs geht. Mit dem Mittel des Zweifels können Diskursteilnehmer ausdrücken, dass sie den Geltungsanspruch eines Arguments nicht erfüllt sehen. Das Verhandeln über strittige Geltungsansprüche ist zentral in der Habermas'schen Diskurstheorie. Allerdings enthalten auch in dieser Kategorie jeweils über 50 Prozent der Meinungsäußerungen keinen Zweifel und verzichten damit auf ein wichtiges diskursives Element. Das bedeutet, dass viele der hervorgebrachten Argumente und Meinungen von anderen Diskursteilnehmern nicht hinterfragt oder diskutiert werden. Auch die Ergebnisse aus diesem Bewertungspunkt unterstreichen den Eindruck, dass es sich bei den beiden Beispieldiskussionen eher um ein Zusammentragen von Einzelmeinungen handelt, als um eine kritische Auseinandersetzung mit einem Thema. Diese These wird zudem durch das Verhältnis von

---

<sup>239</sup> vgl. <https://www.welt.de/kultur/article160136912/Was-Sie-ueber-das-Wort-des-Jahres-wissen-muessen.html>; letzter Zugriff: 10.12.16.

<sup>240</sup> vgl. <https://en.oxforddictionaries.com/definition/post-truth>; letzter Zugriff: 10.12.16.

Meinungsäußerungen pro Diskursteilnehmer gestützt. Bei beiden untersuchten Diskussionen schrieben über zwei Drittel der Teilnehmer jeweils nur eine Aussage zu dem Thema. Jeweils ein gutes Fünftel der Diskursteilnehmer äußerte zwei- bis fünfmal ihre Meinung in der Diskussion. So zeichnet sich ein Bild einer großen Diskussionsrunde, in der die Teilnehmer dazu tendieren, einmal ihre Meinung zu äußern, dann aber nicht weiter auf andere Argumente einzugehen. Auch in der Kategorie „Lösungsvorschläge“ weist nur ein Bruchteil der analysierten Aussagen einen Vorschlag zur Problembearbeitung auf. Ungefähr 95 Prozent aller Äußerungen bleiben ohne Lösung. Dies kann zum einen von der Beschaffenheit des Themas herrühren, da es nicht explizit nach einer Lösung verlangt. Die beiden Posts informieren über eine Situation und darüber, wie diese von der Polizei gelöst wurde. Eine konkrete Fragestellung tritt in Folge dieses Themas nicht auf. Eine andere Erklärung wäre, dass die Diskussionsteilnehmer nicht an dem Finden einer Lösung interessiert sind. Sie nutzen den Kanal um ihre Meinung kundzutun, aber nicht um gemeinsam mit den anderen Beteiligten eine Lösung zu finden. So stellt sich auch die Frage danach, ob in den Diskussionen eine Konsensmeinung gefunden wird, neu. Zwar muss ein Konsens keine Problemlösung enthalten, sondern könnte auch in dem gemeinschaftlichen Finden eines moralischen Urteils in Bezug auf eine Tat bestehen, jedoch bleibt es bei der bereits festgestellten geringen Diskursivität fraglich, ob in den Kommentar- und Antwort-Threads Konsense gefunden werden.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die untersuchten Beispieldiskussionen kaum den Habermas'schen Ansprüchen an einen Diskurs gerecht werden. Die Chancen, die die Online-Plattform durch ihre thematische Offenheit und die theoretisch unbegrenzte Fortsetzbarkeit von Diskursen bietet, werden von negativen Effekten, die durch die technische Struktur der Plattform entstehen, zu großen Teilen überlagert. So bietet die Plattform zum einen unzureichenden Schutz vor herabwertenden Kommentaren, zum anderen greift sie aktiv in die Darstellung der Diskussionen durch Algorithmen ein, die Meinungsäußerungen anhand ihrer Interaktionsrate sortieren und damit bewerten. Zudem zeigt sich in den konkret analysierten Beiträgen, dass Meinungsäußerungen oft nicht begründet werden, sowie dass nur in der Hälfte der Fälle Geltungsansprüche angezweifelt werden. Auch verfasst die Mehrheit der Diskursteilnehmer jeweils nur eine Stellungnahme und nimmt danach nicht aktiv weiter an der Diskussion teil. So weisen die Gespräche, die in den Kommentar-Threads entstehen, nur wenige diskursive Merkmale auf und entsprechen damit nicht den Forderungen von Habermas an einen Diskurs. Die Frage, ob in den Threads Konsense gebildet werden, lässt sich aus der vorhandenen Untersuchung nicht direkt ableiten. Durch den wenig diskursiven Charakter der Gesprächssituationen liegt aber die Vermutung nahe, dass die Teilnehmer die Plattform eher nutzen, um ihre Meinung darzustellen, als sich eine Meinung durch abwägende Diskussion zu bilden. Ist der Wille zu einer Meinungsüberprüfung und gegebenenfalls -änderung bei nur wenigen vorhanden, so wird es auch zu keinem Konsens kommen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn der Begriff streng im Habermas'schen Sinne aufgefasst wird, weil dann alle Diskursteilnehmer einer Meinung sein müssten. Zuletzt bleibt festzustellen, dass die Diskussionen nur in kleinen Teilöffentlichkeiten geführt werden und von der Mehrheit der Bevölkerung in den meisten Fällen nicht wahrgenommen werden. So können Facebook-Diskussionen zwar ein Mittel zur Meinungs- und Willensbildung sein, zur im Ha-

bermas'schen Sinne öffentlichen Meinung tragen sie aber nicht bei, da sie nur von einer sehr kleinen Bevölkerungsgruppen effektiv geführt werden.

## 7.2 Kommunikations- und Diskussionsverhalten

Die zweite Forschungsfrage betrifft das Kommunikationsverhalten auf den einzelnen Facebook-Kanälen. Sie hinterfragt, ob auf einem Facebook-Kanal der etablierten Medien anders diskutiert wird als auf einem, der von einem Medium der Gegenöffentlichkeit betrieben wird. Unterschiede könnten sowohl auf inhaltlicher Ebene als auch auf der diskursformalen Ebene zu finden sein, daher müssen diese beiden Aspekte berücksichtigt werden.

Auf formaler Ebene fällt zunächst einmal auf, dass zu dem Post des Compact-Magazins mehr Meinungsäußerungen geschrieben wurden. Auch wenn sich die Kommentar- und Antwortzahlen nur um knapp 70 Äußerungen unterscheiden, ist dies dennoch eine relevante Beobachtung, da die Abonnentenanzahl des Compact-Magazins nur um etwa ein Zehntel so groß ist wie die der Tagesschau. Ein ähnliches Verhältnis zeichnet sich ab, wenn die Teilnehmerzahl der jeweiligen Diskussionen verglichen wird. Auf dem Kanal der Tagesschau kommentierten und beantworteten ca. 450 Menschen den Post, auf der des Compact-Magazins ungefähr 500. Daraus lässt sich schließen, dass der Post des Compact-Magazins Menschen eher dazu motiviert, eine Meinung öffentlich zu vertreten. Die Folgerung, dass die Abonnenten des Compact-Magazins generell kommentierfreudiger sind als die des Tagesschau-Kanals, lässt sich aus den Zahlen nur bedingt ableiten, da nicht untersucht wurde, ob die Diskursteilnehmer auch Abonnenten der Stammseite sind, oder ob sie auf andere Art auf den Post aufmerksam geworden sind. Fest steht, dass das Compact-Magazin bei einem kleineren Stammpublikum mehr Menschen sowohl im absoluten als auch im relativen Verhältnis zu einer Meinungsäußerung animieren konnte. Vergleicht man den im Originalpost vorhandenen Textteil, so findet man bei der Tagesschau eine sachlich formulierte Nachricht, bei dem Compact-Magazin eine reißerische eigene Interpretation der Ereignisse.<sup>241</sup> Die Zahlen können also auch als Anhaltspunkt dafür gesehen werden, dass sich provokante Meinungen im Netz besser durchsetzen bzw. eher zu einer Reaktion anregen als sachlich gehaltene Informationen. Der Vollständigkeit halber sollte hier jedoch auch erwähnt werden, dass der analysierte Post auf dem Kanal des Compact-Magazins der einzige Post zu dem Thema „Krawalle in Bautzen“ war. Auf dem Kanal der Tagesschau folgten drei weitere Posts mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten zu dem Thema. So kann es sein, dass einige Menschen, die ihre Meinung zu den Auseinandersetzungen äußern wollten, dies im Kommentar-Thread eines anderen Posts getan haben.

---

<sup>241</sup> vgl. Screenshots der Originalposts, S. 49f.

Eine andere Beobachtung aus der Social Media Analyse betrifft die Potentialausschöpfung sowohl für den gesamten Diskurs als auch für die einzelnen Unteraspekte. So wurde auf beiden Kanälen das Diskurspotential zu gleichen Teilen ausgeschöpft. Es kann also kein Unterschied in der Qualität der Gesamtdiskussionen festgestellt werden. Die einzelnen diskursiven Elemente „Begründung“, „Lösungsvorschlag“, „Respektsäußerung“ und „Zweifel“ werden ebenfalls nur marginal unterschiedlich oft verwendet. Dementsprechend finden sich auch hier jeweils sehr ähnliche Prozentsätze der Potentialausnutzung. Dies deutet darauf hin, dass es einheitliche Diskussionsweisen im Netz gibt, egal ob die Diskussionen auf der Seite eines etablierten Mediums oder auf der Seite eines Mediums der Gegenöffentlichkeit geführt werden. Der Online-Meinungsaustausch scheint generell nur wenig diskursiv. Wer im Internet seine Meinung äußert, tut dies nicht primär, um mit anderen ein Gespräch darüber zu führen, sondern um seine Meinung darzustellen. Diese Tendenz ist zumindest in den beiden Beispieldiskussionen gleich stark vertreten. Ob anhand dieser Ergebnisse eine These aufgestellt werden kann, die alle politischen Facebook-Diskussionen betrifft, müsste durch weitere Untersuchungen überprüft werden.

Bei der Analyse der direkt adressierten Akteure fällt auf inhaltlicher Ebene auf, dass in den Kategorien „Respekt“ sowie „Zweifel an der Wahrheit“ und „Zweifel an der Wahrhaftigkeit“ Nutzer ihre Vorredner am häufigsten respektlos behandeln, die von ihnen genannten Fakten bezweifeln oder ihre Wahrhaftigkeit in Frage stellen. In der Kategorie „Zweifel Wahrheit“ ist dies ein Indiz, dass Nutzer die Aussagen anderer Gesprächsteilnehmer kritisch hinterfragen und versuchen die objektiven Fakten richtig zu stellen. Das ist ein wichtiges Element eines Diskurses und kann ihn inhaltlich durchaus voran bringen. Dass jedoch in einem Online-Diskurs, in dem sich die Teilnehmer nicht persönlich kennen, sowohl Zweifel an der Wahrhaftigkeit als auch Beleidigungen auf persönlicher Ebene vorkommen, ist weniger diskursfördernd. Habermas schreibt, dass ein Zweifel an der Wahrhaftigkeit am besten durch Beobachten der Wirklichkeit überprüft werden kann.<sup>242</sup> Ob ein Individuum sich aufrichtig verhält oder trügerische Absichten verfolgt, kann in letzter Instanz also nur durch längere Beobachtung geklärt werden. Im Online-Diskurs hingegen kennen sich die Teilnehmer in den meisten Fällen nicht. Trotzdem bezeichnen Einige ihre Gesprächspartner als „Trolle“, „Aluhutträger“ oder „Bezahlte von Merkel“. Diese schnelle Verurteilung von Menschen sowie die teilweise dazukommenden Beleidigungen stützen die These von einer enthemmten Diskussionskultur im Netz. Da der persönliche Eindruck des Gegenübers fehlt, verringert sich der respektvolle Umgang im Miteinander.<sup>243</sup> Nutzern wird ohne konkrete Grundlage Unaufrichtigkeit unterstellt oder sie werden beleidigt. Auffällig ist zudem, dass viele Diskussionsteilnehmer eher einen anderen Nutzer für das, was er gesagt hat, kritisieren, als dass sie themenbezogen die Handlungen der Akteure des unmittelbaren Geschehens in Frage stellen. Es scheint bei den Diskursen also nicht nur um das

---

<sup>242</sup> vgl. Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1, S. 42.

<sup>243</sup> vgl. Pötzsch: Untersuchung des Einflusses von wahrgenommener Privatsphäre und Anonymität auf die Kommunikation in einer Online-Community. S. 6.

politische Thema direkt zu gehen, sondern immer auch um die Darstellung der eigenen Meinung und wie diese von den anderen Diskussionsteilnehmern wahrgenommen wird.

In den Diskussionsmustern auf beiden Kanäle lassen sich jedoch auch Unterschiede je nach politischer Ausrichtung feststellen. Allerdings gehen diese nicht so deutlich aus den Zahlen hervor wie die vorigen Erkenntnisse. In der Kategorie „Zweifel Richtigkeit“, in der es um moralische Normen und Grundsätze geht, wird unter anderem hinterfragt, ob die Flüchtlinge bzw. die beteiligten Bautzener Bürger in der Situation richtig gehandelt haben. Auf der Seite der Tagesschau finden sich mehr Nutzer, die die Motive der beteiligten Bürger anzweifeln als die der Flüchtlinge. Auf der Seite des Compact-Magazins hingegen werden die Beweggründe der Flüchtlinge kritisch gesehen, während die der beteiligten Bürger kaum angezweifelt werden. Einige Male werden diese sogar explizit für ihr Handeln und ihren Einsatz gelobt. Diese Tendenzen lassen sich zum einen auf das Stammklientel der jeweiligen Seiten zurückführen, zum anderen jedoch auch auf die stark einseitige Berichterstattung im Post des Compact-Magazins. Während das Video der Tagesschau darstellt, dass es sowohl von den Flüchtlingen als auch von den beteiligten Bürgern moralisch und rechtlich falsche Handlungen gab, zitiert das Compact-Magazin nur die Passagen des Polizeisprechers, in denen er von dem Fehlverhalten der Flüchtlinge spricht.<sup>244</sup> Eine weitere inhaltlich politische Beobachtung betrifft die Thematik der „Lügenpresse“. Dabei fällt auf, dass die Diskursteilnehmer auf der Seite der Tagesschau deutlich kritischer mit „ihrem“ Medium umgehen. Sowohl die Wahrheit als auch die Wahrhaftigkeit der Darstellungen der Redaktion der Tagesschau werden im Diskurs auf dem Facebook-Kanal der Tagesschau deutlich häufiger angezweifelt, als der Text des Compact-Magazins von seinen Lesern kritisch diskutiert wird. Zudem können in der Diskussion auf der Seite des Compact-Magazins zusätzlich Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Leitmedien festgestellt werden. Es herrscht also sowohl unter den Diskursteilnehmern auf der Seite der Tagesschau als auch auf der des Compact-Magazins ein Misstrauen den etablierten Medien gegenüber. Der Post des Compact-Magazins hingegen wird entgegen seiner tendenziösen Berichterstattung kaum kritisch hinterfragt. Während in der Diskussion auf der Tagesschau-Facebook-Seite also die redaktionelle Arbeit sowohl auf objektive Sachverhalte hin sowie auf subjektive Eindrücke hin kritisch besprochen wird, wird auf der Seite des Compact-Magazins der gepostete Inhalt kaum angezweifelt. Auf Seiten des Compact-Magazins wird sogar eher die Vertrauenswürdigkeit der Leitmedien als die der eigenen Presse bezweifelt. Dies deutet auf eine festgelegte politische Überzeugung unter den Compact-Magazin-Anhängern hin, die nicht hinterfragt wird und nicht zur Debatte steht.

Bei dem Vergleich des Kommunikations- und Diskussionsverhaltens der beiden Facebook-Kanäle treten also zusammengefasst Unterschiede in inhaltlichen und diskursformalen Aspekten auf, qualitativ unterscheiden sich sie Diskurse jedoch kaum. Inhaltliche Unterschiede betreffen zum einen die Frage, welche Personengruppe in der

---

<sup>244</sup> vgl. <https://www.facebook.com/Compact.Magazin/posts/1269768616405421:0>; letzter Zugriff: 15.12.16.

Situation vom Abend des 14. Septembers richtig gehandelt hat, zum anderen die Frage, welchem Medium mehr Glaubwürdigkeit geschenkt wird. Mit welcher politischen Gesinnung ein Thema diskutiert wird, hängt also von der politischen Ausrichtung der Seite ab. Nutzer reagieren eher auf einen Beitrag, der ihrer eigenen Gesinnung entspricht, als dass sie auf einer anderen Seite gegen die dort vorherrschende Meinung argumentieren.<sup>245</sup> So schließen sich Nutzer mit rechter Gesinnung der Darstellung des Compact-Magazins an, Nutzer, die eine differenziertere Darstellung präferieren, diskutieren auf der Seite der Tagesschau. Der größte Unterschied beider Diskussionen besteht darin, dass auf der Seite des Compact-Magazins die relative Reaktionsrate auf den Originalpost deutlich höher ist als auf der Seite der Tagesschau. Das deutet darauf hin, dass provokante Posts eher Aufmerksamkeit erregen und Reaktionen herbeiführen als neutrale informative Posts. Qualitativ existieren kaum Unterschiede zwischen der Diskussion auf der Facebook-Seite der Tagesschau und der des Compact-Magazins. Zudem ist beiden Kanälen eine Tendenz zu einer ungehemmten auf der persönlichen Ebene ausgetragenen Diskussion gemein.

### **7.3 Anwendbarkeit des Index für Verständigungsorientierung**

Abschließend soll zudem die Anwendbarkeit des Index für Verständigungsorientierung auf Facebook-Diskussionen besprochen werden. Da diese Methode bis jetzt nur für die Analyse von Presstexten in den Printmedien sowie offiziellen Facebook-Posts von Parteien verwendet wurde, stellt sich die Frage, ob sie auch auf wesentlich kürzere Texteinheiten wie Facebook-Kommentare anwendbar ist, die nicht von professionellen Öffentlichkeitsarbeitern verfasst wurden. Angesichts der vielschichtigen Ergebnisse der Analyse kann generell von einer guten Anwendbarkeit des Index für Verständigungsorientierung auf Facebook-Diskussionen gesprochen werden. Allerdings sollten für weitere Untersuchungen von Online-Diskussionen einige Punkte ergänzt werden bzw. neu definiert werden.

So kommt es in Online-Diskussionen oft vor, dass Nutzer Fragen zu bestimmten Sachverhalten äußern, ohne damit andere Aussagen anzuzweifeln. Diese Fragen können für einen Diskurs durchaus nützlich sein, fallen aber oft durch das Raster des Index für Verständigungsorientierung. Hier müsste das Analysesystem für weitere Untersuchungen verbessert werden. Des Weiteren sind einige Online-Kommentare ironisch oder sarkastisch verfasst. Dies ist bei der Codierung jedoch nur in beschränktem Maße beurteilbar und wird von Individuum zu Individuum verschieden interpretiert. Hier müssten Kriterien entwickelt werden, um die intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Reproduzierbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

---

<sup>245</sup> vgl. Schmidt: Social Media. S. 63f.

Von besonderem Interesse ist im Bereich der Online-Diskussionen die Respektskategorie des VOI, da die Auseinandersetzungen im Netz immer wieder durch Hetze und Beleidigungen auffallen. In diesem Zusammenhang sollte der Begriff einer „explizit respektlosen Äußerung“ genauer definiert und weiter ausdifferenziert werden. Denn zwischen unfreundlichen, persönlich verletzenden oder sogar volksverhetzenden Aussagen besteht ein deutlicher (rechtlicher) Unterschied. Wenn diese Aussagen alle in einer Kategorie zusammengefasst werden, ergibt die Analyse wie in diesem Fall ein Ergebnis, dass viele „respektlose Äußerungen“ misst. Um aber zu verstehen, was genau in solchen Diskursen besprochen wird und in welchem Ton diese Themen diskutiert werden, benötigt es eine klare Ausdifferenzierung dieser Aspekte. So könnten Diskussionen mit eindeutig hetzenden Meinungsäußerungen von solchen getrennt werden, in denen die Gesprächsteilnehmer lediglich ihrem Ärger bestimmten politischen Themen gegenüber Luft machen wollen.

Zudem könnte in der Kategorie „Begründungen“ analysiert werden, mit welchen Quellen die Diskursteilnehmer ihre Aussagen belegen. Dies würde ein erweitertes Bild der Informationsbeschaffung zeichnen. Außerdem wäre es so möglich einzuordnen, wie viele der Begründungen auf seriösen Informationen beruhen. Gerade mit der verstärkten Verbreitung von Fake-News könnte so ein Einblick gewonnen werden, inwiefern diese Einzug in die tatsächlichen politischen Debatten im Netz erhalten. Bereits in dieser Analyse wurden immer wieder Äußerungen identifiziert, die mit deutlich unseriösen Quellen bis hin zu Verschwörungstheorien belegt wurden. Die Methode des Index für Verständigungsorientierung sieht hier jedoch nicht vor, in der Bewertung nach seriösen oder unseriösen Begründungen zu differenzieren. In einem idealtypischen Diskurs wäre dies auch nicht nötig, da andere Diskursteilnehmer fehlerhafte Argumente anzweifeln und widerlegen würden. In einem Online-Diskurs jedoch, der nur eine kleine Teilöffentlichkeit an gleichgesinnten Menschen erreicht, ist dies nicht unbedingt zu erwarten. So wäre es interessant zu hinterfragen, welche Teilnehmer von Facebook-Diskussionen ihre Informationen woher beziehen und wie diese eventuell verknüpft sind.

## 8 Diskussion

Wenn man die Ergebnisse dieser exemplarischen Untersuchung sowohl in Zusammenhang stellt mit dem wissenschaftlichen als auch dem öffentlichen Diskurs, der zurzeit über die Meinungsbildung in sozialen Netzwerken geführt wird, ergeben sich interessante Parallelen. Es finden sich einige Arbeiten, die bescheinigen, dass Online-Diskussionen auf hohem Argumentationsniveau geführt werden können wie die Untersuchungen von Frieß<sup>246</sup> und die von Thimm/Einspänner/Dang-Anh<sup>247</sup>. Die meisten Veröffentlichungen kommen jedoch zu einem anderen Schluss. Facebook-Diskussionen weisen oft nur wenige diskursive Merkmale auf und werden daher eher zu Plätzen der eigenen Meinungsdarstellung als zu Räumen des kontroversen Meinungs austauschs. Im konkreten Bezug auf Facebook-Kommentar-Threads wird festgestellt, dass sich die Kommentare kaum aufeinander beziehen und jeder Teilnehmer ungeachtet der anderen Kommentare seine Meinung schreibt.<sup>248</sup> Dies entspricht kaum einem echten Diskurs, vielmehr müsste von „Fragmenten der Meinungs- und Eindrucksäußerung“<sup>249</sup> gesprochen werden. Gleichermäßen beschreibt auch Han, dass der rationale politische Diskurs keinen Bestand mehr hat. Das politische Subjekt würde sich in das private Subjekt verwandeln.<sup>250</sup> Und auch der Blogger und Journalist Sascha Lobo kommt in seiner Kolumne für Spiegel Online zu dem Schluss: „Da ist so viel Meinung in den sozialen Medien, es würde für zwei, drei, viele Internette reichen.“<sup>251</sup> Die ganze politische Online-Kommunikation könnte womöglich von Meinungen und subjektiven Beiträgen dominiert sein.<sup>252</sup>

Eine Tendenz hin zu subjektiven Äußerungen und einer enthemmten Kommunikation konnte in Bezug auf Online-Diskussionen schon mehrfach festgestellt werden. Bereits in den 90er Jahren wurde die Cues-Filtered-Out-Theorie für computervermittelte Kommunikation aufgestellt. Sie besagt unter anderem, dass durch diese Art von Kommunikation soziale Hinweisreize verloren gehen. Dies fördert Verhaltensweisen, die nicht den gesellschaftlichen und sozialen Normen entsprechen.<sup>253</sup> In einer Studie des Munich Digital Institute aus dem Januar 2016 stellten 70 Prozent der befragten Facebook-Nutzer eine zunehmende Aggressivität bzw. Emotionalität in politischen Diskus-

---

<sup>246</sup> vgl. Frieß: Online-Kommunikation im Lichte deliberativer Theorie. Ein forschungsleitendes Modell zur Analyse von Online-Diskussionen. S. 160.

<sup>247</sup> vgl. Thimm et al.: Politische Deliberation Online. Twitter als Element des politischen Diskurses. S. 302.

<sup>248</sup> vgl. Ragaly: Nebenwirkungen der digitalen Modernisierung politischer Öffentlichkeit. S. 365f.

<sup>249</sup> ebd.

<sup>250</sup> vgl. Han: Digitale Rationalität und das Ende des kommunikativen Handelns. S. 7ff.

<sup>251</sup> <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/diskussionen-im-netz-von-der-verlorenen-kunst-den-halben-weg-mitzugehen-a-1110188.html>; letzter Zugriff: 18.12.16.

<sup>252</sup> vgl. Ragaly: Nebenwirkungen der digitalen Modernisierung politischer Öffentlichkeit. S. 366.

<sup>253</sup> vgl. Pötzsch: Untersuchung des Einflusses von wahrgenommener Privatsphäre und Anonymität auf die Kommunikation in einer Online-Community. S. 6.



sionen fest.<sup>254</sup> Ein ähnliches Bild zeigen die Ergebnisse explorativer Gruppendiskussionen an der Universität Leipzig. Hier wurden die Tendenzen zu persönlichen Beleidigungen und thematischer Oberflächlichkeit der Diskussionen als Gründe dafür identifiziert, weshalb sich die Teilnehmer kaum an politischen Facebook-Diskussionen beteiligen.<sup>255</sup> Allerdings werden diese Ergebnisse zum Großteil aus persönlichen Beobachtungen oder wie in dieser Arbeit aus exemplarischen Untersuchungen gewonnen. Empirisch belastbare Studien liegen derzeit für das Themengebiet der Meinungsbildungsprozesse in sozialen Netzwerken kaum vor.<sup>256</sup> Dies könnte unter anderem mit der Fülle an Meinungsäußerungen zu tun haben, die über das Netz verfügbar sind, und mit deren Unübersichtlichkeit.

Neben dem oben erwähnten „menschlichen Versagen“ besteht in Online-Diskussionen noch ein zweiter den freien Diskurs hemmender Faktor. Um die in sozialen Medien verfügbare Informationsflut für den einzelnen Nutzer überschaubar zu machen, setzen die Plattformen Algorithmen ein, die entscheiden, welche Informationen dem Nutzer angezeigt werden und welche nicht. Sie filtern anhand von Kriterien wie Popularität und Ähnlichkeit zu anderen Beiträgen. So werden Quantität und Kontinuität in der Kommunikation belohnt, die Qualität hingegen findet keine Beachtung.<sup>257</sup> In diese Denkrichtung passt das Resultat, dass der Artikel des Compact-Magazins trotz seiner einseitigen und damit journalistisch minderwertigen Darstellung mehr Kommentare und Antworten bekommen hat als der der Tagesschau. „Der begrüßenswerte Egalitarismus, den das Internet beschert, wird mit der Dezentrierung der Zugänge zu unredigierten Beiträgen bezahlt. In diesem Medium verlieren die Beiträge von Intellektuellen die Kraft, einen Fokus zu bilden.“<sup>258</sup>, konstatiert auch Habermas. Anstelle eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses tritt eine Vielzahl von Themen, die in kleinen Teilöffentlichkeiten besprochen werden. So findet jedes Nischenthema im Internet eine Öffentlichkeit und Anhänger, die sich darüber austauschen. Schmidt spricht angesichts dieser Tendenz von „persönlichen Öffentlichkeiten“, in denen jeder die Nachrichten und Informationen bekommt, die für ihn relevant sind.<sup>259</sup> Bedingt durch die einseitigen Filterkriterien könnte es geschehen, dass jeder Nutzer in seiner eigenen Informationsfilterblase lebt und den Blick für das große Ganze verliert. Problematisch wird dies dann, wenn die Anschauungen der einzelnen Bürger so weit auseinander driften, dass ein verbindlicher gesellschaftlicher Diskurs über gemeinsame Probleme nicht mehr möglich ist.<sup>260</sup>

Einen grundsätzlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit beschrieb Habermas bereits 1962 in seiner Habilitationsschrift. Darin vollzieht er den Wandel der bürgerlichen Öff-

---

<sup>254</sup> vgl. <https://www.munich-digital.com/intelligence/facebook-politik-stimmung>; letzter Zugriff: 18.12.16.

<sup>255</sup> vgl. Machill et al.: Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. S. 56.

<sup>256</sup> vgl. ebd., S. 57.

<sup>257</sup> vgl. ebd., S. 13.

<sup>258</sup> Habermas: Ach, Europa. S.82.

<sup>259</sup> vgl. Schmidt: Social Media. S. 26.

<sup>260</sup> vgl. Machill et al.: Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. S. 11.

fentlichkeit des 18. Jahrhunderts hin zu der modernen Öffentlichkeit des 20. Jahrhunderts nach. Ein Teil dieser Ausarbeitungen betrifft die Transformation eines kulturräsonierenden Publikums hin zu einem kulturkonsumierenden Publikum.<sup>261</sup> Während man sich im 18. Jahrhundert in Salons und Kaffeehäusern öffentlich kritisch mit Literatur auseinandersetzte, hielten die Massenmedien wie Radio und Fernsehen ab Anfang des 20. Jahrhunderts immer mehr Einzug in die Freizeitgestaltung der Bürger. Die Inhalte wurden intellektuell weniger anspruchsvoll gestaltet, um sie einem breiteren Massenpublikum zugänglich zu machen. Den Rezipienten wurden eher Entspannungsreize geboten, als dass sie zu einem kritischen öffentlichen Diskurs aufgerufen wurden. Mit den neuen Medien veränderte sich nach Habermas auch die Kommunikation unter den Zuschauern. Die Rezipienten konsumierten das Gesehene, diskutierten aber inhaltlich kaum noch darüber. „Das Raisonement eines Leseublikums weicht tendenziell dem Geschmacks- und Neigungsaustausch von Konsumenten“<sup>262</sup>. Das Publikum zerfiel in eine Minderheit, die den Diskurs fortsetzte, während die Mehrheit zu einseitig rezipierenden Konsumenten wurde.<sup>263</sup> Mit dem Aufkommen und Erstarben des Internets als neues Medium sieht Schmidt Anzeichen für einen erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit.<sup>264</sup> Eine Erweiterung der Öffentlichkeit auf den virtuellen Raum ist in jedem Fall nicht zu verneinen. In diesem Raum fördern soziale Plattformen ein Verschmelzen von öffentlicher und privater Kommunikation. Während Habermas bei den klassischen Massenmedien noch das Fehlen eines Rückkanals und so die stark eingeschränkte Kommunikation zwischen Sendern und Empfängern von politischen Inhalten kritisierte, wird dies nun durch die Interaktivität des Internets möglich. Dennoch ist das nicht automatisch gleichzusetzen mit einem Wiederaufleben der Diskussionskultur des 18. Jahrhunderts. Die Diskussionsmerkmale der Online-Auseinandersetzungen gleichen vielmehr immer noch denen des kulturkonsumierenden Publikums. So kommen die zum Großteil unbegründeten Meinungsäußerungen eher einem Geschmacks- und Neigungsaustausch über konsumierte Inhalte gleich als einer rationalen argumentativen Auseinandersetzung mit einem Thema. Auch wenn das Internet die bislang besten infrastrukturellen Voraussetzungen für politische Diskussionen bietet, wird es noch einer gezielten Aneignung des virtuellen Raums benötigen, um dessen Potentiale voll ausschöpfen zu können.

---

<sup>261</sup> vgl. Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. S. 248.

<sup>262</sup> ebd., S. 261.

<sup>263</sup> vgl. ebd., S. 266.

<sup>264</sup> vgl. <http://www.uni-magdeburg.de/zsm/sites/default/files/Schmidt.pdf>; letzter Zugriff: 19.12.16.

# Literaturverzeichnis

## Monographien

- Drüeke, Ricarda: *Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit*. Bielefeld, 2013 (Critical Media Studies 11).
- Faulstich, Werner: *Einführung in die Medienwissenschaft. Probleme - Methoden - Domänen*. München, 2002 (UTB Medien- und Kommunikationswissenschaft 2407).
- Grunwald, Armin/ Banse, Gerhard/ Coenen, Christopher/ Hennen, Leonhard: *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie: Tendenzen politischer Kommunikation im Internet*. o.O., 2006 (Internet und Demokratie: Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag).
- Habermas, Jürgen: *Ach, Europa*. Bd. 9. Kleine politische Schriften. Frankfurt/Main, 2008.
- Habermas, Jürgen: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 1996.
- Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 1992.
- Habermas, Jürgen: *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Bd. 1. Theorie des kommunikativen Handelns. 10. Aufl. Frankfurt/Main, 1981.
- Habermas, Jürgen: *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 1983.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 1990.
- Habermas, Jürgen: *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 1984.
- Habermas, Jürgen: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Bd. 2. Theorie des kommunikativen Handelns. 10. Aufl. Frankfurt/Main, 1981.
- Habermas, Jürgen: *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 2005.
- Habermas, Jürgen/ Luhmann, Niklas: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung?* 10. Aufl. Frankfurt/Main, 1990.
- Han, Byung-Chul: *Digitale Rationalität und das Ende des kommunikativen Handelns*. Berlin, 2013.
- Jarren, Otfried/ Donges, Patrick: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*. 3. Aufl. Wiesbaden, 2011.
- Katzenbach, Christian: *Weblogs und ihre Öffentlichkeiten. Motive und Strukturen der Kommunikation im Web 2.0*. München, 2008 (Internet Research 32).
- König, Tim: *In guter Gesellschaft. Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann*. Wiesbaden, 2012.
- Machill, Marcel/ Beiler, Markus/ Krüger, Uwe: *Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. Wie Facebook und andere soziale Netzwerke die Meinungsbildung verändern*. Düsseldorf, 2014 (LfM-Materialien 31.).
- Mouffe, Chantal: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. 5. Aufl. Frankfurt/Main, 2007.

- Norris, Pippa: *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge/New York, 2001 (Communication, Society, and Politics.).
- Patzelt, Werner/ Klose, Joachim: *PEGIDA. Warnsignale aus Dresden*. Dresden, 2016 (Social Coherence Studies 3).
- Römpp, Georg: *Habermas leicht gemacht. Eine Einführung in sein Denken*. Köln/Weimar/Wien, 2015 (UTB Philosophie 4425).
- Rucht, Dieter/ Yang, Mundo/ Zimmermann, Ann: *Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood*. Wiesbaden, 2008.
- Schmidt, Jan-Hinrik: *Social Media*. Wiesbaden, 2013 (Medienwissen kompakt).
- Schulz, Anne/ Rössler, Patrick: *Schweigespирale Online. Die Theorie der öffentlichen Meinung und das Internet*. Baden-Baden, 2013 (Internet Research 43).
- Schulz, Winfried: *Politische Kommunikation*. 3. Aufl. Wiesbaden, 2011.
- Spöndli, Markus: *Diskurs und Entscheidung*. 1. Aufl. Wiesbaden, 2004.

## Sammelbände

- Fraser, Nancy: „Öffentliche Sphären, Genealogien und symbolische Ordnungen“. In: Fraser, Nancy (Hg.): *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*. 1. Aufl. Frankfurt/Main, 2001. S. 251-273.
- Fraser, Nancy: „Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie“. In: Scheich, Elvira (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit: feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie*. Hamburg, 1996. S. 151-182.
- Frieß, Dennis: „Online-Kommunikation im Lichte deliberativer Theorie. Ein forschungsleitendes Modell zur Analyse von Online-Diskussionen“. In: Henn, Philipp/ Frieß, Dennis (Hg.): *Politische Online-Kommunikation. Voraussetzungen und Folgen des strukturellen Wandels der politischen Kommunikation*. Berlin, 2006 (Digital Communication Research 3). S. 143-163.
- Imhof, Kurt: „Demokratisierung durch Social Media?“. In: Imhof, Kurt/ Blum, Roger/ Bonfadelli, Heinz/ Jarren, Otfried/ Wyss, Vinzenz (Hg.): *Demokratisierung durch Social Media?*. Wiesbaden, 2015. S. 15-26.
- Krotz, Friedrich: „Stichwort Gegenöffentlichkeit“. In: Jarren, Otfried/ Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Wiesbaden, 1998. S. 653.
- Mouffe, Chantal: „Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft“. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. 1. Aufl. Bielefeld, 2007. S. 41-54.
- Neuberger, Christoph: „Internet, Journalismus und Öffentlichkeit“. In: Neuberger, Christoph/ Nuernbergk, Christian/ Rischke, Melanie (Hg.): *Journalismus im Internet*. Wiesbaden, 2009. S. 19-105.
- Pötzsch, Stefanie: „Einfluss wahrgenommener Privatsphäre und Anonymität auf die Kommunikation in einer Online-Community“. In: Ziegler, Jürgen/ Schmidt, Albrecht (Hg.): *Mensch & Computer 2010. Interaktive Kulturen*. München, 2010. S. 129-138.

- Ragaly, Sandor: „Nebenwirkungen‘ der Digitalen Modernisierung politischer Öffentlichkeit“. In: Friedrichsen, Mike/ Kohn, Roland (Hg.): *Digitale Politikvermittlung*. Wiesbaden, 2015. S. 347–368.
- Rußmann, Uta: „Die Qualität politischer Online-Diskussionen“. In: Imhof, Kurt/ Blum, Roger/ Bonfadelli, Heinz/ Jarren, Otfried/ Wyss, Vinzenz (Hg.): *Demokratisierung durch Social Media?*. Wiesbaden, 2015. S. 177–195.
- Thimm, Caja/ Einspänner, Jessica/ Dang-Anh, Mark: „Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses“. In: Krotz, Friedrich/ Hepp, Andreas (Hg.): *Mediatisierte Welten*. Wiesbaden, 2012. S. 283–305.
- Welker, Martin/ Wunsch, Carsten: „Methoden der Online-Forschung“. In: Schweiger, Wolfgang/ Beck, Klaus (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden, 2010. S. 487–517.
- Wimmer, Jeffrey: „Gegenöffentlichkeit 2.0. Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web“. In: Zerfaß, Ansgar/ Welker, Martin/ Schmidt, Jan-Hinrik (Hg.): *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web*. Bd. 2. Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik. Köln, 2008 (Neue Schriften der Online-Forschung 3). S. 210-230.

## Fachartikel

- Axford, Barrie: „Talk About a Revolution: Social Media and the MENA Uprisings“. In: *Globalizations*. 8 (2011) 5, S. 681–686.
- Baxter, Graeme/ Marcella, Rita: „Does Scotland ‘like’ this? Social Media Use by Political Parties and Candidates in Scotland during the 2010 UK General Election Campaign“. In: *International Journal of Libraries and Studies*. 62 (2012) 2, S. 109–124.
- Choudhary, Alok/ Hendrix, William/ Lee, Kathy/ Palsetia, Diana/ Liao, Wie-Keng: „Social Media Evolution of the Egyptian Revolution“. In: *Communications of the ACM*. 55 (2012) 5, S. 74-80.
- Engesser, Sven/ Wimmer Jeffrey: „Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet“. In: *Publizistik*. 54 (2009) 1, S. 43–63.
- Geber, Sarah/ Scherer, Helmut: „My Voter, My Party, and Me: American and German Parliamentarians on Facebook“. In: *Journal of Information Technology & Politics*. 12 (2015) 4, S. 360–377.
- Gerhards, Jürgen/ Schäfer, Mike: „Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung“. In: *Publizistik*. 52 (2007) 2, S. 210–228.
- Hamdy, Naila/ Gomaa, Ehab: „Framing the Egyptian Uprising in Arabic Language Newspapers and Social Media“. In: *Journal of Communication*. 62 (2012) 2, S. 195–211.
- Hartz-Karp, Janette/ Sullivan, Brian: „The Unfulfilled Promise of Online Deliberation“. *Journal of Public Deliberation*. 10 (2014) 1, S. 1-5.
- Hong, Souman/ Nadler, Daniel: „Which Candidates Do the Public Discuss Online in an Election Campaign? The Use of Social Media by 2012 Presidential Candidates and Its Impact on Candidate Salience“. In: *Government Information Quarterly*. 29 (2012) 4, S. 455–461.

- Nordhus, Lotte: „Die Schweizer Minarett-Initiative im Spiegel von Facebook . Eine Analyse der Diskussionen vor der Abstimmung 2009“.In: *kommunikation @ gesellschaft*. 13 (2012) Sonderausgabe, S. 1-22.
- Schweiger, Wolfgang/ Weihermüller, Miriam: „Öffentliche Meinung als Online-Diskurs. Ein neuer empirischer Zugang“. In: *Publizistik*. 53 (2008) 4, S. 535–559.

## Online-Quellen

- Braun, Dominik: „WebWissen: ‚EdgeRank‘ – Der Facebook News Feed Algorithmus“. 2014. URL: <http://www.netzstrategen.com/sagen/edgerank-wie-der-facebook-news-feed-algorithmus-funktioniert/> [Stand: 29.12.16].
- Bundeszentrale für politische Bildung: „Zahlen und Fakten: Bundestagswahlen“. 2013. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/> [Stand: 29.10.16].
- Compact-Magazin: „Das Asyl-Chaos ist perfekt!“. 2016. URL: <https://www.facebook.com/Compact.Magazin/posts/1269768616405421:0> [Stand: 29.12.16].
- Facebook: „Edge-Rank“. o.J.[nach 2010] URL: [https://www.facebook.com/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/EdgeRankAlgorithm/about/?ref=page_internal) [Stand: 29.12.16].
- Facebook: „Gemeinschaftsstandards“. 2016. URL: <https://www.facebook.com/communitystandards> [Stand: 29.12.16].
- Facebook: „Grundlagen zu Benachrichtigungen und Einstellungen“. 2016. URL: [https://www.facebook.com/help/327994277286267/?helpref=hc\\_fnav](https://www.facebook.com/help/327994277286267/?helpref=hc_fnav) [Stand: 29.12.16].
- Gottfried, Jeffrey/ Shearer, Elisa: „News Use Across Social Media Platforms 2016“. 2016. URL: <http://www.journalism.org/2016/05/26/news-use-across-social-media-platforms-2016/> [Stand: 29.12.16].
- Heine, Matthias: „Was Sie über das ‚Wort des Jahres‘ wissen müssen“. 2016. URL: <https://www.welt.de/kultur/article160136912/Was-Sie-ueber-das-Wort-des-Jahres-wissen-muessen.html> [Stand: 29.12.16].
- Heitkamp, Sven/ Schade Thomas: „Leipzig im Ausnahmezustand“. 2015. URL: <http://www.sz-online.de/sachsen/leipzig-im-ausnahmezustand-3020720.html> [Stand: 29.12.16].
- Institut für empirische Meinungsforschung: „InfoMonitor: TV-News 2016 September“. 2016. URL: <http://www.ifem.de/infomonitor/jahr-2016/tv-news-2016-september> [Stand: 29.12.16].
- Knap, Thomas: „Auseinandersetzungen im Bautzener Stadtgebiet - Zeugen gesucht“. 2015. URL: [https://www.polizei.sachsen.de/de/MI\\_2016\\_44854.htm](https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_44854.htm) [Stand: 29.12.2016].
- Kreutzer, Tobias: „Auch im Netz regiert die Schweigespirale“. 2014. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/studie-auch-im-netz-regiert-die-schweigespirale-13118570.html> [Stand: 29.12.16].
- Kuhn, Johannes/ Hauck, Miriam: „Eli Pariser und die ‚Filter Bubble‘: Ausweitung der Komfortzone“. 2012. URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/eli-pariser-und-die-filter-bubble-ausweitung-der-komfortzone-1.1303419> [Stand: 29.12.16].

- Leopold, Juliane: „Facebook erfindet die Kommentare neu“. 2013. URL: <http://kleinerdrei.org/2013/04/facebook-erfindet-die-kommentare-neu/> [Stand: 29.12.16].
- Lobe, Adrian: „Sabotage bei Twitter: Mit der Maschine Meinung machen“. 2016. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/mit-der-maschine-meinung-machen-roboter-verbreiten-auf-twitter-kommentare-14016506.html> [Stand: 29.12.16].
- Lobo, Sascha: „Hass im Netz: Warum Menschen zu Gegnern werden“. 2016. URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/diskussionen-im-netz-von-der-verlorenen-kunst-den-halben-weg-mitzugehen-a-1110188.html> [Stand: 29.12.16].
- Maas, Heiko: „Facebook nimmt Nutzer nicht ernst genug“. ZAPP – das Medienmagazin, 2016. URL: <http://www.ardmediathek.de/tv/Zapp/Maas-Facebook-nimmt-Nutzer-nicht-ernst/NDR-Fernsehen/Video?bcastId=3714742&documentId=39499654> [Stand: 29.12.16].
- Magin, Melanie/ Rußmann, Uta: „Politische Partizipation auf Facebook? Eine Analyse der politischen Diskurse auf den Facebook-Seiten deutscher und österreichischer Parteien“. 2016. URL: <http://www.medienkonvergenz.ifp.uni-mainz.de/forschung/politische-partizipation-auf-facebook-eine-analyse-der-politischen-diskurse-auf-den-facebook-seiten-deutscher-und-oesterreichischer-parteien/> [Stand: 29.12.16].
- Mallinckrodt, Marie/ Reimers, Ariane: „Was im Netz ist Wahrheit, was ist Lüge?“. Tagesschau. 2016. URL: <https://www.facebook.com/tagesschau/videos/10154801981549407/> [Stand: 29.12.16].
- Munich Digital Institute: „Umfrage: Facebook-Nutzer sehen mehr Extremismus, wollen entfreunden und teilweise eigene Nutzung reduzieren!“ 2016. URL: <https://www.munich-digital.com/intelligence/facebook-politik-stimmung> [Stand: 29.12.16].
- Neuberg-Vural, Anne-Kathrin: „So treiben soziale Netzwerke einen Keil zwischen uns“. 2016. URL: <https://www.welt.de/kmpkt/article159569850/So-treiben-soziale-Netzwerke-einen-Keil-zwischen-uns.html> [Stand: 29.12.16].
- Newsroom.fb.com: „Facebook Reactions weltweit verfügbar“. 2016. URL: <http://de.newsroom.fb.com/news/2016/02/facebook-reactions-weltweit-verfuegbar/> [Stand: 29.12.16].
- Oxforddictionaries.com: „post-truth“. o.J.[um 2016] URL: <https://en.oxforddictionaries.com/definition/post-truth> [Stand: 29.12.16].
- Reinbold, Fabian/ Rosenbach, Marcel: „Hetze im Netz: Facebook löscht Hasskommentare jetzt von Berlin aus“. 2016. URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/facebook-neues-loesch-team-geht-gegen-hasskommentare-vor-a-1072175.html> [Stand: 29.12.16].
- Rietzschel, Antonie: „Konferenz mit Scholl-Latour, Herman und Sarrazin. Die Familienverschwörung“. 2013. URL: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/konferenz-mit-scholl-latour-herman-und-sarrazin-die-familienverschwoerung-1.1763327> [Stand: 29.12.16].
- Schmidt, Jan-Hinrik: „Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit“. o.J.[um 2013] URL: <http://www.uni-magdeburg.de/zsm/sites/default/files/Schmidt.pdf> [Stand: 29.12.16].
- Seokratie.de: „Edgerank: Alles über den Facebook-Newsfeed-Algorithmus“. 2015. URL: <http://www.seokratie.de/edgerank/> [Stand: 29.12.16].

- Spiegel Online (lis): „US-Internet-Nutzung: Web überholt Tageszeitungen als Nachrichtenquelle“. 2008. URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/us-internet-nutzung-web-ueberholt-tageszeitungen-als-nachrichtenquelle-a-598419.html> [Stand: 29.12.16].
- Steffen, Tilman: „Hasskommentare: Merkel fordert Facebook zum Löschen auf“. 2015. URL: <http://www.zeit.de/digital/2015-09/facebook-merkel-hetzkomentare-hetze-loeschen> [Stand: 29.12.16].
- Steppat, Timo: „Wie Populisten durch Facebook groß werden“. 2016. URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-facebook-populisten-wie-trump-afd-und-pegida-gross-macht-14518781.html> [Stand: 29.12.16].
- Tagesschau.de: „Die Richtlinien für die Nutzung der Plattform meta.tagesschau.de sowie Facebook und Google+“. 2015. URL: <http://meta.tagesschau.de/richtlinien> [Stand:29.12.16].
- Tagesspiegel Online: „Wegen eines ‚Mohrenkopf‘-Posts? Facebook sperrt Tübingens OB Palmer 24 Stunden aus“. 2016. URL: <http://www.zeit.de/digital/2015-09/facebook-merkel-hetzkomentare-hetze-loeschen> [Stand: 29.12.16].
- Ulfkotte, Udo: „Medien: Die Tagesschau als Lügenpresse“. 2015. URL: <http://info.koppverlag.de/hintergruende/deutschland/udo-ulfkotte/medien-die-tagesschau-als-luegenpresse-.html> [Stand: 29.12.16].
- Zeit.de: „Twitter nennt erstmals Nutzerzahlen für Deutschland“. 2016. URL: <http://www.zeit.de/digital/2016-03/soziale-medien-twitter-nutzerzahlen-deutschland> [Stand: 29.12.16].

## Statistiken

- Facebook/ Instagram: *Anzahl der Nutzer von Facebook und Instagram in Deutschland im Jahr 2016 (in Millionen)*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/503046/umfrage/anzahl-der-nutzer-von-facebook-und-instagram-in-deutschland/> [Stand: 29.12.16].
- HTW Berlin: *Ranking der Politiker des Deutschen Bundestages nach der Anzahl der Twitter-Follower im Oktober 2016*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/468451/umfrage/mitglieder-des-deutschen-bundestages-mit-den-meisten-twitter-followern/> [Stand: 29.12.16].
- IfD Allensbach: *Anzahl der Internetnutzer in Deutschland, die das Internet nutzen, um Beiträge auf Twitter zu lesen, nach Häufigkeit der Nutzung von 2013 bis 2015 (in Millionen)*. 2015. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171737/umfrage/nutzung-des-internets-um-beitraege-auf-twitter-zu-lesen/> [Stand: 29.12.16].
- Munich Digital Institute: *Beteiligen Sie sich an politischen Diskussionen auf Facebook?* 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507689/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-in-deutschland/> [Stand: 29.12.16].



- Munich Digital Institute: *Beteiligen Sie sich an politischen Diskussionen auf Facebook? Beteiligung an politischen Diskussionen auf Facebook nach Geschlecht*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507640/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-nach-geschlecht-in-deutschland/> [Stand: 29.12.16].
- Munich Digital Institute: *Beteiligen Sie sich an politischen Diskussionen auf Facebook? Beteiligung an politischen Diskussionen auf Facebook nach Altersgruppen*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/507678/umfrage/beteiligung-an-politischen-diskussionen-auf-facebook-nach-altersgruppen-in-deutschland/> [Stand: 29.12.16].
- Pluragraph: *Ranking der Top 10 der beliebtesten deutschen Politiker in sozialen Netzwerken im Mai 2016*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/225167/umfrage/social-media-ranking-deutscher-politiker/> [Stand: 29. Dezember 2016].
- SevenOne Media: *Anteil der Befragten, die Facebook mindestens selten nutzen, nach Altersgruppen in Deutschland vom 1. Quartal 2015 bis 2. Quartal 2016*. 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/543410/umfrage/reichweite-von-facebook-in-deutschland/> [Stand: 29.12.16].
- Statistisches Bundesamt: *Anteil der Haushalte in Deutschland mit Internetzugang von 2006 bis 2015*. 2015. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72660/umfrage/anteil-der-haushalte-in-deutschland-mit-internetzugang/> [Stand: 29.12.16].
- Tomorrow Focus Media: *Was sind die Hauptbeweggründe für Dich, Social Media Angebote zu nutzen? (nur Frauen)*. 2015. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/29022/umfrage/motive-fuer-die-registrierung-auf-social-media-plattformen/> [Stand: 29.12.16].
- Tomorrow Focus Media: *Was sind die Hauptbeweggründe für Dich, Social Media Angebote zu nutzen? (nur Männer)*. 2015. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4328/umfrage/hauptgruende-fuer-die-mitgliedschaft-in-social-networks/> [Stand: 29.12.16].

## Anlagen

Anlage 1: „Transskript: Facebook-Video ‚Krawalle in Bautzen‘ von Tagesschau“ .....XVII

Anlage 2: „Transskript: verlinkter Artikel ‚Krawalle in Bautzen‘ aus dem  
Compact-Magazin“ .....XVIII

## Transskript: Facebook-Video ‚Krawalle in Bautzen‘ von Tagesschau

Auf dem Bautzener Kornmarkt gibt es seit Wochen lautstarke Pöbeleien zwischen Deutschen und Flüchtlingen, doch noch nie war es so gewalttätig wie gestern Abend. 80 Einheimische und 20 Asylbewerber gingen aufeinander los, laut Polizei stammten die Deutschen mehrheitlich aus dem rechten Spektrum. Als die Beamten die Gruppen trennen wollten, folgen Flaschen aus den Reihen der Asylbewerber, die flüchteten danach in ihre Unterkunft verfolgt von den rechten Jugendlichen. Dieses Internet-Video soll die Ereignisse zeigen. Die Gewalt richtete sich auch gegen einen Krankenwagen, Bautzener verweigerten die Durchfahrt und bewarfen die Sanitäter mit Steinen. Die Krawalle gingen jedoch von den unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern aus so die Polizei.

O-Ton: Uwe Kilz; Polizeidirektor Bautzen

*Die UMAs von denen sozusagen dann Steine als auch Bierflaschen in Richtung dieser Gruppierung geworfen wurden, wurden von der anderen Seiten ca 80 Personen dann natürlich auch verbal attackiert und man hat versucht sich dieser unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber zu bemächtigen.*

In Bautzen gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Konflikte. Im Februar ging eine künftige Flüchtlingsunterkunft in Flammen auf bejubelt von Anwohnern. Im März wurde Bundespräsident Gauck als Volksverräter beschimpft. Die Stadtverwaltung spricht von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung und will etwas dagegen tun.

O-Ton: Robert Böhmer, parteilos; Bürgermeister Bautzen

*Wir fordern jetzt, in dem Augenblick, selbstverständlich mehr Polizeipräsenz, weil es ist eskaliert. Es muss beruhigt werden und wir werden mit dem Landkreis zusammen unsere Strukturen mit Blick auf Streetworker aufbauen.*

Der Landkreis Bautzen will gegen die jugendlichen Flüchtlinge nun eine abendliche Ausgangssperre verhängen. Für heute Abend hat eine rechte Gruppe aus dem benachbarten Bischofswerda zu einem Marsch durch Bautzen aufgerufen.

gepostet am: 15.09.2016, 17:23 Uhr

## **Transskript: verlinkter Artikel ‚Krawalle in Bautzen‘ aus dem Compact-Magazin**

### **Bürgerkrieg in Bautzen – was wirklich passierte**

Na endlich! Darauf hat die linke Systempresse nur gewartet. Eine handfeste Auseinandersetzung in der Stadt Bautzen, bei der sich Einheimische und Migranten gegenseitig an die Gurgel gesprungen sind, wird zur Attacke des „rechten Mobs“ umgebogen. In Wirklichkeit war es etwas anders.

von Marc Dassen, 15. September 2015

„Rechtsextreme attackieren Flüchtlinge“ (Frankfurter Rundschau), „Rechte und Flüchtlinge gehen in Bautzen aufeinander los“ (Süddeutsche Zeitung), „Neonazis und Flüchtlinge in Bautzen“ (Taz). Für den Mainstream ist die Sache klar: Bei den Ausschreitungen in Bautzen am Mittwochabend machten gewalttätige Rechtsextremisten Jagd auf wehrlose Schutzsuchende. Der Tagesspiegel schrieb zuerst: „Sachsen: Rechter Mob jagt Flüchtlinge in Bautzen“. Nach dem Update des Artikels heißt es dort jetzt: „Auseinandersetzung zwischen Rechten und Flüchtlingen in Bautzen“. Wurde den Redakteuren die Lüge zu heiß? Wer den Bericht der Polizei liest, weiß, was wirklich abgelaufen ist: „Auslöser der Tötlichkeiten sollen den Angaben nach Asylsuchende gewesen sein“, berichteten die Ermittler. Nach unterschiedlichen Angaben standen zwischen 100 und 200 deutsche Männer und Frauen – Nachtschwärmer, Passanten, Anwohner – einer Gruppe von rund 20 UMA's (Unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern) gegenüber. Die Taz behauptet, dass die Deutschen, die sich von den Asylanten bedroht und belästigt gefühlt hatten, „zum Großteil aus dem rechtsextremen Spektrum“ gekommen sind. Dafür gibt es jedoch keine Belege. Etwa 100 Polizisten mussten anrücken, um die Fronten zu trennen. Dabei sei laut Aussage eines Polizeisprechers von deutscher Seite erklärt worden, dass „Bautzen und der Kornmarkt den Deutschen gehören“ würden. Die Migranten dagegen begnügten sich nicht mit Sprechchören. Sie griffen Polizeibeamte mit Flaschen und Holzlatten an. Als die Front der Asylforderer den Rückzug antrat, seien ihnen einige Beteiligte hinterhergelaufen – die Emotionen kochten hoch.

Die wirkliche Ursache dieser und einiger anderer Auseinandersetzungen der letzten Tage und Wochen erklären die empörten Artikel des Mainstreams aber nicht. Verständlich, denn tatsächlich hat sich die Situation am Bautzner Kornmarkt dramatisch verändert, seit in nächster Nähe Asylbewerber leben. Der Hotelier Holger Thieme betreibt das Best Western Hotel am Platz und bezeichnet die ständige Randalie vor seiner Tür als „unertäglich“. In einem Beschwerdebrief an die Polizei ärgert sich Thieme über die ständigen Ruhestörungen, die alkoholisierten Pöbeleien und Streitereien, die teilweise bis tief in die Nacht gingen und seinen Gästen den Aufenthalt nicht gerade versüßten. Am Mittwochmorgen gingen allein 58 Beschwerden von Hotelbewohnern bei

ihm ein. Andere bleiben einfach weg oder stornieren kurzfristig. „Außerdem ist es für bestimmte Zielgruppen unseres Hauses nicht möglich, für einen kleinen Stadtspaziergang das Haus zu verlassen, da die Angst, angepöbelt zu werden, groß ist“, klagt Thieme. „Bitte agieren Sie und reagieren Sie nicht nur, um diese aktuell sehr geschäftsschädigende Situation zu bereinigen“, bittet er die Ordnungshüter.

Auch diesmal muss der Auslöser der Auseinandersetzung ähnlich gewesen sein. Augenzeugin Andrea Kubank – Freiwillige beim Bündnis „Bautzen bleibt bunt“ – war vor Ort. Laut ihrer Darstellung „forderten acht bis zehn Polizisten nach Einbruch der Dunkelheit die Flüchtlinge auf, den Platz zu verlassen. Diese widersetzten sich, einige seien dann gewaltsam auch gegen die Polizei vorgegangen.“ Für Frau Kubank ist das aber kein Grund zur Kritik an den Migranten. Sie hält „Alltagsrassismus“ auch unter Polizeibeamten für das Hauptproblem, nicht die fehlenden Manieren unserer schutzsuchenden Neuzugänge.

Konkret war an jenem Abend folgendes passiert: Ein 32-Jähriger Mann wurde von einem angetrunkenen Migranten mit einer Bierflasche beworfen und dabei am Hals verletzt. „Anschließend wurde er offenbar mit einer abgebrochenen Bierflasche auch am Rücken verletzt“, so Polizeisprecher Thomas Knaup. Danach muss die Lage eskaliert sein – umstehende Deutsche wollten sich den Terror der Asyl-Flegel nicht gefallen lassen. Die Eskalation der Lage hatte mehrere Verletzte zur Folge. Ein Asylbewerber musste mit Schnittwunden ins Krankenhaus gebracht werden. Der Rettungswagen konnte allerdings eine Zeit lang nicht zur Asylunterkunft durchdringen, weil er laut Medienangaben von wütenden Schaulustigen blockiert wurde. Während manche Kommentatoren das Verhalten der Deutschen als Zivilcourage bezeichnen, wird die Aktion vom Qualitätsjournalismus als Pogrom dargestellt. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Caren Lay, die ihren Wahlkreis in Bautzen hat, twitterte: „Pogromstimmung in Bautzen. Nazis feiern sich selber ab. Polizei versagt.“ Grünen-Chef Jürgen Kasek schrieb ebenfalls bei Twitter: „Ihr habt lange nichts aus #Kaltland #Sachsen gehört? Nicht wundern: Menschenfeindlichkeit ist Normalität geworden. #failedstate“.

Den ausgewogenen Bericht eines weiteren Augenzeugen können Sie hier anschauen: <http://www.n24.de/n24/Mediathek/videos/d/9142268/so-hat-ein-augezeuge-die-massenschlaegerei-erlebt.html>

Sehenswert auch die Pressekonferenz der Polizei: <https://www.facebook.com/polizeisachsen.info>

Sicherlich nicht das letzte Mal, dass wir derartige Szenen bewundern dürfen. Weitere Auseinandersetzungen in Bautzen und anderswo sind zu erwarten – nicht zu erwarten ist eine wirklich faire Berichterstattung. Der Deutsche bleibt der Aggressor, auch wenn alles anders war.

gepostet am: 15.09.2016, 15:45 Uhr

## Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

---

Ort, Datum

Vorname Nachname